

Experten-/Forschungsberichte zur Kranken- und Unfallversicherung

Monitoring 2014

Wirksamkeit der Prämienverbilligung



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG

Wirksamkeit der Prämienverbilligung – Monitoring 2014

Schlussbericht

Dezember 2015

Wirksamkeit der Prämienverbilligung – Monitoring 2014

Schlussbericht

zuhanden des Bundesamtes für Gesundheit (BAG)

Verantwortlich seitens Auftraggeber: Heinz Balmer

Projektleitung seitens Auftragnehmer: Miriam Frey

Projektbearbeitung: Miriam Frey, Regina Neumann

B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG, Steinenberg 5, CH-4051 Basel

Tel: 061-262 05 55, Fax: 061-262 05 57, E-Mail: miriam.frey@bss-basel.ch

Unser Dank gilt allen kantonalen Fachpersonen, welche uns im Rahmen von schriftlichen und telefonischen Erhebungen Auskunft zu ihren Prämienverbilligungssystemen gegeben haben sowie dem BAG für die konstruktive Zusammenarbeit.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	III
Tabellenverzeichnis.....	V
Vorwort des Bundesamts für Gesundheit.....	VII
Avant-propos de l'Office fédéral de la santé publique	IX
Premessa dell'Ufficio federale della sanità pubblica.....	XI
Foreword by the Federal Office of Public Health	XIII
Zusammenfassung.....	XV
Résumé.....	XXI
Riassunto.....	XXVII
Summary.....	XXXIII
1. Ziel und Methodik.....	1
1.1. Fragestellung und Aufbau des Berichts	1
1.2. Vorgehen.....	1
2. Prämienverbilligung in der Schweiz	5
2.1. Übersicht.....	5
2.2. Bezüger/innen	6
2.3. Ausgaben	11
2.4. Zeitliche Entwicklung.....	12
3. Prämienverbilligungssysteme der Kantone	19
3.1. Eckpfeiler.....	19
3.2. Geplante Änderungen	27
4. Sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung.....	29
4.1. Modellhaushalte.....	29
4.2. Wirkung nach Modellhaushalt.....	36
5. Auswirkung der Prämienverbilligung auf den Mittelstand	51
6. Synthese	60
6.1. Höhe der Prämienverbilligung.....	60
6.2. Sozialpolitische Wirkung.....	64
6.3. Fazit	70
Literaturverzeichnis	71
Anhang I: Kantonale Prämienverbilligungssysteme	72

Anhang II: Einkommensverteilung.....	76
Anhang III: Quartilhaushalte.....	79
Anhang IV: Daten zu den Modellhaushalten	83

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Bezügerquoten nach Altersgruppen, 2014	7
Abbildung 2	Bezüger/innen nach Haushaltsgrösse, 2014	7
Abbildung 3	Bezüger/innen von Prämienverbilligung, 2014.....	9
Abbildung 4	Beiträge für die Prämienverbilligung, 2014	9
Abbildung 5	Zusammenhang Bezügergruppen und Beiträge pro Bezüger/in....	10
Abbildung 6	Entwicklung Prämienverbilligung.....	13
Abbildung 7	Entwicklung Prämien und Prämienverbilligung, indexiert	13
Abbildung 8	Anteil Kantonsbeitrag	15
Abbildung 9	Rentnerin: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014.....	38
Abbildung 10	Paar mit zwei Kindern: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014.....	40
Abbildung 11	Alleinerziehende mit zwei Kindern: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014	42
Abbildung 12	Paar mit vier Kindern: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014.....	44
Abbildung 13	Paar mit Kind und junger Erwachsener: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014	46
Abbildung 14	Junge erwerbstätige Person: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014	48
Abbildung 15	Paar ohne Kinder: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014.....	50
Abbildung 16	Grenzen Mittelstand und IPV	52
Abbildung 17	Mittelstand und IPV, Rentnerin.....	53
Abbildung 18	Mittelstand und IPV, Paar mit zwei Kindern	53
Abbildung 19	Mittelstand und IPV, Alleinerziehende mit zwei Kindern	54
Abbildung 20	Mittelstand und IPV, Paar ohne Kinder	54
Abbildung 21	Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Quartilhaushalte, Mittelwert über alle Kantone	55
Abbildung 22	IPV und verbleibende Prämie in % des verfügbaren Einkommens, Paar mit zwei Kindern, 25%-Quartilhaushalt.....	56
Abbildung 23	IPV und verbleibende Prämie in % des verfügbaren Einkommens, Paar mit zwei Kindern, 50%-Quartilhaushalt.....	57
Abbildung 24	IPV und verbleibende Prämie in % des verfügbaren Einkommens, Paar mit zwei Kindern, 75%-Quartilhaushalt.....	57

Abbildung 25	Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Haushaltstypen und Kantone, 2010 und 2014.....	58
Abbildung 26	Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Haushaltstypen, 50%-Quartilhaushalt	59
Abbildung 27	IPV, Mittelwert über alle Modellhaushalte	60
Abbildung 28	IPV und verbleibende Prämie, Mittelwert über alle Modellhaushalte	61
Abbildung 29	IPV / unverbilligte Prämie, Mittelwert über alle Modellhaushalte	62
Abbildung 30	Prämienverbilligung / unverbilligte Prämie, alle Haushalte.....	63
Abbildung 31	Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Modellhaushalte, 2014.....	65
Abbildung 32	Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Modellhaushalte.....	66
Abbildung 33	Einkommensverteilung alleinstehende Rentner/innen	76
Abbildung 34	Einkommensverteilung Paare mit zwei Kindern.....	76
Abbildung 35	Einkommensverteilung Alleinerziehende mit zwei Kindern	77
Abbildung 36	Einkommensverteilung Paare mit vier Kindern	77
Abbildung 37	Einkommensverteilung alleinstehende Erwerbstätige.....	78
Abbildung 38	Einkommensverteilung Paare ohne Kinder.....	78
Abbildung 39	Quartilhaushalte Typ „Rentnerin“, Kanton Aargau	79
Abbildung 40	Quartilhaushalte Typ „Paar mit zwei Kindern“, Kanton Aargau ..	79
Abbildung 41	Quartilhaushalte Typ „Alleinerziehende mit zwei Kindern“, Kanton Aargau	80
Abbildung 42	Quartilhaushalte Typ „Paar mit vier Kindern“, Kanton Aargau ..	80
Abbildung 43	Quartilhaushalte Typ „Paar mit Kind und junger Erwachsener“, Kanton Aargau	81
Abbildung 44	Quartilhaushalte Typ „Junge erwerbstätige Person“, Kanton Aargau	81
Abbildung 45	Quartilhaushalte Typ „Paar ohne Kinder“, Kanton Aargau	82

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Übersicht über die Prämienverbilligung, 2014.....	5
Tabelle 2	Prämienverbilligung 2014	11
Tabelle 3	Ausgaben Prämienverbilligung pro Einwohner/in in CHF	14
Tabelle 4	Bezügerquote.....	16
Tabelle 5	Beitrag Prämienverbilligung pro Bezüger/in	17
Tabelle 6	Anteil IPV am Prämien Soll je Versicherten, Mittelwert	18
Tabelle 7	Berechnungsmodelle IPV.....	20
Tabelle 8	Ermittlung Anspruchsberechtigung und Gesuchseingabe IPV	23
Tabelle 9	Modalitäten der Auszahlung der IPV, 2014.....	25
Tabelle 10	Definition Modellhaushalte.....	30
Tabelle 11	Alter, 2014.....	31
Tabelle 12	Haushaltstyp, 2014.....	32
Tabelle 13	Vergleich der finanziellen Positionierung der Haushalte	35
Tabelle 14	Rentnerin: Prämienbelastung 2014	36
Tabelle 15	Rentnerin: Prämienbelastung	37
Tabelle 16	Paar mit zwei Kindern: Prämienbelastung 2014	39
Tabelle 17	Paar mit zwei Kindern: Prämienbelastung	40
Tabelle 18	Alleinerziehende mit zwei Kindern: Prämienbelastung 2014	41
Tabelle 19	Alleinerziehende mit zwei Kindern: Prämienbelastung	42
Tabelle 20	Paar mit vier Kindern: Prämienbelastung 2014.....	43
Tabelle 21	Paar mit vier Kindern: Prämienbelastung	44
Tabelle 22	Paar mit Kind und junger Erwachsener: Prämienbelastung 2014.	45
Tabelle 23	Paar mit Kind und junger Erwachsener: Prämienbelastung	46
Tabelle 24	Junge erwerbstätige Person: Prämienbelastung 2014.....	47
Tabelle 25	Junge erwerbstätige Person: Prämienbelastung.....	48
Tabelle 26	Paar ohne Kinder: Prämienbelastung 2014	49
Tabelle 27	Paar ohne Kinder: Prämienbelastung	50
Tabelle 28	Definition Mittelstand	51
Tabelle 29	IPV / unverbilligte Prämie, Mittelwert Modellhaushalte 1-5	64
Tabelle 30	Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert Modellhaushalte 1-5	67
Tabelle 31	Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens.....	68

Tabelle 32	Varianz der Prämien zwischen den Kantonen, 2014.....	69
Tabelle 33	Massgebendes Einkommen für die Berechnung der IPV.....	72
Tabelle 34	Rolle des Vermögens bei der Berechnung der IPV.....	73
Tabelle 35	Aktualität des IPV-Systems	74
Tabelle 36	Anspruch von jungen Erwachsenen	75
Tabelle 37	Unverbilligte Prämien der Modellhaushalte M1-M7	83
Tabelle 38	IPV der Modellhaushalte M1-M7	84
Tabelle 39	Verbleibende Prämien der Modellhaushalte M1-M7	85
Tabelle 40	Nettolohn der Modellhaushalte M1-M7	86
Tabelle 41	Steuern der Modellhaushalte M1-M7.....	87
Tabelle 42	Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Modellhaushalte M1-M7.....	88

Vorwort des Bundesamts für Gesundheit

Für das Jahr 2014 wurde zum siebten Mal eine Studie über die sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung im Rahmen der Wirkungsanalysen des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) durchgeführt. Das letzte Monitoring über das Jahr 2010 wurde im April 2012 publiziert. Der vorliegende Bericht gibt einen Einblick in das finanzielle Engagement der Kantone und die Wirksamkeit der Prämienverbilligung bei verschiedenen Modellhaushalten. Ausgangspunkt der oben erwähnten Studie bildete das in der bundesrätlichen Botschaft zur Revision der Krankenversicherung vom 6. November 1991 genannte Kriterium, dass die Prämienbelastung eines Haushalts nicht mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens betragen darf.

Mit der Einführung einer individuellen Prämienverbilligung beabsichtigte der Gesetzgeber, den Gedanken der bedarfsgerechten Prämiensubventionierung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in die Tat umzusetzen und damit nicht nur Personen zu unterstützen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Vielmehr sollte damit die Solidarität zwischen unterschiedlichen Einkommen gestärkt und die Auswirkungen einer einheitlichen Prämie pro Versicherter ohne Berücksichtigung der Finanzkraft der Versicherten aufgefangen werden. Auf Antrag des Bundesrates sollten die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung einen bestimmten Prozentanteil des steuerbaren Einkommens nicht übersteigen. Diesem Vorschlag ist der Gesetzgeber nicht vollumfänglich gefolgt und hat einer flexibleren Lösung den Vorrang gegeben.

Der Bund sicherte den Kantonen Beiträge an die individuelle Prämienverbilligung für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu. Für untere und mittlere Einkommen wurden die Kantone verpflichtet, die Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50% zu verbilligen. Es lag an den Kantonen, das Sozialziel zu bestimmen und für die Umsetzung der Prämienverbilligung zu sorgen. Den Kantonen sollte mit diesem flexiblen Lösungsansatz ermöglicht werden, ein den kantonalen Gegebenheiten entsprechendes bedarfsgerechtes Prämiensubventionssystem einzuführen.

Seit 2008 hat sich durch das Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) eine Änderung in der Finanzierung der Prämienverbilligung ergeben. Der Bundesbeitrag ist nicht mehr abhängig von der Finanzkraft der Kantone, sondern beträgt 7.5% der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in der Schweiz und wird auf die Kantone anhand ihrer Wohnbevölkerung aufgeteilt. Die Kantone ergänzen

diesen Bundesbeitrag durch eigene Mittel. Der vorliegende Bericht gibt hierzu einen Einblick in das finanzielle Engagement der Kantone und die Veränderung der Anteile.¹

Dieser Bericht zeigt zudem auf, dass die Wirksamkeit des Prämienverbilligungssystems als Korrektiv für die Einheitsprämie abgenommen hat. Die Ausgaben für Prämienverbilligung nahmen bis im Jahr 2010 kontinuierlich zu, stagnieren aber seither mehr oder weniger. Die Beiträge pro Bezüger – bei abnehmender Bezügerquote – stiegen zwar an, allerdings weniger stark als die Prämien pro versicherte Person. Als Folge davon erhöhte sich die Belastung für Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Helga Portmann

Leiterin der Abteilung Versicherungsaufsicht

¹ Da der Kanton Bern das System der Auszahlung der Prämienverbilligung geändert hat, sind die Zahlen seit 2012 nicht mehr vollständig mit den Vorjahren vergleichbar. Im Kanton Bern wird seither nicht mehr der volle Beitrag zur Krankenkassenprämie von Ergänzungsleistungsbezügerinnen und Sozialhilfeempfängern als Prämienverbilligung betrachtet. Der Betrag erscheint damit auch nicht mehr vollständig in der Statistik der Prämienverbilligung.

Avant-propos de l'Office fédéral de la santé publique

Dans le cadre de l'analyse des effets de la loi sur l'assurance-maladie (LAMal), l'efficacité sociopolitique de la réduction des primes a fait l'objet d'une septième étude, qui a porté sur 2014. Le dernier monitoring concernait 2010 et avait été publié en avril 2012. Le présent rapport donne un aperçu des contributions financières versées par les cantons et examine l'efficacité de la réduction des primes pour différents types de ménages. Les études de monitoring sont réalisées sur la base du critère formulé dans le message du Conseil fédéral du 6 novembre 1991 concernant la révision de l'assurance-maladie, à savoir que dans un ménage la charge des primes ne devrait pas dépasser 8 % du revenu imposable.

En introduisant la réduction individuelle des primes dans la LAMal, le législateur souhaitait concrétiser dans l'assurance obligatoire des soins l'idée d'un subventionnement conforme aux besoins des assurés, et ne pas soutenir uniquement les personnes tributaires de l'aide sociale. Il s'agissait, par ce biais, de renforcer la solidarité entre les classes de revenus ainsi que de corriger les effets engendrés par le système de la prime unique par assureur, qui ne tient pas compte de la capacité financière des assurés. Le législateur a toutefois préféré un système plus souple que la proposition du Conseil fédéral qui prévoyait que les primes de l'assurance obligatoire des soins ne devaient pas excéder un certain pourcentage du revenu imposable des ménages.

Concrètement, la Confédération a garanti aux cantons des subsides destinés à la réduction individuelle des primes des assurés de condition économique modeste, en leur laissant le soin de fixer le but social à atteindre et de mettre en œuvre la réduction des primes. Elle a en outre imposé aux cantons de réduire d'au moins 50 % les primes des enfants et des jeunes adultes en formation pour les ménages à revenu modeste ou moyen. Cette solution souple devait permettre aux cantons d'introduire un système de subventionnement des primes bien adapté aux réalités locales.

En 2008, le financement de la réduction des primes a changé suite à l'entrée en vigueur de la réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT). Ainsi, les subsides de la Confédération ne dépendent plus de la capacité financière des cantons, mais correspondent à 7,5 % des coûts bruts de l'assurance obligatoire des soins en Suisse et reviennent à chaque canton d'après sa population résidente. Les cantons complètent ces sub-

sides fédéraux par leurs propres ressources. Le présent rapport offre un aperçu de l'engagement financier des cantons et de l'évolution des données².

Par ailleurs, le rapport montre que, désormais, le mécanisme de réduction des primes compense moins les défauts du système de prime unique. Les dépenses consacrées à la réduction des primes ont constamment augmenté jusqu'à 2010, avant de se stabiliser peu ou prou depuis. Alors que le taux de bénéficiaires a diminué, les contributions par personne ont augmenté, mais moins vite que les primes, qui ont ainsi davantage pesé sur les assurés de condition économique modeste.

Helga Portmann

Responsable de la division Surveillance de l'assurance

² En raison de la révision du système de paiement des montants versés au titre de la réduction des primes, les chiffres du canton de Berne postérieurs à 2012 ne sont pas totalement comparables avec ceux des années précédentes. En effet, une partie des sommes versées pour le paiement des primes d'assurance-maladie des personnes bénéficiant de prestations complémentaires ou de l'aide sociale ne sont désormais plus considérées comme des réductions de primes et n'apparaissent donc plus dans ces statistiques.

Premessa dell'Ufficio federale della sanità pubblica

Nel 2014 è stato condotto per la settima volta uno studio sull'efficacia della riduzione dei premi dal profilo della politica sociale, nel quadro delle analisi d'impatto della legge sull'assicurazione malattie (LAMal). L'ultimo monitoraggio effettuato nel 2010 è stato pubblicato nell'aprile 2012. Il presente studio permette di farsi un'idea sull'impegno finanziario dei Cantoni e sull'efficacia della riduzione dei premi per diversi modelli standardizzati di economia domestica. Il criterio citato nel messaggio del Consiglio federale del 6 novembre 1991 concernente la revisione dell'assicurazione malattie, secondo cui l'onere dei premi che grava su un'economia domestica non può superare l'8 per cento del reddito imponibile, ha dato il via allo studio menzionato.

Con l'introduzione di una riduzione dei premi individuali, il legislatore ha inteso concretizzare l'idea di un sovvenzionamento dei premi conforme ai bisogni degli assicurati nel settore dell'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie (AOMS) evitando così di limitare il sostegno solo alle persone che beneficiano dell'assistenza sociale. L'intento è piuttosto quello di rafforzare la solidarietà tra le persone con reddito differente e di parare alle conseguenze di un premio unitario per assicurato che non tiene conto della diversa capacità economica di ciascuno. Su proposta del Consiglio federale i premi dell'AOMS non dovrebbero superare una determinata quota del reddito imponibile. Tale proposta non è stata seguita completamente dal legislatore che ha preferito una soluzione più flessibile.

La Confederazione aveva garantito ai Cantoni sussidi volti a ridurre i premi individuali ad assicurati di modeste condizioni economiche. Per i redditi medi e bassi i Cantoni sono stati obbligati a ridurre di almeno il 50 per cento i premi dei minorenni e dei giovani adulti in periodo di formazione. Spettava quindi ai Cantoni il compito di definire l'obiettivo sociale e di provvedere all'attuazione della riduzione dei premi. Mediante un approccio risolutivo flessibile si dovrebbe permettere ai Cantoni di introdurre un sistema di sovvenzionamento dei premi conforme ai bisogni degli assicurati che tenga conto delle peculiarità dei Cantoni.

Dal 2008, con l'entrata in vigore della nuova impostazione della perequazione finanziaria e dei compiti tra Confederazione e Cantoni (NPC), è subentrato un cambiamento nel finanziamento della riduzione dei premi. Il sussidio federale non dipende più dalla capacità economica dei Cantoni, ma è fissato al 7,5 per cento dei costi lordi dell'AOMS a livello nazionale e suddiviso tra i Cantoni in proporzione alla popolazione residente. I Cantoni completano questo sussidio federale con

mezzi propri. Il presente studio permette di farsi un'idea sull'impegno finanziario dei Cantoni e sulla modifica delle aliquote.³

Lo studio mostra inoltre che si è ridotta l'efficacia del sistema di riduzione dei premi come correttivo del premio unitario. Fino al 2010, le uscite per la riduzione dei premi hanno continuato ad aumentare, ma da allora la tendenza è alla stagnazione. I sussidi per beneficiario – in caso di diminuzione della quota dei beneficiari – aumenta, ma in modo meno rilevante rispetto all'incremento dei premi per assicurato. Di conseguenza è aumentato l'onere per le persone di modeste condizioni economiche.

Helga Portmann

Responsabile della Divisione vigilanza delle assicurazioni

³ Visto che il Cantone di Berna ha modificato il sistema di versamento della riduzione dei premi, i dati del 2012 non sono più comparabili completamente con quelli degli anni precedenti. Da allora nel Cantone di Berna non è più considerato come riduzione del premio per l'intero sussidio al premio della cassa malati di cui usufruiscono i beneficiari di prestazioni complementari e di aiuto sociale. Pertanto anche nella statistica della riduzione dei premi non compare più l'intero importo.

Foreword by the Federal Office of Public Health

The seventh study of the social-policy effectiveness of premium reductions (for 2014) was conducted as part of the ongoing programme to analyse the effects of the Health Insurance Act (KVG). The previous monitoring study (for 2010) was published in April 2012. The present report provides an insight into the cantons' financial contributions and the effectiveness of premium reductions for various standard household types. The starting point for the study was the criterion specified in the Federal Council's Dispatch of 6th November 1991 on the Revision of Health Insurance, that the premium burden should not exceed 8% of a household's taxable income.

The legislation introducing individual premium reductions (IPR) was designed to put into practice the idea of providing needs-based subsidies for mandatory health insurance premiums and thus not only supporting persons dependent on social assistance. The aim was to strengthen solidarity between different income groups and to mitigate the effects of a single premium set by each insurer with no account being taken of policyholders' economic means. The Federal Council proposed that mandatory health insurance premiums should not exceed a specified percentage of taxable income. This proposal was not fully accepted by legislators, who adopted a more flexible solution.

The cantons were granted federal support for IPR for policyholders with modest economic means. For low- and middle-income groups, the cantons were required to reduce premiums for children and young adults in education/training by at least 50%. The cantons were responsible for defining the social objectives and for implementing the premium reduction system. This flexible approach was intended to enable the cantons to introduce needs-based premium subsidies in accordance with specific cantonal circumstances.

Since 2008, as a result of the adoption of the New System of Financial Equalisation and Division of Tasks between the Confederation and the Cantons (NFA), there have been changes in the financing of premium reductions. The federal contribution is no longer dependent on cantons' financial strength, but amounts to 7.5% of gross mandatory health insurance costs in Switzerland and is allocated to the cantons on the basis of their resident population. This federal contribution is

supplemented by cantonal funding. The present report provides an insight into the cantons' financial contributions and changes in the proportion of costs borne.⁴

This report also shows that the effectiveness of the premium reduction system as a corrective to the single premium has declined. Premium reduction expenditures rose continuously until 2010, but have more or less stagnated since then. Although payments per recipient increased – with a decreasing proportion of recipients – they rose less sharply than premiums per policyholder. As a result, the burden for persons with modest economic means has increased.

Helga Portmann

Head of Insurance Supervision Division

⁴ As the system for premium reduction payments has been modified in Canton Bern, the figures from 2012 onwards are no longer fully comparable with previous years. In Canton Bern, the payment of the full health insurance premium for recipients of supplementary benefits and social assistance is no longer regarded as premium reduction; this contribution is thus no longer included in the premium reduction statistics.

Zusammenfassung

Ausgangslage

Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) am 1. Januar 1996 wurde die Verbilligung der Prämien für Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen eingeführt. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) lässt die sozialpolitische Wirksamkeit der individuellen Prämienverbilligung (IPV) regelmässig im Rahmen eines Monitorings untersuchen. Der vorliegende Bericht beinhaltet das Monitoring 2014 und umfasst drei Themenbereiche:

- Prämienverbilligung in der Schweiz
- Prämienverbilligungssysteme der Kantone
- Sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung

Methodik

Die sozialpolitische Wirksamkeit bildet das Kernstück der Analyse. Darin werden die Prämienverbilligung und die verbleibende Prämienbelastung für sieben Modellhaushalte analysiert, welche wichtige Zielgruppen der IPV repräsentieren (in Klammern ist jeweils das Bruttoeinkommen pro Jahr angegeben):

- Modellhaushalt 1: Alleinstehende Rentnerin (45'000 CHF)
- Modellhaushalt 2: Paar mit zwei Kindern (70'000 CHF)
- Modellhaushalt 3: Alleinerziehende mit zwei Kindern (60'000 CHF)
- Modellhaushalt 4: Paar mit vier Kindern (85'000 CHF)
- Modellhaushalt 5: Paar mit Kind und junger Erwachsenen (70'000 CHF)
- Modellhaushalt 6: Junge erwerbstätige Person (38'000 CHF)
- Modellhaushalt 7: Paar ohne Kinder (60'000 CHF)

Zusätzlich zu den Modellhaushalten mit den oben definierten Bruttoeinkommen werden Haushalte analysiert, welche an einer *definierten Position in der Einkommensverteilung* liegen (beispielsweise Haushalte mit einem Medianeinkommen⁵).

⁵ Das Medianeinkommen bedeutet, dass die Hälfte der Bevölkerung dieses Haushaltstyps ein tieferes Einkommen aufweist und die andere Hälfte ein höheres.

Prämienverbilligung in der Schweiz

Im Jahr 2014 bezogen rund 2.2 Mio. Personen eine Prämienverbilligung. Dies entspricht 27 Prozent aller versicherten Personen, wobei 19 Prozent eine individuelle Prämienverbilligung bezogen, knapp 5 Prozent gleichzeitig Ergänzungsleistungen in Anspruch nahmen und 3 Prozent Sozialhilfe erhielten. Für die beiden letztgenannten Gruppen werden die Prämien übernommen. Im interkantonalen Vergleich variiert die Bezügerquote zwischen 20 und 38 Prozent.

Die Ausgaben für die Prämienverbilligung lagen 2014 bei rund vier Mia. CHF, wovon die Kantone 44 Prozent finanzierten. Pro Einwohner/in betrugen die Ausgaben je nach Kanton zwischen 317 und 866 CHF pro Jahr, gesamtschweizerisch 492 CHF. Auffallend sind die deutlichen Unterschiede zwischen Deutschschweiz und lateinischer Schweiz: In der Deutschschweiz betrugen die Ausgaben pro Einwohner/in im Durchschnitt 450 CHF, in der lateinischen Schweiz 607 CHF.

Ähnliches gilt für den Prämienverbilligungsbeitrag (= Ausgaben pro Bezüger/in). Bei diesem Wert zeigt sich des Weiteren, dass Kantone mit einer überdurchschnittlichen Prämienbelastung im Durchschnitt auch höhere Verbilligungsbeiträge gewähren als Kantone mit tiefen Prämien. Insgesamt lag der Prämienverbilligungsbeitrag im Jahr 2014 bei 1'828 CHF pro Bezüger/in.

Seit Inkrafttreten des KVG nahmen die Ausgaben der Prämienverbilligung gesamtschweizerisch stärker zu als die Prämien. Dies bedeutet, dass Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen im Laufe der letzten 20 Jahre entlastet wurden. Diese Aussage gilt allerdings nicht mehr in jüngster Zeit. Im Gegenteil: Betrachtet man die Entwicklung seit dem letzten Monitoring im Jahr 2010, stellt man eine Zunahme der Prämien von 12 Prozent fest, während der Beitrag pro Bezüger/in im selben Zeitraum nur um sechs Prozent stieg, die Erhöhung bei den Ausgaben für die Prämienverbilligung bei nur einem Prozent lag und die Bezügerquote sogar sank.⁶

⁶ Da der Kanton Bern das System der Auszahlung der Prämienverbilligung geändert hat, sind die Zahlen seit 2012 nicht mehr vollständig mit den Vorjahren vergleichbar. Im Kanton Bern wird seither nicht mehr der volle Beitrag zur Krankenkassenprämie von Ergänzungsleistungsbezügern und Sozialhilfeempfängern als Prämienverbilligung betrachtet. Der Betrag erscheint damit auch nicht mehr vollständig in der Statistik der Prämienverbilligung.

Prämienverbilligungssysteme der Kantone

Die Ausgestaltung der Prämienverbilligung wird von den Kantonen unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen gemäss KVG festgelegt. In der Folge resultieren beträchtliche kantonale Unterschiede – in der Wirkung, aber auch in den Systemen.

Diese Unterschiede zeigen sich bereits beim Einkommen, welches zur Berechnung der IPV verwendet wird. Als Ausgangspunkt dient i.d.R. ein Einkommenswert aus der Steuererklärung (z.B. das Reineinkommen⁷ oder das steuerbare Einkommen⁸). Von diesem werden Abzüge vorgenommen resp. Werte dazugerechnet, wobei jeder Kanton eigene Bereinigungen kennt.

Auf Basis des massgebenden Einkommens wird dann die IPV berechnet. Auch hier gibt es unterschiedliche Modelle:

- Acht Kantone kennen ein Stufenmodell: Es werden verschiedene Einkommensklassen definiert. Anspruchsberechtigte, die in eine solche Einkommensklasse fallen, erhalten einen fixen Betrag als Prämienverbilligung.
- Ebenfalls acht Kantone wenden ein einfaches Prozentmodell an: Die Prämienverbilligung entspricht der Richtprämie abzüglich eines Selbstbehalts. Dieser Selbstbehalt ist als Prozentsatz des massgebenden Einkommens definiert.
- Weitere acht Kantone verwenden ein Prozentmodell mit nach Einkommensklassen unterschiedlichen Prozentsätzen für den Selbstbehalt.
- Zwei Kantone kennen schliesslich mathematische Funktionen, welche die Prämienverbilligung zwischen einem Minimum und einem Maximum berechnen.

Für die IPV-Bezüger/innen relevant ist zudem die Frage, wann ihnen die Verbilligung gutgeschrieben wird (seit 2014 muss die Prämienverbilligung gemäss KVG direkt an die Krankenkassen ausbezahlt werden). Bei der Mehrheit der Kantone ist die Verbilligung für die Versicherten bereits ab Januar wirksam. Allerdings gibt es auch Kantone, bei denen die Prämien erst ab Mitte Jahr vergünstigt werden – dafür mit dem Vorteil, dass die IPV auf Basis aktueller Einkommens- und Vermögensdaten berechnet wird.

⁷ Reineinkommen = Nettolohn – Abzüge für Berufskosten und Versicherungen. Nettolohn = Bruttoeinkommen – Arbeitnehmerbeiträge an AHV, IV, EO, ALV, NBU, BVG + Familienzulagen.

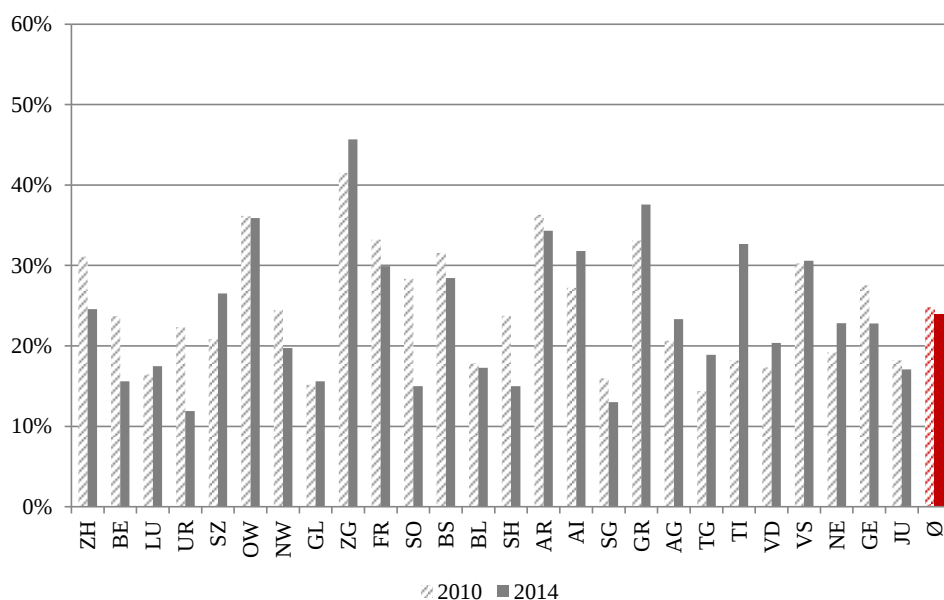
⁸ Steuerbares Einkommen = Reineinkommen – Sozialabzüge (Kinderabzüge, persönliche Abzüge).

Sozialpolitische Wirksamkeit: Die Modellhaushalte

Prämienverbilligung: Für die Beurteilung der sozialpolitischen Wirkung der IPV wird zunächst untersucht, welcher Anteil der Prämie vom Kanton übernommen wird. Dieser Indikator zeigt die Lastenteilung zwischen Kanton und Versicherten auf und erlaubt einen Vergleich zwischen den Kantonen unabhängig von Unterschieden in der Prämienhöhe.

Der Anteil der IPV an der unverbilligten Prämie beträgt im Durchschnitt über alle Modellhaushalte und Kantone 24 Prozent, allerdings mit grossen kantonalen Unterschieden: Der Kanton Uri weist mit einem Verbilligungsanteil von 12 Prozent den geringsten Wert auf, während Zug mit 46 Prozent den grössten Anteil übernimmt.⁹ Im Vergleich zu 2010 blieb der Anteil der IPV an der unverbilligten Prämie für die betrachteten Modellhaushalte in etwa konstant. Bei rund der Hälfte der Kantone nahm er zu, bei der anderen Hälfte ab.

IPV / unverbilligte Prämie, Mittelwert über alle Modellhaushalte



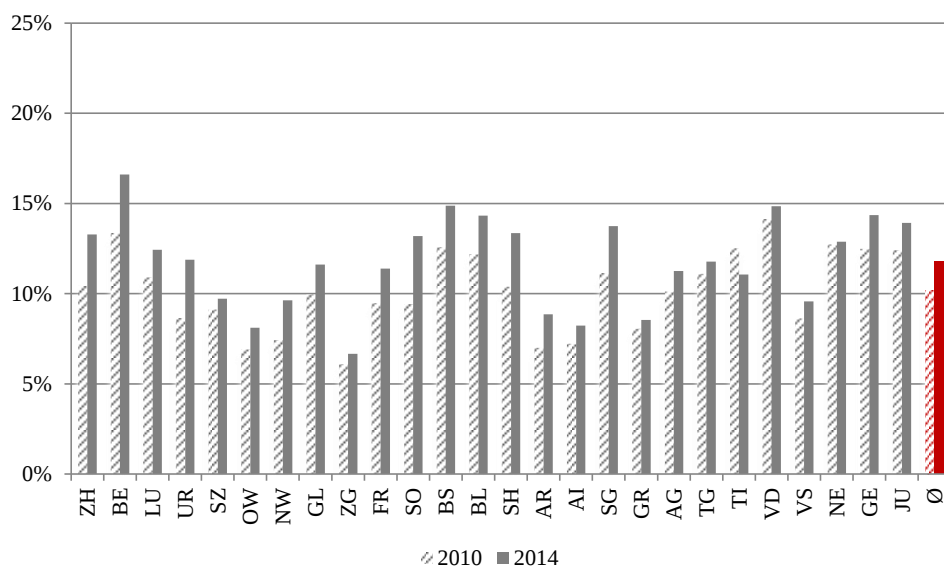
Anmerkungen: Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt (Ø) über die Anteile aller Modellhaushalte. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

⁹ Zu beachten ist, dass die Entwicklung jeweils nur die sieben betrachteten Modellhaushalte berücksichtigt. Daraus können möglicherweise Abweichungen zur Gesamtentwicklung resultieren.

Verbleibende Prämienbelastung: Ein grosser Verbilligungsanteil ist nicht gleichbedeutend mit einer tiefen Prämienbelastung. Denn in Kantonen mit einem hohen Prämienniveau ist möglicherweise die verbleibende Prämienbelastung immer noch sehr hoch. Wir führen daher die Prämienbelastung in Prozent des verfügbaren Einkommens¹⁰ auf.

Über alle Modellhaushalte und Kantone betrachtet lag die verbleibende Prämienbelastung als Anteil des verfügbaren Einkommens im Jahr 2014 bei 12 Prozent. Den tiefsten Wert weist der Kanton Zug auf (7 Prozent), danach folgen Obwalden, Appenzell Innerrhoden, Graubünden und Appenzell Ausserrhoden. Die höchste Prämienbelastung in Prozent des verfügbaren Einkommens resultiert im Kanton Bern mit 17 Prozent. Danach folgen Basel-Stadt und Waadt. In Basel-Stadt ist das Prämienverbilligungssystem dabei grosszügig ausgestaltet. Allerdings verhindern die hohen Prämien, dass die Prämienbelastung tiefer zu liegen kommt. Auch Waadt und Bern haben hohe Prämien, verbilligen im Gegensatz zu Basel-Stadt jedoch einen tieferen Anteil.

Verbleibende Prämienbelastung in Prozent des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Modellhaushalte



Anmerkungen: Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt (Ø). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

¹⁰ Verfügbares Einkommen = Nettolohn – Steuern

Fazit

Die Ausgaben für die Prämienverbilligung nehmen kontinuierlich zu. In den letzten Jahren stiegen sie allerdings weniger stark als die Prämien selbst. In der Folge sank die Bezügerquote und die Belastung für Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen erhöhte sich. Dass dies voraussichtlich auch künftig gilt, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass aktuell verschiedene Kantone eine Reduktion der Prämienverbilligung vorsehen.

Auch die in der Studie betrachteten Modellhaushalte bestätigen dieses Bild: Die Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen nahm seit dem letzten Monitoring im Jahr 2010 im Durchschnitt über alle Kantone und Modellhaushalte von 10 auf knapp 12 Prozent zu. Diese Werte sind hoch, wenn man sie mit der Prämienbelastung der Gesamtbevölkerung von etwa 6 Prozent vergleicht. Auch das vom Bundesrat bei Einführung der Prämienverbilligung formulierte Ziel einer maximalen Belastung von 8 Prozent des steuerbaren Einkommens wird kaum erreicht.

Nicht alle Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen sind jedoch gleich stark davon betroffen, so gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den Kantonen. Im Durchschnitt weisen die Kantone in der lateinischen Schweiz höhere Prämienverbilligungsbeiträge (und auch eine leicht höhere Bezügerquote) auf als Deutschschweizer Kantone. Auch Kantone mit einem höheren Prämienniveau gewähren im Durchschnitt höhere Beiträge – die verbleibende Prämienbelastung ist für die Versicherten in diesen Kantonen dennoch gross.

Die Analyse zeigt nicht nur die substanziellen Unterschiede zwischen den Kantonen auf, sondern auch jene nach Haushaltstyp. Der Medianhaushalt des Typs „Paar mit Kind und junger Erwachsener“ weist beispielsweise über alle Kantone betrachtet eine durchschnittliche Prämienbelastung von 15 Prozent des verfügbaren Einkommens auf. Demgegenüber liegt dieser Wert für den Medianhaushalt von Alleinerziehenden mit zwei Kindern bei „nur“ 8 Prozent.¹¹

¹¹ Zu beachten ist hierbei, dass das Medianeinkommen von Alleinerziehenden mit zwei Kindern deutlich unter demjenigen von Paaren mit einem Kind und einer jungen Erwachsenen liegt.

Résumé

Contexte

La réduction des primes pour les personnes de condition économique modeste a été introduite avec l'entrée en vigueur de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LAMal), le 1^{er} janvier 1996. L'Office fédéral de la santé publique (OFSP) fait régulièrement analyser l'efficacité sociopolitique de la réduction individuelle des primes (RIP) dans le cadre d'un monitoring. Le présent rapport présente le monitoring 2014 et traite des trois thématiques suivantes :

- Réduction des primes en Suisse
- Systèmes cantonaux de réduction des primes
- Efficacité sociopolitique des réductions de primes

Méthode

L'efficacité sociopolitique constitue le point central de l'analyse. Pour apprécier cet aspect, la réduction des primes et la charge restante pour les assurés ont été analysées pour sept ménages types, qui représentent d'importants groupes cibles de la RIP (le montant entre parenthèses correspond au revenu annuel brut) :

- Ménage type 1 : retraitée célibataire (45 000 francs)
- Ménage type 2 : couple avec deux enfants (70 000 francs)
- Ménage type 3 : famille monoparentale avec deux enfants (60 000 francs)
- Ménage type 4 : couple avec quatre enfants (85 000 francs)
- Ménage type 5 : couple avec un enfant et un jeune adulte (70 000 francs)
- Ménage type 6 : jeune adulte actif (38 000 francs)
- Ménage type 7 : couple sans enfant (60 000 francs)

En plus de ces sept catégories, l'étude a également analysé la situation des ménages qui occupent une *position particulière sur l'échelle des revenus* (p. ex., ménages avec le revenu médian¹²).

¹² Les ménages au revenu médian sont ceux par rapport auxquels la moitié des ménages du même type gagnent moins et l'autre moitié, plus.

Réduction des primes en Suisse

En 2014, environ 2,2 millions de personnes ont bénéficié d'une réduction de prime, soit 27 % des assurés : 19 % ont reçu une RIP, près de 5 % ont également perçu des prestations complémentaires et 3 % étaient tributaires de l'aide sociale. Les primes des deux dernières catégories ont été entièrement prises en charge. Selon les cantons, le taux de bénéficiaires variait entre 20 et 38 %.

Les dépenses consacrées aux réductions des primes ont atteint quelque 4 milliards de francs en 2014, dont 44 % financés par les cantons. Ces dépenses variaient de 317 à 866 francs par an et par habitant selon les cantons, avec une moyenne suisse de 492 francs. Ce qui est frappant, ce sont les grandes différences entre la Suisse alémanique et la Suisse latine. En Suisse alémanique, les dépenses par habitant étaient en moyenne de 450 francs alors qu'elles s'élevaient à 607 francs dans le reste de la Suisse.

Une différence comparable se retrouve au niveau des montants des réductions (= dépenses par bénéficiaire). En outre, on constate que les cantons où la charge des primes est supérieure à la moyenne présentent des montants de réduction globalement plus élevés que les autres cantons. En 2014, le montant moyen des réductions de primes s'est établi à 1828 francs par bénéficiaire.

Depuis l'entrée en vigueur de la LAMal, les dépenses consacrées à la réduction des primes ont augmenté au niveau national plus rapidement que les primes elles-mêmes, ce qui signifie que la charge pesant sur les assurés de condition économique modeste a diminué au cours des vingt dernières années. A plus petite échelle toutefois, on constate une évolution inverse. En effet, l'analyse révèle que, depuis le dernier monitoring (portant sur l'année 2010), les primes ont connu une hausse de 12 %, alors que, sur la même période, le montant par bénéficiaire a augmenté de seulement de 6 % et celui des dépenses totales, de 1 %. Le taux de bénéficiaires a même baissé.¹³

¹³ En raison de la révision du système de paiement des montants versés au titre de la réduction des primes, les chiffres du canton de Berne postérieurs à 2012 ne sont pas totalement comparables avec ceux des années précédentes. En effet, une partie des sommes versées pour le paiement des primes d'assurance-maladie des personnes bénéficiant de prestations complémentaires ou de l'aide sociale ne sont désormais plus considérées comme des réductions de primes et n'apparaissent donc plus dans ces statistiques.

Systèmes cantonaux de réduction des primes

Les cantons définissent eux-mêmes la mise en œuvre de la réduction des primes, à l'intérieur du cadre défini par la LAMal. Il en résulte de fortes disparités cantonales tant au niveau de l'importance des réductions que des systèmes en eux-mêmes.

Des différences apparaissent déjà quant aux types de revenu considérés pour le calcul de la RIP, qui ne coïncident pas. Généralement, une valeur calculée à partir de la déclaration d'impôts fait figure de point de départ (p. ex., le revenu net¹⁴ ou le revenu imposable¹⁵). Des valeurs sont ensuite déduites ou ajoutées, selon les règles de chaque canton.

La RIP est ensuite calculée sur la base du revenu considéré. Ici aussi, il existe différents modèles :

- D'abord, huit cantons utilisent un modèle échelonné. Les assurés qui entrent dans des catégories de revenu préalablement définies reçoivent un montant fixe au titre de la réduction individuelle des primes.
- Ensuite, huit cantons connaissent un modèle linéaire simple. La réduction de prime correspond à la prime indicative moins une quote-part, définie en tant que pourcentage du revenu déterminant.
- Huit autres cantons ont choisi un modèle linéaire dans lequel un pourcentage différent est appliqué en fonction de catégories de revenu.
- Enfin, deux cantons appliquent des fonctions mathématiques calculant la réduction, qui se situe entre un minimum et un maximum fixes.

Pour les bénéficiaires d'une RIP, il est également important de savoir quand la réduction de prime leur est accordée (depuis 2014, la LAMal impose que les réductions de prime soient versées directement aux caisses-maladie). Dans la plupart des systèmes, la réduction est décomptée en janvier déjà. Cependant, certains cantons ne réduisent les primes qu'à partir du milieu de l'année, ce qui présente l'avantage que la réduction est calculée sur la base des données actualisées (revenus et fortune).

¹⁴ Revenu net = salaire net – déductions pour frais professionnels/pour assurances. Salaire net = revenu brut – cotisations de l'employé à l'AVS/AI, APG, AC, ANP, LPP + allocations familiales.

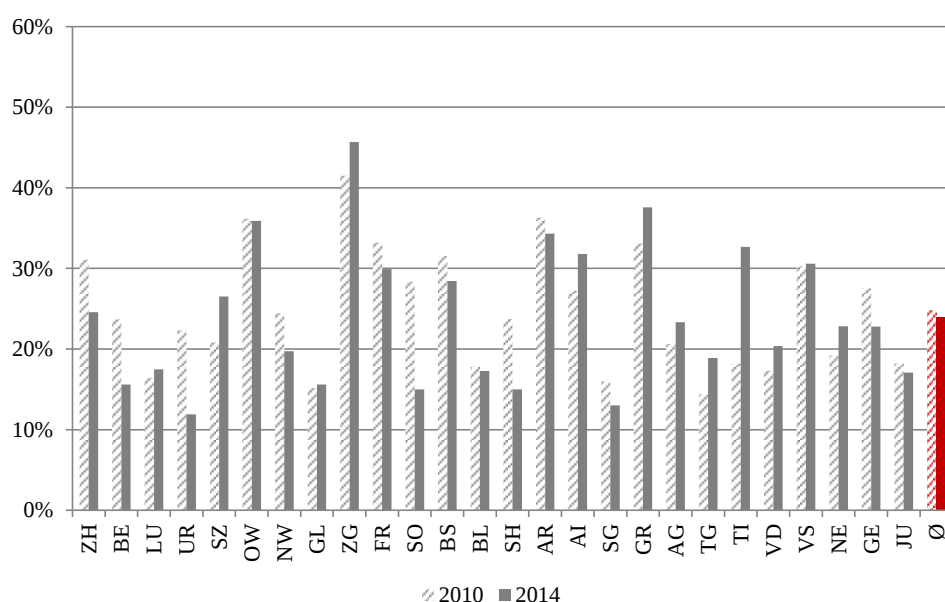
¹⁵ Revenu imposable = revenu net – déductions sociales (déductions pour enfants, déductions personnelles).

Efficacité sociopolitique : les ménages types

Réduction des primes : le premier élément qui permet de mesurer l'impact sociopolitique de la RIP est la détermination de la part des primes financée par les cantons. Cette valeur montre la répartition de la charge financière entre cantons et assurés et permet de comparer les situations de chaque canton indépendamment des différences relatives aux montants des primes.

La part de la prime entière prise en charge par la RIP s'élève en moyenne à 24 % (moyenne de tous les ménages types et de tous les cantons), avec toutefois de grandes différences cantonales : avec 12 %, Uri présente la valeur la plus faible et Zoug, la plus grande (46 %) ¹⁶. En comparaison avec 2010, la part de la prime entière financée par la RIP est restée stable pour les ménages types considérés. Elle a augmenté dans environ la moitié des cantons et a diminué dans les autres.

RIP / primes entières ; moyenne de tous les ménages types



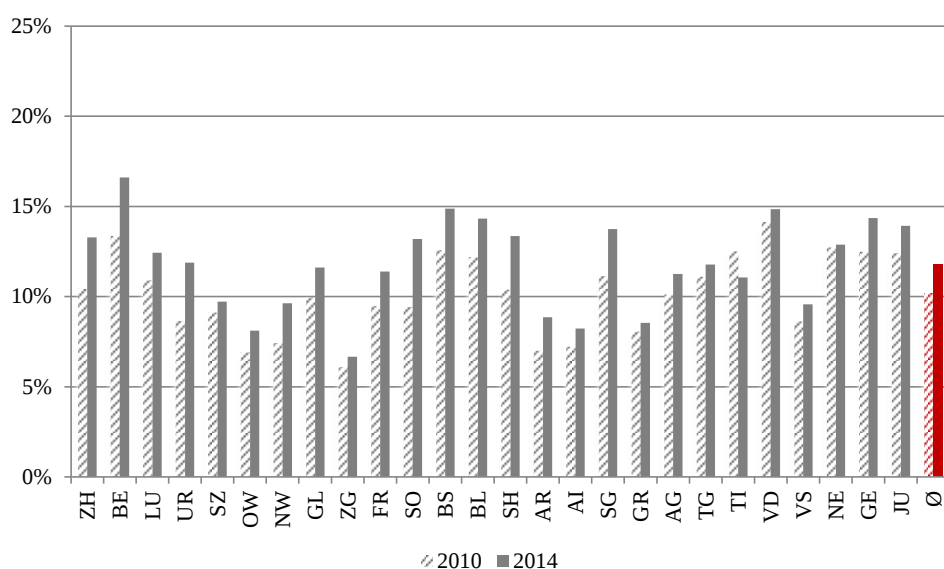
Remarques : moyenne = moyenne non pondérée (Ø) des pourcentages de tous les ménages types. Primes de la région la plus chère pour chaque canton. Sources : données collectées auprès des cantons, OFSP : Statistique de l'assurance maladie obligatoire 2012 (primes 2014) et calculs des auteurs.

¹⁶ A noter que toutes les analyses se fondent uniquement sur les sept ménages types définis. Il peut en résulter de petites différences avec l'évolution globale.

Charge restante : un haut pourcentage de réduction de prime n'équivaut pas forcément à une faible charge pour les assurés, car, dans les cantons à primes élevées, la charge restante peut être très importante. La valeur permettant de représenter la charge de l'assurance-maladie pour les ménages est donc la part du revenu disponible¹⁷ consacrée aux primes (en %).

En 2014, la part du revenu disponible consacrée aux primes, pour tous les ménages types et tous les cantons, s'est établie à environ 12 %. On observe la valeur la plus basse à Zoug (7 %), suivi par Obwald, Appenzell Rhodes-Intérieures, les Grisons et Appenzell Rhodes-Extérieures. Berne est le canton où les primes constituaient la plus grande partie du revenu disponible, avec 17 %, suivi de Bâle-Ville et de Vaud. A Bâle-Ville, le système de réduction des primes applique pourtant des critères généreux. C'est la cherté des primes qui explique que la part du revenu consacrée aux primes y soit si importante. Or dans les cantons de Berne et de Vaud, qui connaissent également des primes élevées, les systèmes de réduction réduisent ce pourcentage à un niveau plus bas qu'à Bâle-Ville.

Charge restante au titre des primes en pourcentage du revenu disponible, 2010 ; moyenne de tous les ménages types



Remarques : moyenne = moyenne non pondérée (Ø). Sources : données collectées auprès des cantons, OFSP : Statistique de l'assurance maladie obligatoire 2012 (primes 2014) et calculs des auteurs.

¹⁷ Revenu disponible = salaire net – impôts.

Conclusion

Les dépenses consacrées à la réduction des primes sont en progression constante. Au cours des dernières années, elles ont toutefois augmenté moins fortement que les primes elles-mêmes. Par conséquent, le taux de bénéficiaires a baissé, et les primes ont davantage pesé sur les assurés de condition économique modeste. Il faut compter avec la poursuite de ce processus, notamment en raison de plusieurs projets cantonaux visant à diminuer les réductions de primes.

La situation des ménages types considérés dans l'étude confirme ce tableau : à l'échelle de tous les cantons et pour tous les ménages types, la charge des primes, c'est-à-dire la part du revenu disponible consacrée aux primes, est passée de 10 % à un peu plus de 12 % entre 2010 et 2014. Ces valeurs sont particulièrement élevées au regard de la charge que représentent les primes pour l'ensemble de la population, qui est d'environ 6 %. De plus, on peine à atteindre l'objectif défini par le Conseil fédéral lors de l'introduction de la réduction des primes, à savoir des primes n'excédant pas les 8 % du revenu imposable.

En raison de différences cantonales significatives, les assurés de condition économique modeste ne sont néanmoins pas tous sur un pied d'égalité. En moyenne, les cantons latins offrent une réduction de primes plus importante que les autres. Ils présentent également un taux de bénéficiaires légèrement plus élevé. Par ailleurs, les cantons où les primes sont les plus chères accordent en moyenne des réductions plus conséquentes, ce qui ne signifie pas pour autant que la charge restante pour les assurés soit plus faible.

L'analyse révèle de fortes différences non seulement entre les cantons, mais aussi entre les ménages types. Par exemple, alors que le ménage au revenu médian du type « couple avec un enfant et un jeune adulte » dédie aux primes plus de 15 % de son revenu disponible (moyenne de tous les cantons), celui du type « famille monoparentale avec deux enfants » n'y consacre « que » 8 %¹⁸.

¹⁸ On notera à ce titre que le revenu médian des familles monoparentales avec deux enfants est largement plus bas que celui des couples avec un enfant et un jeune adulte.

Riassunto

Situazione di partenza

Con l'entrata in vigore il 1° gennaio 1996 della legge federale sull'assicurazione malattie (LAMal), è stata introdotta la riduzione dei premi per le persone in condizioni economiche modeste. L'Ufficio federale della sanità pubblica (UFSP) sottopone regolarmente a verifica, nel quadro di un monitoraggio, l'efficacia sociopolitica della riduzione individuale dei premi. Il presente rapporto illustra il monitoraggio 2014, che tratta tre ambiti tematici:

- riduzione dei premi in Svizzera;
- sistemi di riduzione dei premi dei Cantoni;
- efficacia sociopolitica della riduzione dei premi.

Metodologia

L'efficacia sociopolitica è l'elemento centrale dell'analisi, che prende in esame la riduzione dei premi e l'onere dei premi rimanente per sette modelli di economia domestica, rappresentativi di altrettanti importanti gruppi target della riduzione individuale dei premi (tra parentesi è indicato il rispettivo reddito lordo annuo):

- modello di economia domestica 1: pensionata sola (45 000 franchi)
- modello di economia domestica 2: coppia con due figli (70 000 franchi)
- modello di economia domestica 3: adulto solo con due figli (60 000 franchi)
- modello di economia domestica 4: coppia con quattro figli (85 000 franchi)
- modello di economia domestica 5: coppia con un figlio e una persona adulta a carico (70 000 franchi)
- modello di economia domestica 6: giovane che svolge un'attività lavorativa (38 000 franchi)
- modello di economia domestica 7: coppia senza figli (60 000 franchi)

Oltre ai modelli di economia domestica con i redditi lordi sopra indicati, l'analisi prende in esame anche alcune economie domestiche che si situano in una *posizione ben definita nella ripartizione dei redditi* (ad esempio le economie domestiche con un reddito mediano¹⁹).

¹⁹ Con il termine «reddito mediano» si intende che la metà della popolazione di questo tipo di economia domestica ha un reddito inferiore e l'altra metà un reddito superiore.

Riduzione dei premi in Svizzera

Nell'anno preso in esame, circa 2,2 milioni di persone hanno beneficiato della riduzione dei premi, ovvero il 27 per cento di tutti gli assicurati: il 19 per cento ha ricevuto una riduzione individuale dei premi, quasi il 5 per cento ha beneficiato anche di prestazioni complementari e il 3 per cento ha fatto ricorso all'aiuto sociale (nel caso di quest'ultimi due gruppi, i premi sono presi a carico). Nel confronto intercantonale, la percentuale dei beneficiari varia tra il 20 e il 38 per cento.

Le uscite per finanziare la riduzione dei premi si sono attestate a circa quattro miliardi di franchi, il 44 per cento dei quali finanziato dai Cantoni. A seconda dei Cantoni, le uscite pro capite erano comprese tra i 317 e gli 866 franchi all'anno mentre la media svizzera era di 492 franchi. Occorre osservare che esistono differenze notevoli tra la Svizzera tedesca e la Svizzera latina: nella Svizzera tedesca le uscite pro capite erano di 450 franchi, mentre nella Svizzera latina raggiungevano i 607 franchi.

La stessa osservazione vale anche per il sussidio per la riduzione dei premi (= uscite per ogni beneficiario). Dall'esame di questo valore è inoltre emerso che, in media, i Cantoni con un onere per i premi superiore alla media concedono anche sussidi più elevati per la riduzione dei premi, rispetto ai Cantoni con premi bassi. Complessivamente il sussidio per la riduzione dei premi nel 2014 è stato di 1828 franchi per beneficiario.

Dall'entrata in vigore della LAMal, le uscite per la riduzione dei premi a livello svizzero sono aumentate in maniera più massiccia dei premi: questo significa che, nel corso degli ultimi 20 anni, le persone in condizioni economiche modeste sono state sgravate. Tuttavia, negli ultimi tempi la tendenza è cambiata: se si prendono in considerazione gli sviluppi dall'ultimo monitoraggio del 2010, ci si accorge che i premi sono lievitati del 12 per cento, mentre sullo stesso arco di tempo il sussidio per ogni beneficiario è aumentato solo del sei per cento. Inoltre l'incremento delle uscite per la riduzione dei premi è stato unicamente dell'1 per cento mentre la percentuale dei beneficiari è addirittura scesa.²⁰

²⁰ Visto che il Cantone di Berna ha modificato il sistema di versamento della riduzione dei premi, i dati del 2012 non sono più comparabili completamente con quelli degli anni precedenti. Da allora nel Cantone di Berna non è più considerato come riduzione del premio per l'intero sussidio al premio della cassa malati di cui usufruiscono i beneficiari di prestazioni complementari e di aiuto sociale. Pertanto anche nella statistica della riduzione dei premi non compare più l'intero importo.

Sistemi di riduzione dei premi dei Cantoni

La fissazione della riduzione dei premi viene decisa dai Cantoni in base alla LAMal tenendo conto delle condizioni quadro; si riscontrano perciò notevoli differenze cantonali, sia in termini di efficacia sia nei sistemi.

Queste differenze sono visibili già nel reddito usato per il calcolo della riduzione individuale dei premi. A fungere da punto di partenza, di regola è un elemento di reddito, preso dalla dichiarazione fiscale (ad es. il reddito netto²¹ o il reddito imponibile²²). Su tale valore sono effettuate deduzioni oppure vengono aggiunti altri elementi, e ogni Cantone pratica gli aggiustamenti autonomamente.

Sulla base del reddito determinante, viene in seguito calcolata la riduzione individuale dei premi. Anche in tal caso esistono diversi modelli:

- otto Cantoni applicano un «modello a più livelli»: vengono stabilite varie classi di reddito. Gli aventi diritto che rientrano in una di queste classi di reddito ricevono un sussidio fisso quale riduzione dei premi;
- altri otto Cantoni usano un «modello percentuale semplice»: la riduzione dei premi coincide con il premio di riferimento, meno un'aliquota percentuale, definita in percentuale del reddito determinante;
- ancora otto altri Cantoni utilizzano un modello percentuale con tassi che variano a seconda delle categorie di reddito per il calcolo dell'aliquota percentuale;
- due Cantoni applicano funzioni matematiche che calcolano la riduzione dei premi tra un minimo e un massimo.

Per i beneficiari della riduzione individuale dei premi è inoltre rilevante la questione del momento in cui viene loro accreditata la riduzione dei premi (dal 2014 la riduzione dei premi deve essere pagata, secondo la LAMal, direttamente alle casse malati). Nella maggior parte dei Cantoni, la riduzione per gli assicurati è attiva già a partire da gennaio. Ma vi sono otto Cantoni in cui ai premi si applica la riduzione unicamente da metà anno, con tuttavia il vantaggio che la riduzione individuale dei premi viene calcolata sulla base degli elementi attuali di reddito e sostanza.

²¹ Reddito netto = salario netto – riduzioni per spese professionali e assicurazioni. Salario netto = reddito lordo – contributi del lavoratore per AVS, AI, IPG, AD, infortuni non professionali, LPP + assegni familiari.

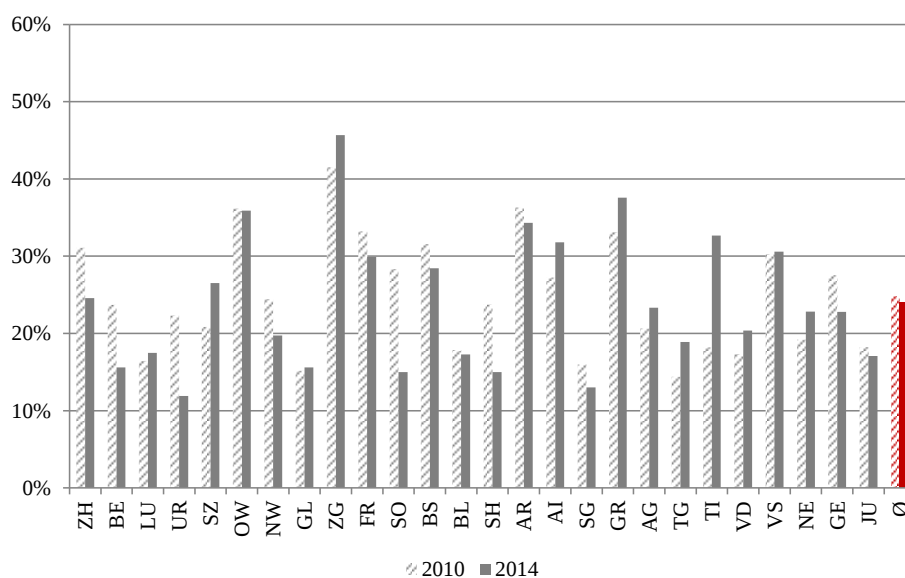
²² Reddito imponibile = reddito netto – deduzioni sociali (deduzioni per i figli, deduzioni personali).

Efficacia sociopolitica: i modelli di economia domestica

Riduzione dei premi: ai fini della valutazione dell'efficacia sociopolitica della riduzione individuale dei premi, si procede dapprima ad accertare qual è la parte di premio che il Cantone si accolla. Questo indicatore evidenzia la suddivisione dell'onere tra Cantone e assicurati e consente il confronto tra Cantoni indipendentemente dalle differenze negli importi dei premi.

La quota della riduzione individuale dei premi rispetto al premio non ridotto ammonta – tra tutti i modelli di economia domestica e i Cantoni – al 24 per cento in media, seppure con grandi differenze cantonali: il Cantone di Uri, con una quota di riduzione del 12 per cento, vanta il valore più basso, mentre Zugo (46 per cento) è il Cantone che si fa carico della quota più elevata.²³ In confronto al 2010, la quota della riduzione individuale dei premi rispetto al premio non ridotto per i modelli di economia domestica presi in esame è rimasta più o meno costante. In circa la metà dei Cantoni la quota è aumentata, mentre nell'altra metà è diminuita.

Riduzione individuale dei premi / premio non ridotto, valore medio di tutti i modelli di economia domestica



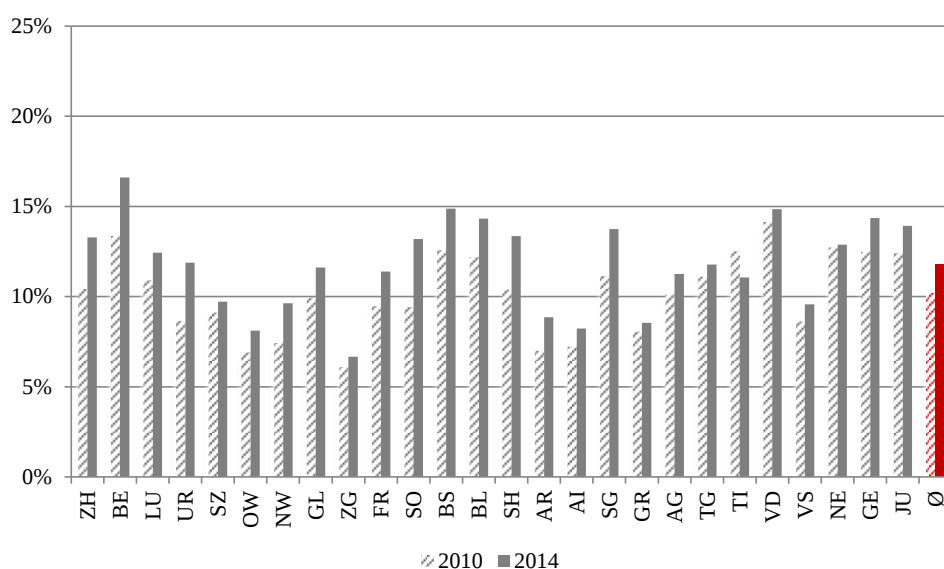
Osservazioni: valore medio = media non ponderata (Ø) rispetto alle quote di tutti i modelli di economia domestica. Premi della regione di premi più costosa. Fonte: Rilevazione nei Cantoni, UFSP Statistica dell'assicurazione malattie obbligatoria 2012 (premi 2014) e calcoli propri

²³ È importante osservare che l'andamento tiene conto unicamente dei sette modelli di economia domestica presi in esame; vi possono dunque eventualmente essere differenze rispetto all'andamento complessivo.

Onere dei premi rimanente: una percentuale alta di riduzione dei premi non equivale automaticamente a un onere dei premi inferiore. Infatti, nei Cantoni con un livello elevato dei premi può anche succedere che l'onere dei premi rimanente rimanga in fin dei conti ancora molto alto. Riportiamo perciò l'onere dei premi in percentuale del reddito disponibile²⁴.

Prendendo in considerazione tutti i modelli di economia domestica e i Cantoni, l'onere dei premi rimanente (espresso in percentuale del reddito disponibile) nel 2014 si è attestato al 12 per cento. Il valore più basso era del Cantone di Zugo (7 per cento), seguito dai Cantoni di Obwaldo, Appenzello Interno, Grigioni e Appenzello Esterno. L'onere dei premi più elevato, sempre in percentuale del reddito disponibile, era del Cantone di Berna (17 per cento), seguito da Basilea-Città e Vaud. Degno di nota il fatto che, sebbene nel Cantone di Basilea-Città il sistema di riduzione dei premi sia impostato con criteri generosi, i premi elevati impediscono che l'onere dei premi rimanente risulti più basso. Anche Vaud e Berna hanno premi alti, ma concedono riduzioni dei premi inferiori rispetto a Basilea-Città.

Onere dei premi rimanente in per cento del reddito disponibile, valore medio di tutti i modelli di economia domestica



Osservazioni: valore medio = media non ponderata (Ø). Fonte: Rilevazione nei Cantoni, UFSP Statistica dell'assicurazione malattie obbligatoria 2012 (premi 2014) e calcoli propri

²⁴ Reddito disponibile = salario netto – imposte

Conclusione

Le uscite per la riduzione dei premi sono in continuo aumento. Negli ultimi anni, però, sono aumentate in maniera meno marcata rispetto ai premi. Di conseguenza la percentuale di beneficiari è calata, ed è aumentato l'onere per le persone in condizioni economiche modeste. Presumibilmente questa tendenza rimarrà uguale anche in futuro, come dimostra il fatto che attualmente diversi Cantoni prevedono tagli al sistema di riduzione dei premi.

Anche i modelli di economia domestica presi in esame dall'indagine lo confermano: l'onere dei premi (espresso come percentuale del reddito disponibile) è aumentato dall'ultimo monitoraggio nel 2010 – tra tutti i Cantoni e i modelli di economia domestica – passando dal 10 per cento a quasi il 12 per cento in media. Si tratta di valori elevati, se confrontati con l'onere dei premi per la popolazione complessiva, pari a circa il 6 per cento. Presumibilmente non si riuscirà a raggiungere neppure l'obiettivo formulato dal Consiglio federale al momento dell'introduzione della riduzione dei premi, ovvero un onere massimo dell'8 per cento del reddito imponibile.

Le persone in condizioni economiche modeste non ne sono colpite con la stessa gravità. Esistono notevoli differenze tra i Cantoni; in media nei Cantoni della Svizzera latina si riscontrano contributi più elevati per la riduzione dei premi (così come una percentuale di beneficiari leggermente più alta) che nei Cantoni svizzero-tedeschi. I Cantoni con un livello di premi più alto concedono in media contributi più elevati per la riduzione dei premi: ma in questi Cantoni l'onere dei premi rimanente è nondimeno grande per gli assicurati.

Dall'analisi sono emerse differenze sostanziali non soltanto tra i Cantoni, ma anche tra i vari tipi di economia domestica. Nell'economia domestica mediana del tipo «Coppia con un figlio e una persona adulta a carico», ad esempio, prendendo in esame tutti i Cantoni si denota un onere dei premi medio del 15 del reddito disponibile. Per contro, nell'economia domestica mediana del tipo «Adulto solo con due figli» questo valore è «solo» dell'8 per cento.²⁵

²⁵ Vale la pena sottolineare che il reddito mediano degli «adulti soli con due figli» è nettamente inferiore rispetto a quello delle «coppie con un figlio e una persona adulta a carico».

Summary

Background

The Federal Health Insurance Act (KVG), which came into force on 1 January 1996, introduced premium reductions for persons with modest economic means. The social-policy effectiveness of individual premium reductions (IPR) is regularly assessed by the Federal Office of Public Health (FOPH) via a monitoring programme. The present 2014 Monitoring Report covers three thematic areas:

- Premium reductions in Switzerland
- Cantonal premium reduction systems
- Social-policy effectiveness of premium reductions

Methodology

Social-policy effectiveness is the core element of the analysis. Here, premium reductions and the remaining premium burden are analysed for seven standard household types representing important target groups for IPR (gross annual income is indicated in brackets):

- Household type 1: Pensioner living on her own (CHF 45,000)
- Household type 2: Couple with two children (CHF 70,000)
- Household type 3: Single parent with two children (CHF 60,000)
- Household type 4: Couple with four children (CHF 85,000)
- Household type 5: Couple with child and young adult (CHF 70,000)
- Household type 6: Young person in employment (CHF 38,000)
- Household type 7: Couple without children (CHF 60,000)

In addition to the household types with the gross income levels specified above, the analysis covers households occupying a *defined position within the income distribution* (e.g. median-income households²⁶).

²⁶ *Median income* means that, for a given household type, half of the population has a lower and half a higher income.

Premium reductions in Switzerland

In 2014, around 2.2 million people received premium reductions. This represents 27% of all policyholders, with 19% receiving IPR, almost 5% supplementary benefits and 3% social assistance. For the last two groups, premiums are paid in full. At the cantonal level, the proportion of recipients varies between 20% and 38%.

Premium reduction expenditures in 2014 amounted to approx. CHF 4 billion, with 44% being financed by the cantons. Depending on the canton, expenditures per resident varied from CHF 317 to CHF 866 per year, with the national average being CHF 492. The marked differences between German-speaking and French-/Italian-speaking regions are striking: expenditures per resident averaged CHF 450 in German-speaking and CHF 607 in French-/Italian-speaking Switzerland.

A similar picture emerges for premium reduction payments (i.e. expenditures per recipient). Here, it is also apparent that, on average, higher reductions are granted in cantons with an above-average premium burden than in cantons with lower premiums. Overall, the premium reduction payment per recipient was CHF 1,828 in 2014.

Since the entry into force of the KVG, premium reduction expenditures have risen to a greater extent than premiums. This means that, over the past 20 years, the burden has been eased for persons with modest economic means. However, this has not been the case more recently. On the contrary, since monitoring was last conducted (for 2010), while premiums have risen by 12%, payments per recipient have increased by only 6% over the same period, premium reduction expenditures have risen by only 1%, and the proportion of recipients has actually fallen.²⁷

²⁷ As the system for premium reduction payments has been modified in Canton Bern, the figures from 2012 onwards are no longer fully comparable with previous years. In Canton Bern, the payment of the full health insurance premium for recipients of supplementary benefits and social assistance is no longer regarded as premium reduction; this contribution is thus no longer included in the premium reduction statistics.

Cantonal premium reduction systems

Premium reductions are regulated at the cantonal level, within the general framework specified by the KVG. Consequently, there is considerable variation among cantons – both in effects and in systems.

The differences are already apparent in the income used for the calculation of the IPR. The starting point is generally an income value taken from the tax return (e.g. net income²⁸ or taxable income²⁹). Deductions and additions are then applied, with each canton making its own adjustments.

Based on the relevant income, the IPR is then calculated. Here, too, different types of model are used:

- Eight cantons employ a graduated model: various income classes are defined, and eligible claimants who fall into one of these classes receive a fixed amount as a premium reduction.
- Another eight cantons employ a simple percentage model: the premium reduction corresponds to the guideline premium minus a deductible, which is calculated as a percentage of the relevant income.
- Another eight cantons employ a percentage model in which the percentage for the deductible varies according to income class.
- The other two cantons use mathematical functions to determine the premium reduction between a minimum and a maximum level.

Also relevant for IPR recipients is the question when the reduction is credited (since 2014, premium reductions under the KVG are to be paid directly to health insurers). In most cantons, the reduction for policyholders takes effect in January. However, in some cantons, premiums are only reduced from the middle of the year – although this system offers the advantage that the IPR is calculated on the basis of the latest data on income and assets.

²⁸ Net income = net salary – deductions for occupational expenses and insurance premiums. Net salary = gross salary – employee contributions to insurance and pension schemes (AHV, IV, EO, ALV, NBU, BVG) + family benefits.

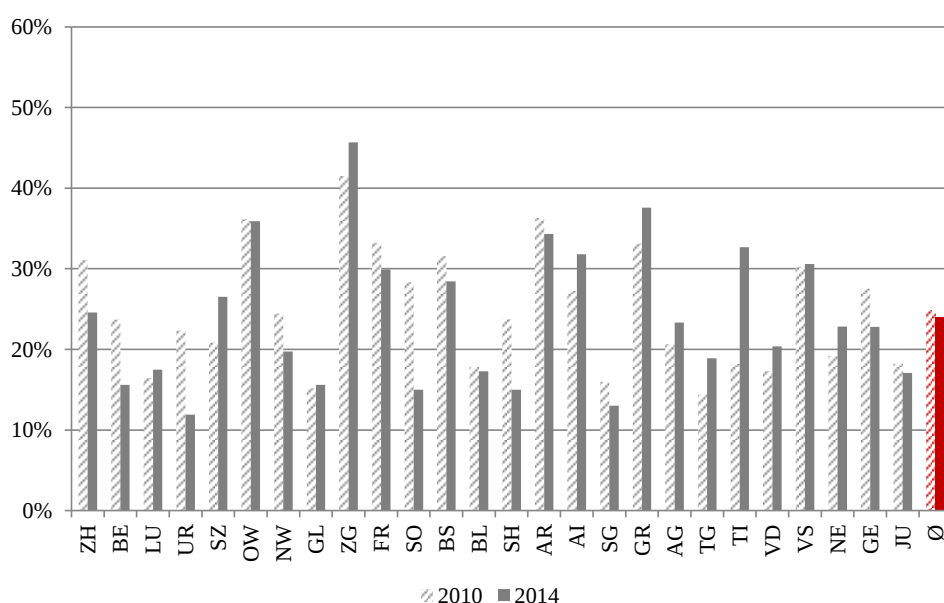
²⁹ Taxable income = net income – social deductions (deductions for children, personal deductions).

Social-policy effectiveness: standard household types

Premium reductions: To assess the social-policy effects of the IPR, one can first consider what proportion of the premium is borne by the canton. This indicator shows the division of costs between the canton and policyholders, and makes it possible for cantons to be compared irrespective of differences in premium levels.

On average, across all standard household types and cantons, the IPR amounts to 24% of the full premium, but with major differences between cantons: the lowest proportion is borne by Canton Uri (12% reduction), while the highest is borne by Canton Zug (46% reduction).³⁰ Compared to 2010, for the household types studied, the IPR as a percentage of the full premium was roughly unchanged. It increased in about half of the cantons and decreased in the other half.

IPR as a percentage of the full premium (average for all standard household types)



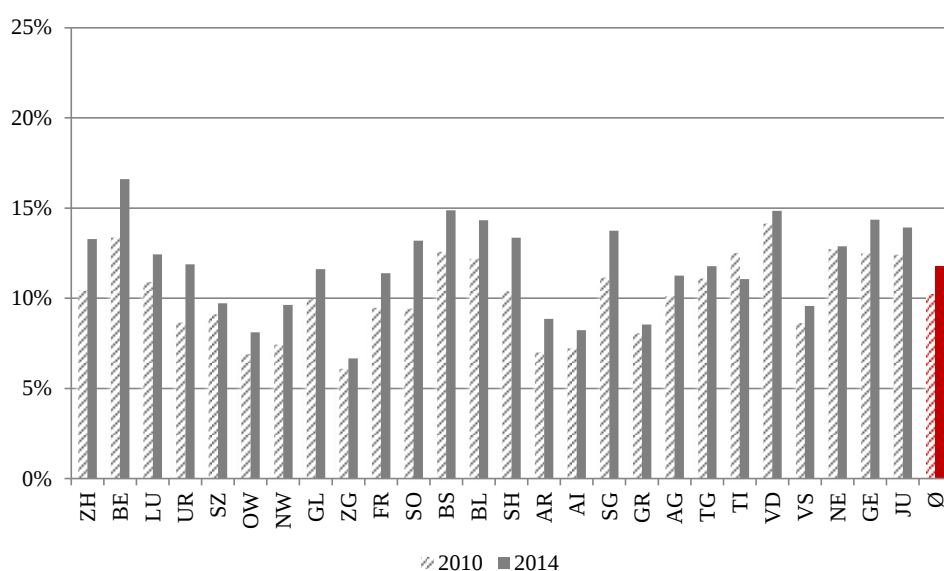
Notes: average = unweighted mean value (Ø) for all standard household types. Premiums from the most expensive premium region. Source: Survey of cantons, FOPH mandatory health insurance statistics 2012 (premiums 2014) and own calculations

³⁰ It should be noted that only the seven standard household types studied are taken into account, which may lead to deviations from the overall trend.

Remaining premium burden: A high percentage reduction does not necessarily mean a low premium burden, since in cantons with high premium levels the remaining premium burden may still be very high. For this reason, the premium burden is reported as a percentage of disposable income³¹.

On average, across all standard household types and cantons, the remaining premium burden as a percentage of disposable income was 12% in 2014. The lowest value was seen in Canton Zug (7%), followed by Obwalden, Appenzell Innerrhoden, Graubünden and Appenzell Ausserrhoden. The remaining premium burden as a percentage of disposable income was highest in Canton Bern (17%), followed by Basel-Stadt and Vaud. While Canton Basel-Stadt has a generous premium reduction system, the high premiums prevent the burden from reaching a lower level. In Cantons Vaud and Bern, premiums are also high but the percentage reduction is lower than in Basel-Stadt.

Remaining premium burden as a percentage of disposable income (average for all standard household types)



Notes: average = unweighted mean value (Ø). Source: Survey of cantons, FOPH mandatory health insurance statistics 2012 (premiums 2014) and own calculations

³¹ Disposable income = Net salary – taxes

Conclusions

While premium reduction expenditures continue to increase, they have risen less sharply than premiums themselves in recent years. As a result, the proportion of recipients has declined and the burden for persons with modest economic means has increased. That this is likely to remain the case is shown not least by the fact that various cantons are currently planning to lower premium reductions.

This picture is also confirmed by the standard household types considered in this study: on average, across all household types and cantons, the remaining premium burden as a percentage of disposable income has increased since the last monitoring study (in 2010) from 10% to almost 12%. These values are high compared to the premium burden of around 6% for the overall population. The goal of a maximum burden of 8% of taxable income – defined by the Federal Council when premium reductions were introduced – is also scarcely attained.

However, not all persons with modest economic means are affected to the same extent; for example, there are considerable differences between cantons. On average, premium reduction payments are higher (and the proportion of recipients is also slightly higher) in cantons in French-/Italian-speaking regions than in German-speaking cantons. On average, cantons with higher premium levels also grant higher reductions, but the remaining premium burden is still high for policyholders in these cantons.

The analysis reveals not only the substantial differences existing between cantons, but also those associated with household type. For example, the average premium burden, across all cantons, for the median household type “Couple with child and young adult” is 15% of disposable income, compared to “only” 8% for the median household type “Single parent with two children”.³²

³² Here, it should be borne in mind that the median household income of a single parent with two children is markedly lower than that of a couple with a child and a young adult.

1. Ziel und Methodik

Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) am 1. Januar 1996 wurde die Verbilligung der Prämien für Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen eingeführt. Die sozialpolitische Wirksamkeit der individuellen Prämienverbilligung (IPV) wird im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) regelmässig untersucht.³³ Die vorliegende Arbeit setzt diese Serie für das Jahr 2014 fort (Monitoring 2014).

1.1. Fragestellung und Aufbau des Berichts

Im Monitoring 2014 zur Wirksamkeit der Prämienverbilligung werden folgende Themenbereiche untersucht:

- Prämienverbilligung in der Schweiz (Kapitel 2)
- Prämienverbilligungssysteme der Kantone (Kapitel 3)
- Sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung (Kapitel 4 und 5)

Kapitel 6 fasst die Ergebnisse zu einer Synthese zusammen und zieht ein Fazit.

1.2. Vorgehen

Die sozialpolitische Wirksamkeit bildet das Kernstück der Analyse, in welchem eine Berechnung der Prämienverbilligung resp. der verbleibenden Prämienbelastung für verschiedene Modellhaushalte vorgenommen wird. Zur Ermittlung der sozialpolitischen Wirksamkeit werden folgende Schritte durchgeführt:

Schritt 1: Bestimmung von Modellhaushalten

Es werden sieben Modellhaushalte analysiert, die wichtige Zielgruppen der IPV abbilden:

- Modellhaushalt 1: Alleinstehende Rentnerin
- Modellhaushalt 2: Paar mit zwei Kindern
- Modellhaushalt 3: Alleinerziehende mit zwei Kindern
- Modellhaushalt 4: Paar mit vier Kindern
- Modellhaushalt 5: Paar mit Kind und junger Erwachsener
- Modellhaushalt 6: Junge erwerbstätige Person
- Modellhaushalt 7: Paar ohne Kinder

³³ Vgl. Balthasar (1998), Balthasar et al. (2001, 2003, 2005 und 2008) und B,S,S. (2012).

Die Modellhaushalte entsprechen denjenigen in den früheren Studien, so dass ein zeitlicher Vergleich möglich ist. Die konkrete Definition und die Repräsentativität der Modellhaushalte werden in Kapitel 4.1. erläutert.

Schritt 2: Bestimmung des massgeblichen Einkommens

Wir gehen von einem definierten Bruttoeinkommen aus, woraus wir die für die Prämienverbilligung massgebliche, kantonale unterschiedliche Bemessungsgrundlage zur Berechnung der IPV bestimmen. Die Berechnungen wurden mit der Steuersoftware Dr. Tax durchgeführt. Die Definition der Bruttoeinkommen erfolgte in den früheren Monitorings und hat zum Ziel, Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu erfassen, welche keinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL) oder Sozialhilfe haben.

Zusätzlich zu den Modellhaushalten im vorliegenden Bericht werden Modellhaushalte analysiert, welche an einer *definierten Position in der Einkommensverteilung* liegen. Diese Auswertungen gewährleisten die längerfristige zeitliche Vergleichbarkeit und sind auf der Website des BAG verfügbar.³⁴

Schritt 3: Berechnung der IPV

In Schritt 3 wird die IPV berechnet. Da bei der Ermittlung der massgeblichen Einkommen (vgl. Schritt 2) bereits Annahmen zur Prämienverbilligung getroffen werden müssen (diese fliesst z.B. im Rahmen der Versicherungsabzüge bei den meisten Kantonen mit ein), muss die Prämienverbilligung in einem iterativen Prozess bestimmt werden.³⁵ Die verantwortlichen kantonalen Stellen überprüften unsere Berechnung der IPV. Allfälligen Abweichungen gingen wir gemeinsam mit den kantonalen Verantwortlichen nach und passten die Prämienverbilligung ggf. an.

³⁴ Vgl. www.bag.admin.ch/praemienverbilligung

³⁵ In Einzelfällen kommt es vor, dass die IPV bei Stufenmodellen (vgl. Abschnitt 3.1.) nicht konvergiert. In diesen Fällen wurde der höhere Wert verwendet. Die Berechnung der IPV erfolgte zudem mittels Steuererklärung 2014, was dem Vorgehen im Monitoring 2010 entspricht. Dies stellt eine Vereinfachung dar, da die IPV in der Realität i.d.R. auf Basis von früheren Steuerdaten berechnet wird (der Zeitpunkt ist je nach Kanton unterschiedlich).

Schritt 4: Berechnung der verbleibenden Prämienbelastung

Schliesslich berechneten wir die verbleibende Prämienbelastung als Anteil des verfügbaren Einkommens:³⁶

$$\text{Prämienbelastung in \%} = \frac{\text{verbleibende Prämie}}{\text{verfügbares Einkommen}} = \frac{\text{unverbilligte Prämie} - \text{IPV}}{\text{Nettolohn} - \text{Steuern}}$$

Zur Interpretation dieses Werts wird wie in den früheren Monitorings das vom Bundesrat formulierte Ziel herangezogen, dass die Prämienbelastung 8% des steuerbaren (= bundessteuerpflichtigen) Einkommens nicht überschreiten soll.³⁷ Diese 8% des steuerbaren Einkommens entsprechen bei Personen mit Kindern ca. 6% des verfügbaren Einkommens, bei Personen ohne Kinder 8% des verfügbaren Einkommens.

Einschub: Herleitung des Sozialziels

Da wir uns in den nachfolgenden Auswertungen jeweils auf das verfügbare und nicht auf das steuerbare Einkommen beziehen, muss zunächst geklärt werden, welches Sozialziel in Bezug auf das verfügbare Einkommen gilt. Diese Umrechnung wird anhand folgender Gleichung vorgenommen:³⁸

$$x\% * \text{verfügbares Einkommen} = 8\% * \text{steuerbares Einkommen}$$

$$\rightarrow x\% = \frac{8\% * \text{steuerbares Einkommen}}{\text{verfügbares Einkommen}}$$

Für Personen ohne Kinder liegt das steuerbare Einkommen sehr nahe am verfügbaren Einkommen, bei Familien mit Kindern unterscheiden sich die Einkommensgrössen deutlich:

³⁶ Unverbilligte Prämie = Durchschnittliche Prämie in der teuersten Prämienregion (Prämienregion 1). Datenquelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014). Zu beachten ist, dass die *ungerundeten* monatlichen Durchschnittsprämien mit 12 multipliziert werden, um die Prämien pro Jahr zu erhalten. Durch die Berechnungsmethodik erklärt sich ein – geringfügiger – Unterschied zu den Durchschnittsprämien gemäss Verordnung des EDI, da letztere die auf Franken *aufgerundeten* monatlichen Prämien mit 12 multipliziert.

³⁷ Vgl. Schweizerischer Bundesrat (1991) zur Einführung der individuellen Prämienverbilligung (S. 225): „Aufgrund dieser Schätzungen gelangen wir zum Ergebnis, dass die Kantone den Grenzbeitrag, ab dem die individuelle Prämienverbilligung einsetzt, bei 8 Prozent des steuerbaren Einkommens festlegen können. Danach würde also kein Haushalt mehr als 8 Prozent seines steuerbaren Einkommens für Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung aufzubringen haben. Sind die Prämien höher, wird die Differenz durch Beiträge der öffentlichen Hand zurückvergütet.“

³⁸ Die Gleichung wurde für jeden Modellhaushalt berechnet, wobei das steuerbare Einkommen dem bundessteuerpflichtigen Einkommen gemäss Steuerrechner ESTV entspricht und das verfügbare Einkommen einem (ungewichteten) Mittelwert über alle Kantone.

Modellhaushalte 1, 6 und 7 (ohne Kinder): $x\% = 8\%$

Modellhaushalte 2, 3, 4 und 5 (mit Kindern): $x\% = 6\%$

Gemäss Zielformulierung des Bundes sollten Haushalte mit Kindern somit eine Prämienbelastung von 6% des verfügbaren Einkommens nicht überschreiten, bei Haushalten ohne Kinder liegt die Grenze bei 8% des verfügbaren Einkommens.³⁹

Datenquellen

Folgende Daten- und Informationsquellen wurden für die Studie verwendet:

- BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung
- Erhebung bei den für die Prämienverbilligung verantwortlichen Stellen aller Kantone⁴⁰
- Übersicht über die kantonalen Prämienverbilligungssysteme der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK⁴¹
- Weitere Informationen zu den kantonalen Prämienverbilligungssystemen: Websites der Kantone und von Krankenversicherern, Merkblätter, gesetzliche Grundlagen
- Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung
- Daten des Bundesamts für Statistik (z.B. zur Bevölkerungsstruktur)

³⁹ Streng genommen liegen die Werte zwischen 7 und 8% für Personen ohne Kinder und zwischen 5 und 6% bei Personen mit Kindern. Es wird jeweils das weniger restriktive Sozialziel von 8% resp. 6% verwendet. Diese Werte entsprechen denjenigen, welche bereits in B,S,S. (2012) angewandt wurden.

⁴⁰ Rücklauf: 100%, Erhebungszeitraum: April 2015, Sprachversionen: Deutsch und Französisch

⁴¹ Vgl. GDK (2014).

2. Prämienverbilligung in der Schweiz

2.1. Übersicht

Tabelle 1 führt die Kennzahlen zur Prämienverbilligung nach Kantonen auf. Im Jahr 2014 bezogen rund 2.2 Mio. Versicherte eine Prämienverbilligung. Die Ausgaben betrugen rund 4 Mia. CHF. Die meisten Bezüger/innen im Verhältnis zu den Versicherten finden sich im Tessin (38%), die tiefste Bezügerquote weist Glarus auf (20%). Gesamtschweizerisch liegt der Anteil bei 27%.

Tabelle 1 Übersicht über die Prämienverbilligung, 2014

	Bezüger/ innen	Bezüger- quote	Ausgaben in Mio. CHF	PV pro Bezüger/in	Prämien (teuerste Prämienregion)		
					ab 26 Jahre	19-26 Jahre	bis 18 Jahre
ZH	416'899	29%	708	1'699	5'224	4'868	1'255
BE	226'761	23%	317	1'398	5'623	5'253	1'273
LU	111'258	28%	161	1'447	4'503	4'151	1'024
UR	11'652	32%	15	1'252	3'986	3'592	928
SZ	36'093	24%	64	1'777	4'126	3'768	949
OW	11'192	30%	17	1'548	3'905	3'561	900
NW	10'052	24%	15	1'454	3'701	3'355	854
GL	8'160	20%	15	1'828	4'134	3'698	936
ZG	29'682	25%	53	1'773	4'048	3'704	934
FR	80'070	27%	150	1'868	4'748	4'446	1'100
SO	58'480	22%	117	1'996	4'522	4'121	1'039
BS	52'753	29%	164	3'109	6'145	5'680	1'477
BL	63'911	23%	116	1'821	5'150	4'717	1'239
SH	22'955	29%	40	1'762	4'702	4'332	1'093
AR	13'465	25%	28	2'089	3'994	3'691	937
AI	5'243	33%	6	1'127	3'701	3'402	875
SG	113'084	23%	183	1'619	4'667	4'328	1'118
GR	68'328	34%	87	1'277	4'269	3'971	1'030
AG	179'845	28%	281	1'564	4'479	4'076	1'025
TG	71'650	27%	116	1'620	4'312	3'946	1'029
TI	130'594	38%	287	2'195	5'041	4'668	1'170
VD	199'453	27%	466	2'338	5'323	5'072	1'246
VS	87'315	26%	174	1'989	4'196	3'911	956
NE	43'990	25%	109	2'479	4'841	4'641	1'045
GE	115'016	26%	277	2'407	5'796	5'367	1'282
JU	23'263	32%	40	1'726	4'894	4'621	1'028
CH	2'191'164	27%	4'007	1'828	4'753	1'098	4'363

Anmerkungen: PV = Prämienverbilligung. Bezüger/innen = Anzahl Personen, an welche Prämienverbilligungen nach KVG ausbezahlt wurden (exkl. Prämienausstände). Bezügerquote = Anzahl Bezüger/innen in % des durchschnittlichen Versichertenbestandes. Prämien = Durchschnittsprämien gemäss BAG (ungerundete monatliche Werte * 12). Rot markiert sind die höchsten, dunkelgrau die tiefsten Anteile. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

Die durchschnittliche Prämienverbilligung korrespondiert mit der Prämienhöhe. So weist beispielsweise der Kanton Basel-Stadt schweizweit die höchsten Prämien, jedoch auch die höchste Prämienverbilligung pro Bezüger/in auf. Kantone mit überdurchschnittlichen Prämien leisten im Durchschnitt Beiträge von 2'085 CHF

pro Bezüger/in, Kantone mit unterdurchschnittlichen Prämien 1'616 CHF. Damit zusammenhängend⁴² fallen auch sprachregionale Unterschiede auf: Kantone der lateinischen Schweiz weisen im Durchschnitt höhere Prämienverbilligungsbeiträge auf als Kantone in der Deutschschweiz (2'143 CHF pro Bezüger/in im Vergleich zu 1'693 CHF).

Einen Zusammenhang zwischen Bezügerquote und durchschnittlichem Betrag pro Bezüger/in lässt sich hingegen nicht erkennen.⁴³ Dies ist u.E. dadurch zu erklären, dass gegenläufige Effekte auftreten. Effekt 1: Auch Kantone mit tiefen Bezügerquoten berücksichtigen die einkommensschwächsten Haushalte. Da deren Prämien i.d.R. ganz übernommen werden (z.B. bei EL-Bezüger/innen) steigt der durchschnittliche Beitrag. Effekt 2: Kantone mit hohen Bezügerquoten weisen möglicherweise grosszügigere Prämienverbilligungssysteme auf, weshalb ihr durchschnittlicher Beitrag höher liegen kann.

2.2. Bezüger/innen

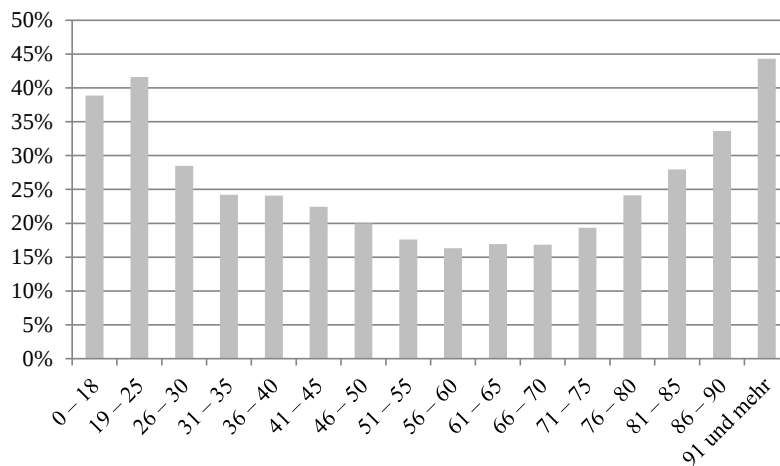
Die Bezügerquote unterscheidet sich nicht nur nach Kanton, sondern auch nach Altersgruppen. Die Verteilung entspricht dabei einer „U-Kurve“: Kinder und junge Erwachsene weisen einen überproportionalen Bezug auf.⁴⁴ Danach sinkt die Bezügerquote mit dem Alter und erreicht bei den 50- bis 70-Jährigen die tiefsten Werte, bevor sie wieder kontinuierlich ansteigt.

⁴² Die Prämien in der lateinischen Schweiz sind im Durchschnitt höher als in der Deutschschweiz.

⁴³ Dies im Unterschied zum Monitoring 2010, wo sich eine mittlere Korrelation von -0.6 zwischen den beiden Werten zeigte (vgl. B,S,S., 2012). Die Korrelation beträgt für das Jahr 2014 demgegenüber nur noch -0.1.

⁴⁴ Dies erklärt sich u.a. durch die Bestimmungen im KVG (Art. 65, Abs. 1 bis): Für untere und *mittlere* Einkommen verbilligen die Kantone die Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50 Prozent. Erwachsene ab 26 Jahren, haben hingegen nur bei *bescheidenen* wirtschaftlichen Verhältnissen Anspruch auf Prämienverbilligung (vgl. Art. 65, Abs. 1 KVG).

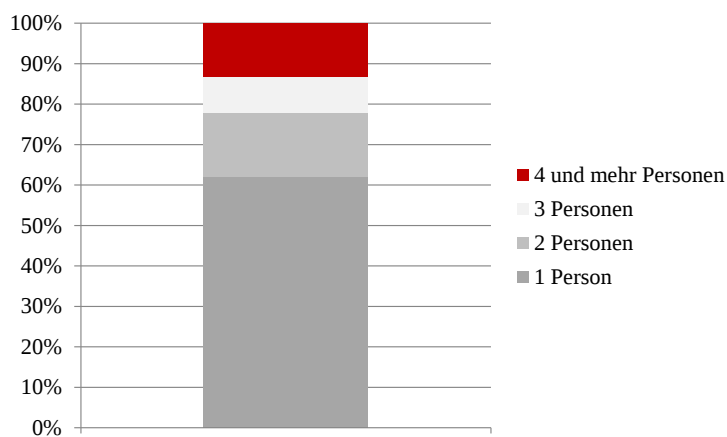
Abbildung 1 Bezügerquoten nach Altersgruppen, 2014



Anmerkungen: Bezügerquote = Anzahl Bezüger/innen in % des durchschnittlichen Versichertenbestandes. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

In Bezug auf den Haushaltstyp machen Einpersonenhaushalte mit rund 60% den grössten Anteil aus (vgl. Abbildung 2). Der Anteil der Alleinerziehenden liegt bei knapp 11% (nicht in der Grafik aufgeführt).

Abbildung 2 Bezüger/innen nach Haushaltsgrösse, 2014



Anmerkungen: Ohne Haushaltstyp „unbekannt“. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

Von den rund 2.2 Mio. Versicherten mit Prämienverbilligung bezogen knapp 368'000 Personen gleichzeitig Ergänzungsleistungen und weitere rund 256'000 Personen Sozialhilfe. Für diese beiden Gruppen werden die Prämien vollständig übernommen. Bei den Bezüger/innen von EL legt das Eidgenössische Departement des Innern jährlich den Pauschalbetrag (= Durchschnittsprämie nach Prämienregi-

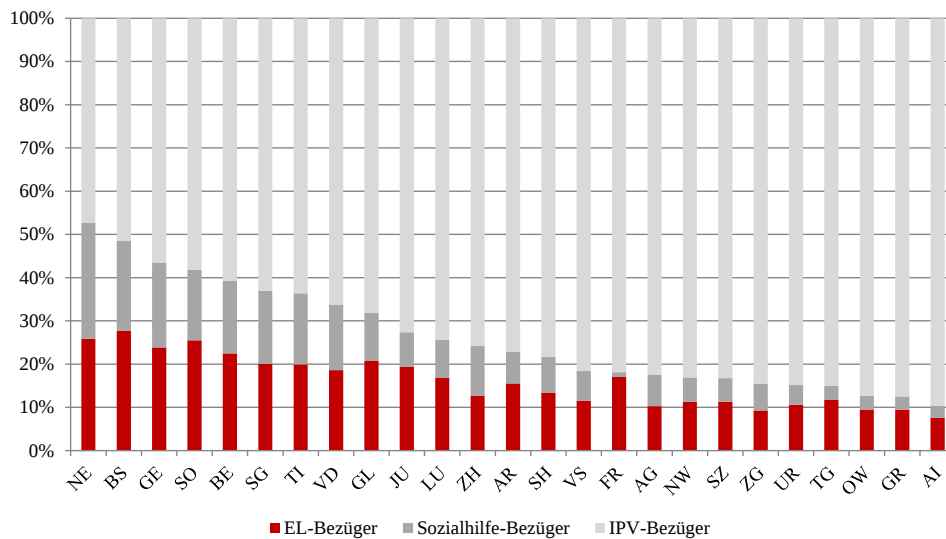
on) fest, welcher von den Kantonen im Rahmen der Prämienverbilligung übernommen werden muss. Bei den Bezüger/innen von Sozialhilfe bestimmen die Kantone, welche Prämienverbilligung sie leisten. In den meisten Fällen ist dies die Durchschnittsprämie, die Richtprämie oder die effektive Prämie. Es gibt aber auch Kantone, welche „nur“ den ordentlichen IPV-Betrag gewähren. Dies ist etwa in den Kantonen Bern, Basel-Landschaft und Freiburg der Fall. Aus Sicht der Bezüger/innen wird die Prämie dennoch vollständig übernommen resp. bei der Berechnung der Sozialhilfe in voller Höhe berücksichtigt, da die Restprämie von der Sozialhilfe (Gemeinden) bezahlt wird.⁴⁵

Die Zusammensetzung der Bezüger/innen resp. der Ausgaben ist in den nachfolgenden Abbildungen dargestellt. Der Anteil Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe ist bei den Ausgaben für die Prämienverbilligung grösser als bei der Anzahl Personen.⁴⁶ Dies liegt daran, dass die Prämie bei EL und Sozialhilfe i.d.R. übernommen wird (s.o.), während sie bei den Bezüger/innen der ordentlichen IPV zumeist nur verbilligt wird. Zwischen dem Anteil Bezüger/innen von EL / Sozialhilfe und dem durchschnittlichen Beitrag zeigt sich aus diesem Grund auch ein positiver Zusammenhang wie Abbildung 5 darstellt.

⁴⁵ Zu beachten ist, dass in den nachfolgend aufgeführten Daten auch nur die vom Kanton übernommenen Ausgaben enthalten sind. Auch im Kanton Zürich wird – sofern die IPV beantragt wurde – ein Teil über die IPV, der Rest von den Gemeinden über die Sozialhilfe bezahlt. Allerdings erstattet der Kanton den Gemeinden diese Ausgaben zurück. In den nachfolgend aufgeführten Daten sind beim Kanton Zürich somit im Unterschied zu den oben genannten Kantonen die gesamten Prämienübernahmen enthalten.

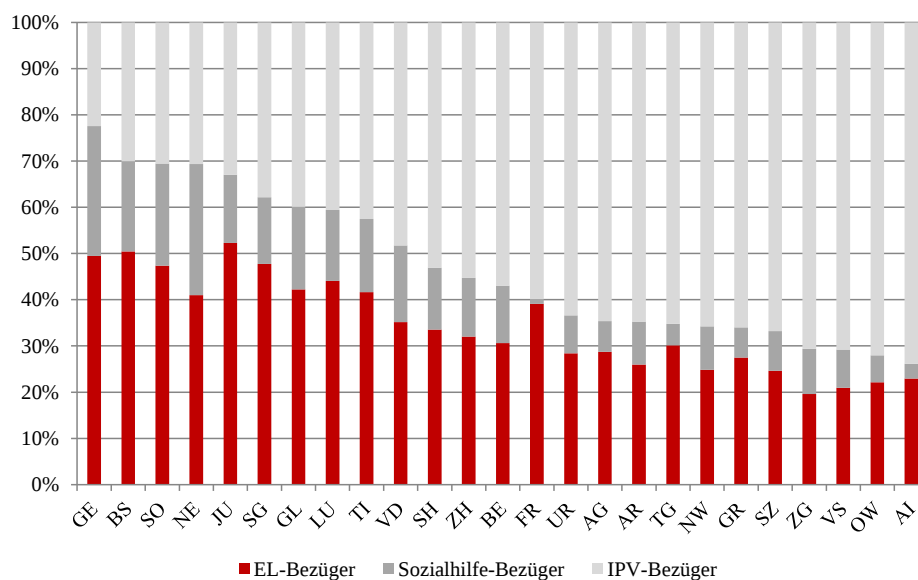
⁴⁶ Anmerkung zu den Begrifflichkeiten: Wenn von Prämienverbilligung gesprochen wird, sind jeweils die IPV sowie die Prämienübernahmen im Rahmen der EL und Sozialhilfe gemeint.

Abbildung 3 Bezüger/innen von Prämienverbilligung, 2014

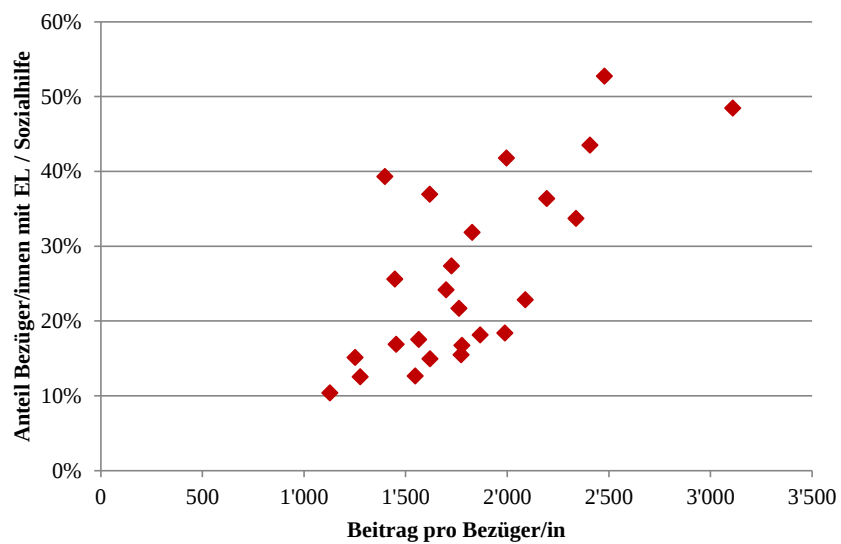


Anmerkungen: Für den Kanton BL liegen keine Daten vor. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

Abbildung 4 Beiträge für die Prämienverbilligung, 2014



Anmerkungen: Für den Kanton BL liegen keine Daten vor. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

Abbildung 5 Zusammenhang Bezügergruppen und Beiträge pro Bezüger/in

Anmerkungen: Für den Kanton BL liegen keine Daten vor. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

2.3. Ausgaben

Die Ausgaben für die Prämienverbilligung betrugen 2014 rund 4 Mia. CHF. Der Anteil der Kantone daran lag insgesamt bei 44% und schwankte je nach Kanton zwischen 13% (Bern) und 67% (Tessin).

Tabelle 2 Prämienverbilligung 2014

	Bundesbeiträge in Mio. CHF	Kantonsbeiträge in Mio. CHF	Total in Mio. CHF	Total pro Einwohner	Anteil Kantonsbeitrag
ZH	392	316	708	497	45%
BE	276	41	317	317	13%
LU	107	54	161	412	33%
UR	10	5	15	407	32%
SZ	42	23	64	424	35%
OW	10	7	17	475	42%
NW	12	3	15	349	21%
GL	11	4	15	377	26%
ZG	32	20	53	446	38%
FR	81	69	150	503	46%
SO	72	45	117	447	38%
BS	54	110	164	866	67%
BL	78	39	116	418	33%
SH	22	18	40	513	45%
AR	15	13	28	524	47%
AI	4	2	6	375	26%
SG	136	47	183	372	26%
GR	54	33	87	448	38%
AG	175	106	281	442	38%
TG	71	45	116	446	38%
TI	95	192	287	827	67%
VD	204	262	466	622	56%
VS	89	84	174	531	49%
NE	49	60	109	618	55%
GE	130	146	277	590	53%
JU	20	20	40	560	51%
CH	2'242	1'765	4'007	492	44%

Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014, BFS STATPOP (Bevölkerung 31.12.2013)

Auffallend sind die deutlichen Unterschiede zwischen Deutschschweiz und lateinischer Schweiz: In der Deutschschweiz betragen die Ausgaben pro Einwohner/in im Durchschnitt 450 CHF, in der Romandie und im Tessin durchschnittlich 607 CHF. Ähnliches gilt für den Kantonsanteil: Während die Kantone in der Deutschschweiz einen Kantonsbeitrag von durchschnittlich 36% aufweisen, sind es in der lateinischen Schweiz 54% (jeweils ungewichtete Durchschnittswerte).

Gemessen am Prämiensoll variierte die Prämienverbilligung 2014 je nach Kanton zwischen 9% (Bern) und 24% (Tessin) und betrug gesamtschweizerisch 16%.

2.4. Zeitliche Entwicklung

Seit Inkrafttreten des KVG nahmen die Ausgaben der Prämienverbilligung gesamtschweizerisch um 173% zu. Die Prämien für erwachsene Personen stiegen im selben Zeitraum um 129%. Dies bedeutet, dass der Verbilligungsanteil mit den Jahren zugenommen hat. Diese Aussage gilt allerdings nicht mehr in jüngster Zeit. Im Gegenteil: Betrachtet man die Entwicklung seit dem letzten Monitoring im Jahr 2010, stellt man eine Zunahme der Prämien⁴⁷ von insgesamt 12% fest, während die Prämienverbilligungsbeiträge pro Bezüger/in nur 6% und die Ausgaben für die Prämienverbilligung nur 1% stieg. Abbildung 6 und Abbildung 7 bilden die Entwicklung der Prämienverbilligung ab.

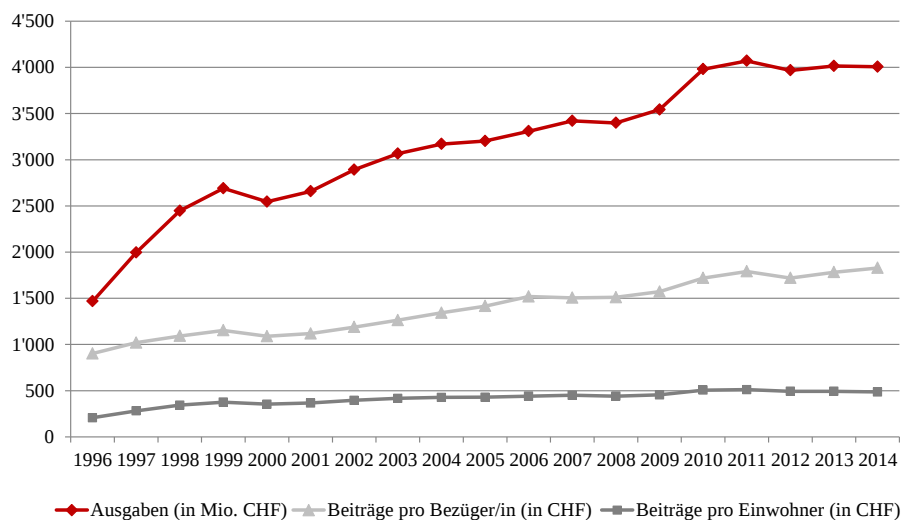
Anmerkung: In Bezug auf die zeitlichen Vergleiche in diesem Kapitel sind zwei Punkte zu beachten: 1) Ab 2011 sind die Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) nicht mehr in den Daten des BAG enthalten.⁴⁸ 2) Beim Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligungsausgaben für Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik.⁴⁹

⁴⁷ = Prämiensoll je Versicherte. Das Prämiensoll je Versicherte entspricht der Durchschnittsprämie für alle Versicherungsformen. Würde man nur die Standardprämie für Erwachsene betrachten, läge die Zunahme im betrachteten Zeitraum bei 13%.

⁴⁸ Zum Vergleich: Betrachtet man die Entwicklung seit 2011, stellt man eine Zunahme der Prämien von 6% und eine Erhöhung der Beiträge pro Bezüger/in von 2% fest, während die Prämienverbilligung um 1.6% sank.

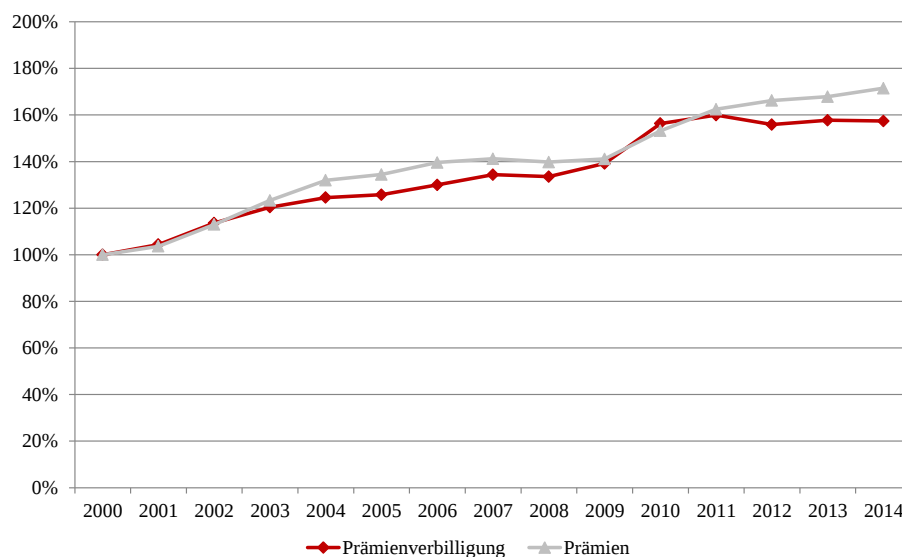
⁴⁹ Zwischen 2011 und 2012 sanken die Ausgaben für die Prämienverbilligung im Kanton Bern gemäss der Statistik der obligatorischen Krankenversicherung von 546 Mio. CHF auf 384 Mio. CHF. Nach Auskunft des Kantons Bern resultierte diese Abnahme *vollumfänglich* aufgrund des oben erwähnten Systemwechsels. Zum Vergleich: Ohne den Kanton Bern würde die Zunahme der Ausgaben für die Prämienverbilligung zwischen 2010 und 2014 gesamtschweizerisch bei 2% liegen.

Abbildung 6 Entwicklung Prämienverbilligung



Anmerkungen: Ab 2011 ohne Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der OKP. Im Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligung an Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik; die Zahlen sind daher nur bedingt mit früheren Jahren vergleichbar. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

Abbildung 7 Entwicklung Prämien und Prämienverbilligung, indexiert



Anmerkungen: Prämien = Prämiensoll / Versicherte. Ab 2011 ohne Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der OKP. Im Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligung an Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik; die Zahlen sind daher nur bedingt mit früheren Jahren vergleichbar. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

Nach Kantonen differenziert zeigen sich deutliche Unterschiede in den Prämienverbilligungsausgaben pro Einwohner/in (vgl. Tabelle 3). Diese schwanken zwi-

schen 317 CHF (Bern) und 866 CHF (Basel-Stadt). Wir betrachten zudem die Entwicklung seit 2007, um allfällige Effekte durch das Inkrafttreten der NFA darzustellen.⁵⁰ Im Vergleich zur Situation vor NFA zeigt sich gesamtschweizerisch eine Zunahme der Ausgaben pro Einwohner/in von 450 CHF auf 492 CHF. In fünf Kantonen nahm der Wert allerdings ab; am stärksten in Bern, wobei hier die veränderte Abgrenzung zu beachten ist (vgl. Anmerkung eingangs des Kapitels).

Tabelle 3 Ausgaben Prämienverbilligung pro Einwohner/in in CHF

	PV/Einwohner 2007	PV/Einwohner 2010	PV/Einwohner 2014	Veränderung (%) 2007-2014
ZH	418	522	497	19%
BE	508	549	317	-38%
LU	435	441	412	-5%
UR	419	372	407	-3%
SZ	319	332	424	33%
OW	571	498	475	-17%
NW	316	425	349	10%
GL	337	386	377	12%
ZG	357	380	446	25%
FR	465	523	503	8%
SO	360	489	447	24%
BS	813	698	866	7%
BL	345	442	418	21%
SH	495	542	513	4%
AR	459	451	524	14%
AI	421	349	375	-11%
SG	298	367	372	25%
GR	326	413	448	37%
AG	285	364	442	55%
TG	444	482	446	0%
TI	591	735	827	40%
VD	521	556	622	19%
VS	513	550	531	4%
NE	571	516	618	8%
GE	584	596	590	1%
JU	532	557	560	5%
CH	450	506	492	9%

Anmerkungen: PV = Prämienverbilligung. Ab 2011 ohne Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der OKP.⁵¹ Im Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligung an Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik; die Zahlen sind daher nur bedingt mit früheren Jahren vergleichbar.⁵² Rot markiert sind die höchsten, dunkelgrau die tiefsten Anteile. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014, BFS STATPOP (2014: Bevölkerung 31.12.2013)

⁵⁰ NFA = Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, welche am 1.1.2008 in Kraft trat. Damit verbunden war die Änderung, dass der Bundesbeitrag nicht länger von der Finanzkraft der Kantone abhängt, sondern 7.5% der Bruttokosten (= bezahlte Prämien und Kostenbeteiligungen der Versicherten) der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in der Schweiz beträgt (Aufteilung auf die Kantone anhand ihrer Wohnbevölkerung).

⁵¹ Zum Vergleich: Im Jahr 2011 lag der Wert gesamtschweizerisch bei 512 CHF.

⁵² Ohne den Kanton Bern würde der Wert gesamtschweizerisch von 442 CHF (2007) auf 517 CHF (2014) steigen (2010: 500 CHF).

Der Anteil des Kantonsbeitrags nahm seit 2007 ebenfalls deutlich zu, gesamtschweizerisch von 33% auf 44%. In einzelnen Kantonen (insbesondere in Zug und Nidwalden) zeigen sich jedoch auch beträchtliche Abnahmen.

Abbildung 8 Anteil Kantonsbeitrag

	Anteil Kantonsbeitrag 2007	Anteil Kantonsbeitrag 2010	Anteil Kantonsbeitrag 2014	Veränderung (PP) 2007-2014
ZH	49%	52%	45%	-4 %P
BE	24%	54%	13%	-11 %P
LU	22%	44%	33%	11 %P
UR	12%	33%	32%	20 %P
SZ	38%	25%	35%	-3 %P
OW	7%	51%	42%	34 %P
NW	43%	41%	21%	-23 %P
GL	27%	34%	26%	-1 %P
ZG	65%	34%	38%	-27 %P
FR	15%	53%	46%	31 %P
SO	27%	49%	38%	12 %P
BS	55%	63%	67%	12 %P
BL	38%	43%	33%	-5 %P
SH	33%	53%	45%	12 %P
AR	21%	44%	47%	26 %P
AI	21%	29%	26%	5 %P
SG	28%	31%	26%	-2 %P
GR	20%	38%	38%	18 %P
AG	38%	32%	38%	0 %P
TG	30%	48%	38%	8 %P
TI	31%	66%	67%	36 %P
VD	35%	55%	56%	22 %P
VS	8%	55%	49%	40 %P
NE	22%	51%	55%	34 %P
GE	50%	58%	53%	3 %P
JU	11%	55%	51%	40 %P
CH	33%	50%	44%	11 %P

Anmerkungen: PP = Prozentpunkte. Ab 2011 ohne Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der OKP.⁵³ Im Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligung an Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik; die Zahlen sind daher nur bedingt mit früheren Jahren vergleichbar.⁵⁴ Rot markiert sind die höchsten, dunkelgrau die tiefsten Anteile. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2007, 2010 und 2014

Nicht nur die Ausgaben und die Finanzierung, auch die Bezügerquote hat sich in den letzten Jahren verändert. Im Vergleich zu 2007 sank der Anteil gesamtschweizerisch von 30% auf 27%. Eine Abnahme zeigt sich in 20 Kantonen. Am stärksten in die Reduktion in Obwalden, wo die Bezügerquote vom schweizweit höchsten

⁵³ Zum Vergleich: Im Jahr 2011 lag der Anteil gesamtschweizerisch bei 48%.

⁵⁴ Ohne den Kanton Bern würde der Wert gesamtschweizerisch von 35% (2007) auf 47% (2014) steigen (2010: 50%).

Wert von 56% auf den nur noch leicht über dem Durchschnitt liegenden Anteil von 30% fiel (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4 Bezügerquote

	Bezügerquote 2007	Bezügerquote 2010	Bezügerquote 2014	Veränderung (PP) 2007-2014
ZH	30%	33%	29%	-1%P
BE	34%	27%	23%	-11%P
LU	41%	36%	28%	-13%P
UR	44%	38%	32%	-12%P
SZ	24%	25%	24%	0%P
OW	56%	38%	30%	-26%P
NW	46%	48%	24%	-22%P
GL	21%	26%	20%	-1%P
ZG	30%	27%	25%	-5%P
FR	31%	32%	27%	-4%P
SO	28%	29%	22%	-6%P
BS	32%	27%	29%	-4%P
BL	24%	25%	23%	-1%P
SH	33%	36%	29%	-4%P
AR	26%	26%	25%	-1%P
AI	49%	44%	33%	-16%P
SG	30%	33%	23%	-7%P
GR	30%	31%	34%	4%P
AG	26%	25%	28%	2%P
TG	37%	37%	27%	-10%P
TI	32%	32%	38%	6%P
VD	22%	22%	27%	5%P
VS	29%	29%	26%	-3%P
NE	24%	28%	25%	1%P
GE	33%	32%	26%	-7%P
JU	36%	32%	32%	-4%P
CH	30%	30%	27%	-3%P

Anmerkungen: PP = Prozentpunkte. Bezügerquote = Anzahl Bezüger/innen in % des durchschnittlichen Versichertenbestandes.⁵⁵ Ab 2011 ohne Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der OKP. Im Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligung an Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik; die Zahlen sind daher nur bedingt mit früheren Jahren vergleichbar.⁵⁶ Rot markiert sind die höchsten, dunkelgrau die tiefsten Anteile. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

Im Unterschied zur Entwicklung der Bezügerquote nahmen die Prämienverbilligungsbeiträge pro Bezüger/in gesamtschweizerisch sowie in 24 Kantonen zwischen 2007 und 2014 zu (vgl. Tabelle 5). Am stärksten ist die Veränderung in Nidwalden (von 697 CHF auf 1'454 CHF).

⁵⁵ Zum Vergleich: Im Jahr 2011 lag die Bezügerquote gesamtschweizerisch bei 29%.

⁵⁶ Ohne den Kanton Bern würde der Wert gesamtschweizerisch von rund 29% (2007) auf knapp 28% (2014) abnehmen (2010: 30%).

Tabelle 5 Beitrag Prämienverbilligung pro Bezüger/in

	Beitrag pro Bezüger/in 2007	Beitrag pro Bezüger/in 2010	Beitrag pro Bezüger/in 2014	Veränderung (in %) 2007-2014
ZH	1'417	1'602	1'699	20%
BE	1'515	2'052	1'398	-8%
LU	1'062	1'229	1'447	36%
UR	953	964	1'252	31%
SZ	1'362	1'317	1'777	31%
OW	1'007	1'284	1'548	54%
NW	697	893	1'454	109%
GL	1'599	1'458	1'828	14%
ZG	1'193	1'419	1'773	49%
FR	1'524	1'670	1'868	23%
SO	1'276	1'677	1'996	56%
BS	2'604	2'705	3'109	19%
BL	1'459	1'787	1'821	25%
SH	1'482	1'514	1'762	19%
AR	1'778	1'745	2'089	18%
AI	875	780	1'127	29%
SG	1'000	1'098	1'619	62%
GR	1'051	1'317	1'277	21%
AG	1'101	1'434	1'564	42%
TG	1'191	1'297	1'620	36%
TI	1'916	2'380	2'195	15%
VD	2'439	2'574	2'338	-4%
VS	1'732	1'893	1'989	15%
NE	2'396	1'840	2'479	3%
GE	1'916	2'016	2'407	26%
JU	1'468	1'706	1'726	18%
CH	1'506	1'719	1'828	21%

Anmerkungen: Ab 2011 ohne Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der OKP.⁵⁷ Im Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligung an Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik; die Zahlen sind daher nur bedingt mit früheren Jahren vergleichbar.⁵⁸ Rot markiert sind die höchsten, dunkelgrau die tiefsten Anteile. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

Differenziert nach Altersgruppe erhalten Kinder durchschnittlich 701 CHF pro Jahr, junge Erwachsene 2'081 CHF und Erwachsene ab 26 Jahren 2'297 CHF. Die Prämien der Kinder werden dabei am meisten verbilligt (durchschnittlich 74%). Im Vergleich zu 2010 hat sich der Verbilligungsanteil für Kinder und junge Erwachsene erhöht, während derjenige für Erwachsene ab 26 Jahren abgenommen hat (vgl. Tabelle 6).⁵⁹

⁵⁷ Zum Vergleich: Im Jahr 2011 lag der Beitrag pro Bezüger/in gesamtschweizerisch bei 1'790 CHF.

⁵⁸ Ohne den Kanton Bern würde der Wert gesamtschweizerisch von 1'504 CHF (2007) auf 1'878 CHF (2014) steigen (2010: 1'677 CHF).

⁵⁹ Bei den Kindern und jungen Erwachsenen *in Ausbildung* ist zu beachten, dass die Kantone gemäss Art. 65 KVG die Prämien für untere und mittlere Einkommen um mindestens 50 Prozent verbilligen müssen.

Tabelle 6 Anteil IPV am Prämiensoll je Versicherten, Mittelwert

	PV 2010	Anteil an Prämie 2010	PV 2014	Anteil an Prämie 2014
Kinder	630 CHF	72%	701 CHF	74%
Junge Erwachsene	1'666 CHF	62%	2'081 CHF	64%
Erwachsene ab 26 Jahren	2'196 CHF	65%	2'297 CHF	62%

Anmerkungen: PV = Prämienverbilligung. Mittelwert = ungewichtet. Im Jahr 2010 lagen nicht für alle Kantone Daten zur IPV nach Altersgruppen vor. Die fehlenden Werte wurden daher mit dem Mittelwert ergänzt. Ab 2011 ohne Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der OKP.⁶⁰ Im Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligung an Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik; die Zahlen sind daher nur bedingt mit früheren Jahren vergleichbar. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014

⁶⁰ Im Vergleich zu 2011 haben die Verbilligungsanteile für Kinder ebenfalls abgenommen.

3. Prämienverbilligungssysteme der Kantone

3.1. Eckpfeiler

Nachfolgend werden die Eckpfeiler der kantonalen Prämienverbilligungssysteme aufgeführt. Dabei werden folgende Charakteristika betrachtet und allfällige Entwicklungen seit 2010 angegeben:

- Berechnungsmodell
- Ermittlung der Anspruchsberechtigung
- Gesuchseingabe
- Modalitäten der Auszahlung

Im vorliegenden Monitoring erstmals analysiert werden zudem die massgebenden Einkommen, die Aktualität des Systems (auf welchen Einkommensdaten beruht die IPV 2014?) und der Umgang mit jungen Erwachsenen in der IPV.

Berechnungsmodell

Es gibt grundsätzlich drei Modelltypen, welche zur Berechnung der Prämienverbilligung angewandt werden. Dies sind:

- Einfaches Prozentmodell: Die Prämienverbilligung entspricht der Richtprämie abzüglich eines Selbstbehalts. Dieser Selbstbehalt ist als Prozentsatz des massgebenden Einkommens definiert. Das Modell wurde 2014 von acht Kantonen angewandt.
- Stufenmodell: Es werden verschiedene Einkommensklassen definiert. Anspruchsberechtigte, die in eine solche Einkommensklasse fallen, erhalten einen fixen Betrag als Prämienverbilligung. Dieses Modell wurde 2014 von acht Kantonen angewandt.
- Kombination zwischen Prozentmodell und Stufenmodell: Acht Kantone verwenden ein Prozentmodell mit nach Einkommenskategorien unterschiedlichen Prozentsätzen für den Selbstbehalt. Weitere zwei Kantone kennen mathematische Funktionen, welche die Prämienverbilligung zwischen einem Minimum und einem Maximum berechnen.

Im Vergleich zu 2010 wurde das Berechnungsmodell in zwei Kantonen geändert: Luzern und Appenzell Innerrhoden haben von einem einfachen Prozentmodell zu einem Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedlichen Prozentsätzen gewechselt (Kombination zwischen Prozentmodell und Stufenmodell).

Tabelle 7 führt die Berechnungsmodelle der Kantone im Überblick auf. Änderungen im Vergleich zum Monitoring 2010 sind kursiv dargestellt. Die Angaben beziehen sich auf die ordentliche Prämienverbilligung (IPV); für Bezüger/innen von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe gelten teilweise andere Regelungen.⁶¹

Tabelle 7 Berechnungsmodelle IPV

Kanton	Berechnungsmodell
ZH	Stufenmodell
BE	Stufenmodell
LU	<i>Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedenem Prozentsatz</i>
UR	Einfaches Prozentmodell
SZ	Einfaches Prozentmodell
OW	Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedenem Prozentsatz
NW	Einfaches Prozentmodell
GL	Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedenem Prozentsatz
ZG	Einfaches Prozentmodell
FR	Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedenem Prozentsatz
SO	Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedenem Prozentsatz
BS	Stufenmodell
BL	Einfaches Prozentmodell
SH	Einfaches Prozentmodell (aber: Begrenzung der IPV auf max. 65% der Richtprämien)
AR	Einfaches Prozentmodell
AI	<i>Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedenem Prozentsatz</i>
SG	Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedenem Prozentsatz
GR	Prozentmodell mit nach Einkommenskategorie unterschiedenem Prozentsatz
AG	Einfaches Prozentmodell
TG	Stufenmodell
TI	Kombination von Stufenmodell und Prozentmodell
VD	Kombination von Stufenmodell und Prozentmodell
VS	Stufenmodell
NE	Stufenmodell
GE	Stufenmodell
JU	Stufenmodell

Kursiv: Änderungen im Vergleich zu 2010. Quellen: GDK (2014), Websites der Kantone

⁶¹ Insbesondere gilt für diese Personengruppen eine vollständige Prämienübernahme. Bezüger/innen von Ergänzungsleistungen wird die Durchschnittsprämie vergütet. Bei Bezüger/innen von Sozialhilfe gelten unterschiedliche kantonale Regelungen (i.d.R. wird die Richtprämie, die Durchschnittsprämie oder die effektive Prämie vergütet).

*Einschub: Die drei Berechnungsmodelle***Prozentmodell: Beispiel Kanton Zug**

Anspruch auf Prämienverbilligung haben Personen, deren Prämienbelastung höher als 8% ihres massgebenden Einkommens liegt. Für diese entspricht die Prämienverbilligung der Differenz zwischen der Prämienbelastung (= Richtprämien) und 8% ihres massgebenden Einkommens (= korrigiertes Reineinkommen).

Beispiel für eine erwachsene Person (jeweils Jahreswerte):

- Massgebendes Einkommen: 40'000 CHF
- Selbstbehalt: $8\% \cdot 40'000 \text{ CHF} = 3200 \text{ CHF}$
- Richtprämie: 3852 CHF
- Prämienverbilligung = $3852 \text{ CHF} - 3200 \text{ CHF} = 652 \text{ CHF}$

Stufenmodell: Beispiel Kanton Bern

Anspruch auf Prämienverbilligung haben Personen, deren massgebendes Einkommen (= korrigiertes Reineinkommen mit Sozialabzügen) unter 31'000 CHF pro Jahr liegt. Dabei gelten für erwachsene Personen in der Prämienregion 1 folgende Prämienverbilligungen:

Einkommen / Jahr	Prämienverbilligung / Jahr
Stufe 1: bis 9000 CHF	2400 CHF
Stufe 2: bis 17'000 CHF	1800 CHF
Stufe 3: bis 25'000 CHF	1284 CHF
Stufe 4: bis 31'000 CHF	804 CHF

Beispiel für eine erwachsene Person (jeweils Jahreswerte):

- Massgebendes Einkommen: 27'000 CHF
- Prämienverbilligung = 804 CHF (Stufe 4)

Kombination aus Stufen- und Prozentmodell: Beispiel Kanton Glarus

Die Richtprämien werden verbilligt, soweit sie einen Selbstbehalt in Form eines prozentualen Anteils am massgebenden Einkommen (= korrigiertes Bruttoeinkommen) übersteigen. Der Anteil variiert je nach Einkommensstufe zwischen 9% und 14% (vgl. nachfolgende Tabelle).

Einkommen / Jahr	Anteil (Selbstbehalt)
Bis 40'000 CHF	9%
Bis 50'000 CHF	10%
Bis 60'000 CHF	11%
Bis 70'000 CHF	12%
Bis 80'000 CHF	13%
Über 80'000 CHF	14%

Beispiel für eine erwachsene Person (jeweils Jahreswerte):

- Massgebendes Einkommen: 38'000 CHF
- Selbstbehalt: $9\% \cdot 38'000 \text{ CHF} = 3420 \text{ CHF}$
- Richtprämie: 4044 CHF
- Prämienverbilligung = $4044 \text{ CHF} - 3420 \text{ CHF} = 624 \text{ CHF}$

Ermittlung der Anspruchsberechtigung

Für die Ermittlung der Anspruchsberechtigung lassen sich drei Verfahren unterscheiden:

- Automatisch: Einige Kantone prüfen und berechnen den Anspruch „von Amtes wegen“. Alle Steuerpflichtigen, die aufgrund der zur Verfügung stehenden Steuerdaten einen Anspruch auf Prämienverbilligung haben, erhalten die Verfügung (oder einen Berechtigungsschein) über ihre Prämienverbilligung automatisch zugestellt. Personen, welche keinen Entscheid erhalten und dennoch möglicherweise Anrecht auf IPV haben, können einen Antrag stellen (z.B. Quellensteuerpflichtige).
- Individuelle Benachrichtigung: Die Mehrheit der Kantone benachrichtigt die potenziell Anspruchsberechtigten und stellt ihnen das Antragsformular zu (in einigen Kantonen bereits ausgefüllt).
- Auf Antrag: Schliesslich gibt es vereinzelt Kantone, welche die Bevölkerung zwar über die IPV informieren, die potenziell Berechtigten jedoch nicht individuell auf ihre mögliche Beitragsberechtigung hinweisen.

Gesuchseingabe

Rund die Hälfte der Kantone hat Fristen zur Gesuchseingabe definiert. Nach Ablauf dieser Fristen ist eine Gesuchseingabe für das Anspruchsjahr nicht mehr möglich oder zumindest nicht mehr rückwirkend für das gesamte Jahr. Bei den anderen Kantonen ist eine Gesuchseingabe jederzeit möglich oder – bei Kantonen mit automatischer Ermittlung und Auszahlung – nicht relevant.

Nachfolgende Tabelle führt die Ermittlung der Anspruchsberechtigung und die Gesuchseingabe im Überblick auf.

Tabelle 8 Ermittlung Anspruchsberechtigung und Gesuchseingabe IPV

Kt.	Ermittlung Anspruchsberechtigung	Gesuchseingabe Sind Anträge jederzeit möglich?
ZH	Individuelle Benachrichtigung	nein, 2 Monate nach Erhalt
BE	Automatisch	-
LU	Auf Antrag / individuelle Benachrichtigung (falls Gesuch in den letzten 2 Jahren)	nein, 31. Oktober des Vorjahres
UR	Automatisch	-
SZ	Individuelle Benachrichtigung	nein, 30. September des Vorjahres
OW	Individuelle Benachrichtigung	nein, 31. Mai
NW	Individuelle Benachrichtigung	nein, 30. April
GL	Individuelle Benachrichtigung (an alle Haushalte)	nein, 31. Januar
ZG	Individuelle Benachrichtigung	nein, 30. April
FR	Individuelle Benachrichtigung	nein, 31. August
SO	Individuelle Benachrichtigung	nein, 31. Juli
BS	Auf Antrag (einmalig)	ja, aber Anspruch nur ab Folgemonat
BL	Individuelle Benachrichtigung	ja (bis 1 Jahr nach Erhalt des Antragsformulars)
SH	Individuelle Benachrichtigung	nein, 30. April
AR	Individuelle Benachrichtigung	nein, 31. März
AI	Automatisch	-
SG	Individuelle Benachrichtigung	nein, 31. März (Verlängerung bis 31.12. u.U. möglich)
GR	Individuelle Benachrichtigung / automatisch (falls im Vorjahr IPV-Bezug und weiterhin Anspruch)	ja (bis 31. Dezember)
AG	Individuelle Benachrichtigung	nein, 31. Mai (des Vorjahres)
TG	Individuelle Benachrichtigung	30 Tage nach Erhalt bzw. 31. Dezember des Anspruchsjahres
TI	Individuelle Benachrichtigung	31. Dezember des Vorjahres
VD	Individuelle Benachrichtigung	bis 30. April
VS	Automatisch (falls ordentlich besteuert)	-
NE	Automatisch (für unselbst. Erwerbende, sonst: individuelle Benachrichtigung)	-
GE	Automatisch	-
JU	Automatisch	-

Kursiv: Änderungen im Vergleich zu 2010. Anmerkung Kanton Waadt: Während einer zweijährigen Information werden die gemäss Steuererklärung zur Prämienverbilligung potenziell Berechtigten persönlich über ihren Anspruch informiert. Quellen: GDK (2014), Websites der Kantone

Modalitäten der Auszahlung

Seit dem 1.1.2014 schreibt das KVG vor, dass die Prämienverbilligung direkt an die Krankenkassen ausbezahlt werden muss.⁶² Dementsprechend ist der Adressat der IPV in allen Kantonen die Krankenkasse. Im Vergleich zu 2010 erforderte dies in zehn Kantonen eine Änderung. Besonders erwähnenswert sind die Kantone Obwalden, Glarus und Appenzell Innerrhoden, welche die Prämienverbilligung 2010 noch mit den Steuern verrechneten.

Bezüglich des Auszahlungszeitpunkts gilt es zwischen der Meldung und der eigentlichen Auszahlung zu unterscheiden. Letztere ist für die IPV-Bezüger/innen besonders relevant, da sie bestimmt, wann die IPV-Berechtigten von der Verbilligung profitieren. Während die Mehrheit der Kantone die Meldung i.d.R. im Vorjahr (oftmals November) vornimmt, so dass die Verbilligung bereits ab Januar wirksam ist, gibt es auch Kantone, bei denen die Prämien erst Mitte Jahr vergünstigt werden. Verschiedene Kantone betonen, dass es zudem je nach Versicherer unterschiedlich sei, wie rasch die IPV von der Prämienrechnung in Abzug gebracht wird. Tabelle 9 führt die Modalitäten der Auszahlung im Überblick auf.

⁶² Das revidierte KVG ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten und musste bis spätestens am 1. Januar 2014 von den Kantonen umgesetzt werden.

Tabelle 9 Modalitäten der Auszahlung der IPV, 2014

Kanton	Adressat	Zahlungszeitpunkt	Verbilligung ab...
ZH	Kasse	30. Juni (Hauptzahlung)	Januar
BE	Kasse	monatlich	Januar
LU	Kasse	30. Juni (Jahressumme)	Februar (bei etwa 80% der Bezüger)
UR	Kasse	Mai, danach monatl.	Juni/Juli (abhängig von Versicherer)
SZ	Kasse	30. Juni	Januar
OW	Kasse	ab März laufend	k.A.
NW	Kasse	ab Juni in Tranchen	k.A.
GL	Kasse	30. Juni (Hauptzahlung)	k.A.
ZG	Kasse	ab Januar laufend	Januar
FR	Kasse	monatlich	Januar
SO	Kasse	bis 30. Juni	k.A.
BS	Kasse	30. Juni (Jahressumme)	Januar
BL	Kasse	monatlich	k.A.
SH	Kasse	laufend ab Februar	abhängig von Versicherer
AR	Kasse	monatlich	Januar bis Juli
AI	Kasse	Juli und Dezember	Mai/Juni
SG	Kasse	30. Juni (Jahressumme)	Februar
GR	Kasse	ab März laufend	Januar (abhängig von Versicherer)
AG	Kasse	März und August	Januar
TG	Kasse	ab April	Mai/Juni
TI	Kasse	ab Januar	Januar
VD	Kasse	4x (März, Juni, Sept., Dez.)	Januar (falls bereits Bezug im Vorjahr)
VS	Kasse	monatlich	Januar (bei etwa 65% der Bezüger)
NE	Kasse	monatlich	Februar
GE	Kasse	3x (März, Juni, Sept.)	Januar (Mehrheit)
JU	Kasse	3x (April, Juli, Okt.)	Januar

Kursiv: Änderungen im Vergleich zu 2010. Quellen: GDK (2014), Erhebung bei den Kantonen

Massgebendes Einkommen und Vermögen

Neben den bereits aufgeführten Eckpfeilern der Prämienverbilligungssysteme haben wir in einer vertieften Analyse des Weiteren die massgebenden Einkommen untersucht, auf deren Basis die Prämienverbilligung berechnet wird. Ausgangspunkt bildet i.d.R. ein Einkommenswert aus der Steuererklärung. In der Mehrheit der Kantone ist dies das Reineinkommen⁶³ oder das steuerbare Einkommen⁶⁴.

⁶³ Reineinkommen = Nettolohn – Abzüge für Berufskosten und Versicherungen. Nettolohn = Bruttoeinkommen – Arbeitnehmerbeiträge an AHV, IV, EO, ALV, NBU, BVG + Familienzulagen.

⁶⁴ Steuerbares Einkommen = Reineinkommen – Sozialabzüge (Kinderabzüge, persönliche Abzüge).

Von diesem Ausgangspunkt werden je nach Kanton Abzüge vorgenommen resp. Werte dazugerechnet.⁶⁵

- In elf Kantonen werden Sozial- und Kinderabzüge vorgenommen.
- In neun Kantonen werden die Beiträge an die 2. und/oder 3. Säule zum massgebenden Einkommen dazugezählt.
- Ebenfalls in neun Kantonen wird der Liegenschaftsunterhalt berücksichtigt.
- Unterhaltsbeiträge werden in sechs Kantonen abgezogen.

Des Weiteren wird in allen Kantonen das Vermögen berücksichtigt. 24 Kantone zählen einen Anteil des Vermögens zum Einkommen dazu. Die Prozentsätze liegen dabei zwischen 3% und 20% des massgebenden Vermögens. Alternativ werden Vermögensgrenzen definiert (Zürich, Thurgau). In Anhang I (Tabelle 33 und Tabelle 34) ist eine tabellarische Übersicht zu den massgebenden Einkommen resp. Vermögen aufgeführt.

Aktualität des IPV-Systems

Das KVG bestimmt in Art. 65, dass bei der Berechnung der IPV die aktuellsten Einkommensdaten berücksichtigt werden sollen: *„Die Kantone sorgen dafür, dass bei der Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen [...] die aktuellsten Einkommens- und Familienverhältnisse berücksichtigt werden.“* Es stellt sich also die Frage, auf welchen Steuerdaten die Kantone die Berechnung der IPV abstützen. In der Mehrheit der Kantone basiert die Berechnung der IPV auf Daten des Vorvorjahres (für das IPV-Jahr 2014 also auf 2012).⁶⁶ Es gibt allerdings auch Kantone, die neuere Steuerdaten verwenden (TG, NE, GR) oder deren Steuerdaten länger zurückliegen (ZH, AG, TI, SZ).

Die Aktualität der Berechnung steht dabei in einem Spannungsverhältnis zur Anforderung des KVG, dass die Berechtigten den Zahlungen nicht vorschussweise nachkommen sollten (Art. 65): *„Nach der Feststellung der Bezugsberechtigung sorgen die Kantone zudem dafür, dass die Auszahlung der Prämienverbilligung so erfolgt, dass die anspruchsberechtigten Personen ihrer Prämienzahlungspflicht nicht vorschussweise nachkommen müssen.“* Dieses Spannungsverhältnis erfordert

⁶⁵ Diese sind u.a. abhängig vom Ausgangspunkt. Während Sozialabzüge z.B. bei Kantonen, deren Bemessungsgrundlage das Reineinkommen ist, teilweise berücksichtigt werden, sind diese bei Kantonen, deren IPV-Berechnung auf dem steuerbaren Einkommen basiert, bereits enthalten.

⁶⁶ Zu beachten ist zudem, dass viele Kantone eine Neu-Berechnung der IPV ermöglichen, falls sich die wirtschaftlichen Verhältnisse substantiell ändern.

eine Gewichtung der Zielsetzungen durch die Kantone, was sich etwa an den Beispielen Zürich und Thurgau zeigt: Die Steuerdaten im Kanton Zürich sind relativ alt, dafür werden die Prämien bereits ab Januar verbilligt. Die Steuerdaten im Kanton Thurgau sind demgegenüber aktuell, die Zahlungen erfolgen dafür erst ab Juni (vgl. Tabelle 9). In Anhang I (Tabelle 35) ist eine tabellarische Übersicht zu Aktualität der IPV-Systeme aufgeführt.

Anspruch von jungen Erwachsenen (bis 25 Jahre)

Die Mehrheit der Kantone, nämlich 20, berechnet – unter bestimmten Bedingungen wie insbesondere das Absolvieren einer Ausbildung – einen Gesamtanspruch für die jungen Erwachsenen und ihre unterhaltspflichtigen Eltern. Die restlichen sechs Kantone (ZH, UR, OW, NW, SH, VS) gewähren einen selbständigen Anspruch von jungen Erwachsenen. In Anhang I (Tabelle 36) ist eine tabellarische Übersicht zum Anspruch von jungen Erwachsenen aufgeführt.

3.2. Geplante Änderungen

In 15 Kantonen sind Änderungen bezüglich der Prämienverbilligungssysteme auf 2015 erfolgt resp. für künftige Jahre bereits beschlossen.⁶⁷

Reduktion der Prämienverbilligung

- Basel-Landschaft: Reduktion Richtprämien, zudem verändertes Verfahren bei jungen Erwachsenen
- Bern: Senkung Einkommensgrenzen und Aufhebung Familienkategorie
- Freiburg: Reduktion von Einkommensgrenzen und Verbilligungssatz
- Glarus: Anpassung Richtprämien (neu 85% anstelle von 100% der Durchschnittsprämien), keine Auszahlung von sehr geringen IPV-Beträgen. Zudem sind eine Totalrevision des Einführungsgesetzes zum KVG sowie eine separate Vorlage geplant (Begrenzung der Prämienverbilligung auf maximal die effektive Prämie, ausser bei EL-Bezüger/innen)

⁶⁷ Die Kantone Aargau und Schaffhausen weisen zudem auf aktuell laufende Gesetzesrevisionen resp. geplante, aber noch nicht konkretisierte, Änderungen hin.

Anmerkung: Die Angaben basieren auf der Erhebung bei den Kantonen. Gemäss Medienberichten nahm die Anzahl Bezüger/innen von 2014 auf 2015 bei folgenden Kantonen ab: TI, GE, SO, AG, NW, BL, AR, SZ, FR, BE. In ZH nahm sie zu. Vgl. z.B. Schweiz am Sonntag vom 27. Dezember 2014, *Zehntausenden wird Prämienverbilligung gestrichen*.

- Jura: Anpassung Prämienverbilligung für Sozialhilfebezüger/innen (Vergütung der günstigsten Prämie)
- Neuenburg: Anpassung Prämienverbilligung für Sozialhilfebezüger/innen (Vergütung von höchstens der Referenzprämie)
- Schwyz: Erhöhung Selbstbehalt
- Wallis: Reduktion Einkommensgrenzen, Verringerung Anzahl Einkommensklassen, Reduktion Referenzprämien

Erhöhung der Prämienverbilligung

- Waadt: Erhöhung der maximalen IPV-Beiträge
- Appenzell Innerrhoden: Erhöhung der Richtprämien und Neu-Regelung, dass Sozialhilfebezüger/innen die volle Richtprämie erhalten

*Weitere Änderungen*⁶⁸

- Luzern: Reduktion Einkommensgrenzen und Erhöhung Selbstbehalt, gleichzeitig Erhöhung der Richtprämien
- Obwalden: Antragsverfahren, neue Auszahlungsfrist
- Tessin: Änderung Berechnungsmodell (Definition fixer Einkommensgrenzen pro Haushaltstyp und degressive Verbilligung)
- Zug: Anpassung Einkommensobergrenzen, zudem werden verschiedene Optimierungen der Berechnungsgrundlagen geprüft
- Zürich: Auszahlung an die Krankenkassen bei EL und Sozialhilfe

⁶⁸ = Änderungen, bei welchen nicht eindeutig bestimmt werden kann, ob es sich um eine Erhöhung oder eine Reduktion handelt oder Änderungen, welche die Ausgaben voraussichtlich nicht beeinflussen.

4. Sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung

4.1. Modellhaushalte

Als Modellhaushalte wurden sieben Fälle definiert. Entscheidend für die Wahl der Modellhaushalte waren dabei zwei Überlegungen:

Erstens sollten die Modellhaushalte Personen abdecken, welche *keine* Ergänzungsleistungen (EL) oder Sozialhilfe erhalten. Als Modellhaushalte werden damit finanziell schwächere Bevölkerungsgruppen gewählt, welche von anderen wichtigen bedarfsabhängigen Leistungen nicht profitieren. Zu beachten ist allerdings, dass dieser Fokus die Bezüger/innen von Prämienverbilligungen nicht vollständig abdeckt, da gesamtschweizerisch knapp 30% der Bezüger/innen von Prämienverbilligungen gleichzeitig Sozialhilfe oder EL erhalten (vgl. Kapitel 2).

Zweitens wurden Haushalte gewählt, welche in der politischen Diskussion als Zielgruppen der Prämienverbilligungen genannt werden.

Die Modellhaushalte sind wie folgt definiert:⁶⁹

- Modellhaushalt 1: Alleinstehende Rentnerin
- Modellhaushalt 2: Paar mit zwei Kindern (3.5 und 5 Jahre)
- Modellhaushalt 3: Alleinerziehende mit zwei Kindern (3.5 und 5 Jahre)
- Modellhaushalt 4: Paar mit vier Kindern (3.5, 5, 8 und 10 Jahre)
- Modellhaushalt 5: Paar mit einem Kind (16 Jahre) und einer jungen Erwachsenen (20 Jahre)
- Modellhaushalt 6: Junge erwerbstätige Person (24 Jahre), die alleinstehend ist
- Modellhaushalt 7: Paar, welches keine Kinder hat

Nachfolgende Tabelle führt die Modellhaushalte im Überblick auf. Die Annahmen entsprechen denjenigen der früheren Studien.

⁶⁹ Die Modellhaushalte 1-4 waren seit Beginn der Erhebungen Teil des Monitorings. Modellhaushalt 5 wurde im Monitoring 2007 neu erhoben (vgl. Balthasar et al. 2008), die Modellhaushalte 6 und 7 im Monitoring 2010 (vgl. B,S,S., 2012).

Tabelle 10 Definition Modellhaushalte

	Modell- haushalt 1	Modell- haushalt 2	Modell- haushalt 3	Modell- haushalt 4	Modell- haushalt 5	Modell- haushalt 6	Modell- haushalt 7
Ort	Kantonshauptort						
Konfession	entspricht der im Kanton häufigsten (Quelle: VZ 2000)						
Zivilstand	nicht verheiratet	verheiratet	nicht verheiratet	verheiratet	verheiratet	nicht verheiratet	verheiratet
Einkommen (brutto)	45'000 CHF	70'000 CHF	60'000 CHF	85'000 CHF	70'000 CHF	38'000 CHF	60'000 CHF
Vermögen	kein Vermögen						
Erwerbstätigkeit	nicht erwerbstätig	1 Person ist erwerbstätig	1 Person ist erwerbstätig	1 Person ist erwerbstätig	1 Person ist erwerbstätig	erwerbstätig	1 Person ist erwerbstätig
Betreuung der Kinder	keine Kinder	keine Fremdbetreuung	keine Fremdbetreuung	keine Fremdbetreuung	keine Fremdbetreuung	keine Kinder	keine Kinder
Schulden	keine Schulden						
Steuerabzüge	nur Abzüge, welche ohne speziellen Nachweis zulässig sind (Berufskostenabzüge: Pauschale)						
Pensionskasse	5% des versicherten Lohnes (unter Berücksichtigung des Koordinationsabzuges)						
3. Säule	keine Beiträge an die 3. Säule						
Sozialleistungen	keine Berücksichtigung von Transfers wie z.B. Mietbeiträgen bei der Berechnung des verfügbaren Einkommens*						

* Das verfügbare Einkommen ist definiert als Nettolohn – Steuern. Die Eltern sind jeweils älter als 26 Jahre. Quelle: Balthasar et al. (1998, 2001, 2003, 2005 und 2008) und B,S,S. (2012)

Die Haushaltstypen, welche eine IPV beziehen, sollten durch die Modellhaushalte möglichst umfassend abgedeckt werden, damit aussagekräftige Ergebnisse aus der Analyse resultieren. Inwieweit die gewählten Haushalte die Bezüger/innen von Prämienverbilligungen repräsentieren, wird daher nachfolgend aufgezeigt.

Abdeckung der relevanten Altersgruppen

Tabelle 11 zeigt, dass die gewählten Modellhaushalte alle relevanten Altersgruppen abdecken. Kinder und junge Erwachsene sind bei den Bezüger/innen von Prämienverbilligungen überproportional vertreten. Die Wahl von fünf Modellhaushalten mit Kindern und/oder jungen Erwachsenen erscheint daher gerechtfertigt.

Tabelle 11 Alter, 2014

	Personen mit Prämienverbilligung	Personen in der Schweiz	Durch Modellhaushalte abgedeckt
0-18	27%	19%	Modellhaushalte 2-5 (Kinder)
19-25	13%	9%	Modellhaushalte 5 und 6
26-40	20%	21%	Modellhaushalte 2-5 (Eltern)
41-65	25%	35%	und Modellhaushalt 7
über 65	15%	17%	Modellhaushalt 1
Total	100%	100%	

Anmerkungen: Ohne „Alter unbekannt“. Es können Rundungsdifferenzen auftreten. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014, BFS STATPOP (31.12.2013)

Anmerkung: Bei den 15% Rentner/innen ist zu beachten, dass wahrscheinlich ein grosser Anteil davon Prämienübernahmen im Rahmen der EL erhält, welche ebenfalls zur Prämienverbilligung zählen.⁷⁰

Abdeckung der relevanten Haushaltstypen

Tabelle 12 führt die Haushalte mit Prämienverbilligung nach Haushaltstyp auf. Zum Vergleich wird ebenfalls die Aufteilung der Haushalte nach Haushaltstyp in der gesamten Schweiz dargestellt. Die Einpersonenhaushalte sind bei den Haushalten mit Prämienverbilligungen im Vergleich zur Grundgesamtheit überproportional vertreten (62% gegenüber 36%). Gleiches gilt für die Gruppe der Alleinerziehenden (11% gegenüber 6%). Die gewählten Modellhaushalte decken alle relevanten Haushaltstypen ab.

⁷⁰ Der Anteil EL-Bezüger/innen an allen Bezüger/innen von Prämienverbilligung beträgt 17% (Jahr 2014). EL-Bezüger/innen sind allerdings nicht nur ältere Personen (AHV-Rentner/innen), sondern auch in den übrigen Altersgruppen (IV-Rentner/innen) vertreten.

Tabelle 12 Haushaltstyp, 2014

	Haushalte mit Prämienverbilligung	Haushalte in der Schweiz	Durch Modellhaushalte abgedeckt
Einpersonenhaushalt	62%	36%	Modellhaushalte 1 und 6
1 Erwachsener, Kind(er)	11%	6%	Modellhaushalt 3
1 Kind	6%	n.a.	
2 Kinder	3%	n.a.	
3 oder mehr Kinder	1%	n.a.	
2 Erwachsene, keine Kinder	9%	30%	Modellhaushalt 7
2 Erwachsene, Kind(er)	18%	28%	Modellhaushalte 2, 4 und 5
1 Kind	5%	n.a.	
2 Kinder	8%	n.a.	
3 oder mehr Kinder	4%	n.a.	
Total	100%	100%	

Anmerkungen: Die Kategorie „Haushaltstyp unbekannt“ wird nicht aufgeführt. n.a. = nicht verfügbar. Es können Rundungsdifferenzen auftreten. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2014, BFS Strukturerhebung (2012)

Abdeckung der relevanten Einkommen

Die Bruttoeinkommen der Modellhaushalte wurden zwischen 38'000 CHF und 85'000 CHF gewählt. Dies entspricht einem bundessteuerpflichtigen Einkommen von ca. 31'000 CHF bis ca. 50'000 CHF.

Da keine Angaben zur Einkommensverteilung bei den Bezüger/innen von Prämienverbilligungen vorliegen, können die Modellhaushalte bezüglich Einkommen nicht mit den Bezüger/innen von Prämienverbilligungen insgesamt verglichen werden. Klar ist, dass keine Repräsentativität im Sinne eines „durchschnittlichen“ Haushaltes erreicht werden kann und soll, da die Haushalte mit Prämienverbilligungen wirtschaftlich schlechter gestellt sind als der Durchschnitt.

Das vorliegende Kapitel ordnet die Einkommen der Modellhaushalte jedoch in die Gesamtheit aller Haushalte in der Schweiz ein. Auf Basis der Daten zur direkten Bundessteuer hat uns die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) für die Steuerperiode 2011 Auswertungen zur Einkommensverteilung der Haushalte in der Schweiz zur Verfügung gestellt. Dieselbe Auswertung wurde im Monitoring 2010 für die Steuerperiode 2007 vorgenommen. Die Ergebnisse daraus werden jeweils den aktuellen gegenübergestellt. In Anhang II ist die Einkommensverteilung nach Haushaltstyp grafisch dargestellt.

Alleinstehende Rentner/in (Modellhaushalt 1)

Im Steuerjahr 2011 gab es in der Schweiz rund 747'000 alleinstehende Rentnerinnen und Rentner. Etwa 68% davon (= 504'000 Steuerpflichtige) besitzen das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 1 (Bruttoeinkommen von 45'000 CHF, dies entspricht einem bundessteuerpflichtigen Einkommen von ca.

41'300 CHF). Im Monitoring 2010 besaßen 70% das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 1.

Paar mit zwei Kindern (Modellhaushalt 2)⁷¹

In der Steuerperiode 2011 gab es in der Schweiz rund 343'000 verheiratete Paare mit zwei Kindern. Etwa 24% davon (= 82'000 Steuerpflichtige) besitzen das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 2 (Bruttoeinkommen von 70'000 CHF, dies entspricht einem bundessteuerpflichtigen Einkommen von ca. 45'500 CHF). Im Monitoring 2010 besaßen 27% das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 2.

Alleinerziehende mit zwei Kindern (Modellhaushalt 3)

In der Steuerperiode 2011 gab es in der Schweiz rund 70'000 Alleinerziehende mit zwei Kindern. Etwa 47% davon (= 33'000 Steuerpflichtige) besitzen das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 3 (Bruttoeinkommen von 60'000 CHF, dies entspricht einem bundessteuerpflichtigen Einkommen von ca. 41'100 CHF). Im Monitoring 2010 besaßen 52% das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 3.

Paar mit vier Kindern (Modellhaushalt 4)

In der Steuerperiode 2011 gab es in der Schweiz rund 22'000 Familien mit zwei Erwachsenen und vier Kindern. Etwa 45% davon (= 10'000 Steuerpflichtige) besitzt das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 4 (Bruttoeinkommen von 85'000 CHF, dies entspricht einem bundessteuerpflichtigen Einkommen von ca. 49'600 CHF). Im Monitoring 2010 besaßen 50% das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 4.

Alleinstehende erwerbstätige Person (Modellhaushalt 6)

In der Steuerperiode 2011 gab es in der Schweiz rund 1'813'000 alleinstehende Erwerbstätige. (Eine Unterscheidung nach Alter ist mit den Daten der ESTV zurzeit nicht möglich.) Etwa 36% der alleinstehenden Erwerbstätigen (= 651'000 Steuerpflichtige) besitzen das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 6 (Bruttoeinkommen von 38'000 CHF, dies entspricht einem bundessteuer-

⁷¹ Die Auswertungen können als grobe Schätzung auch für Modellhaushalt 5 (Paar mit einem Kind und einer jungen Erwachsenen) verwendet werden. Die Familie weist das gleiche Bruttoeinkommen (70'000 CHF) auf, unterscheidet sich in Bezug auf das steuerbare Einkommen aufgrund anderer Familienzulagen allerdings etwas von Modellhaushalt 2.

erpflichtigen Einkommen von ca. 30'900 CHF). Im Monitoring 2010 besaßen 38% das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 6.

Paar ohne Kinder (Modellhaushalt 7)

In der Steuerperiode 2011 gab es in der Schweiz rund 942'000 verheiratete Paare ohne Kinder. Rund 30% davon (= 283'000 Steuerpflichtige) besitzen das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 7 (Bruttoeinkommen von 60'000 CHF, dies entspricht einem bundessteuerpflichtigen Einkommen von ca. 45'800 CHF). Im Monitoring 2010 besaßen 32% das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 7.⁷²

Zwischenfazit

Die Auswertungen nach Alter und Haushaltstyp zeigen auf, dass die Modellhaushalte die Haushaltstypen der Bezüger/innen von Prämienverbilligungen gut abdecken vermögen.

Die Wahl der Einkommen erscheint demgegenüber auf den ersten Blick eher hoch. In den Modellhaushalten 1, 3 und 4 liegt jeweils die Hälfte oder mehr der Steuerpflichtigen unterhalb des für den Modellhaushalt definierten Einkommens. Allerdings ist zu beachten, dass Personen mit EL oder Sozialhilfe durch die Modellhaushalte nicht abgedeckt werden sollen.

Die nominell konstant gehaltenen Einkommen führen allerdings zu einem anderen Problem wie Tabelle 13 zeigt: Aufgrund der Lohnentwicklung werden im Monitoring 2014 tendenziell finanziell weniger gut gestellte Haushalte betrachtet als im Monitoring 2010. Ein Beispiel: In der Steuerperiode 2007 besaßen 70% das gleiche oder ein tieferes Einkommen wie Modellhaushalt 1. In der Steuerperiode 2011 lag dieser Wert bei „nur“ 68%. Die Unterschiede sind im Vergleich zum letzten Monitoring zwar relativ gering, führen längerfristig jedoch zu Verzerrungen. Um falsche Schlussfolgerungen zu vermeiden, werden wir daher keine zeitlichen Vergleiche mit den früheren Studien (Monitoring 1998 bis 2004) durchführen.⁷³

⁷² Anmerkung: In B,S,S. (2012) ist ein Wert von 23% ausgewiesen. Dieser beruhte auf einer fehlerhaften Einkommensverteilung und wird daher im vorliegenden Bericht berichtigt.

⁷³ Dies gilt umso mehr, als die Bruttoeinkommen zwischen 2004 und 2007 nominell teilweise deutlich verändert wurden.

Tabelle 13 Vergleich der finanziellen Positionierung der Haushalte

	Anteil der Haushalte, die gleich viel oder weniger verdienen	
	Monitoring 2010	Monitoring 2014
Alleinstehende Rentnerin (M1)	70%	68%
Paar mit zwei Kindern (M2)	27%	24%
Alleinerziehende mit zwei Kindern (M3)	52%	47%
Paar mit vier Kindern (M4)	50%	45%
Alleinstehende Erwerbstätige (M6)	38%	36%
Paar ohne Kinder (M7)	32%	30%

Anmerkungen: M1-M7 = Modellhaushalte 1-7. Quelle: Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Steuerjahre 2007 und 2011, B,S,S. (2012) sowie eigene Berechnungen

Um auch längerfristig einen zeitlichen Vergleich zu ermöglichen, werden wir zusätzlich zu den Modellhaushalten mit dem definierten Bruttoeinkommen Modellhaushalte analysieren, welche an einer *definierten Position in der Einkommensverteilung* aller Haushalte liegen. Konkret geben wir die Prämienbelastung für folgende Modellhaushalte an (jeweils differenziert nach Haushaltstyp):

- Haushalt mit einem Einkommen, bei welchem 25% aller Haushalte in der Schweiz gleich viel oder weniger verdienen (25%-Quartil)
- Haushalt mit einem Einkommen, bei welchem 50% aller Haushalte in der Schweiz gleich viel oder weniger verdienen (50%-Quartil, nachfolgend auch Medianhaushalt genannt)
- Haushalt mit einem Einkommen, bei welchem 75% aller Haushalte in der Schweiz gleich viel oder weniger verdienen (75%-Quartil)

Die nominellen Werte der Bruttoeinkommen der Quartile werden bei jeder Erhebung angepasst. Auch wenn sich die Einkommen oder die Einkommensverteilung verändern, werden immer noch dieselben Haushalte (im Sinne ihrer relativen Position in der Gesellschaft) verglichen. Diese Auswertungen sind auf der Website des BAG als Grafiken sowie Tabellen verfügbar.⁷⁴ Ein exemplarisches Beispiel findet sich zudem in Anhang III.

⁷⁴ Vgl. www.bag.admin.ch/praemienverbilligung

4.2. Wirkung nach Modellhaushalt

Modellhaushalt 1: Rentnerin

In Modellhaushalt 1 betragen die jährlichen unverbilligten Prämien im Durchschnitt über alle Kantone 4'617 CHF. Die höchsten Prämien weist Basel-Stadt auf, die tiefsten Appenzell Innerrhoden. In nur einem Kanton wird eine Prämienverbilligung ausbezahlt (Zug).⁷⁵ Die verbleibende Prämie liegt im Durchschnitt somit nahe an der unverbilligten und beträgt 4'596 CHF pro Jahr. Aufgrund der IPV weist der Kanton Zug die tiefste verbleibende Prämie (= Prämie nach IPV) auf.

Tabelle 14 Rentnerin: Prämienbelastung 2014

	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
ZH	5'224	0	5'224
BE	5'623	0	5'623
LU	4'503	0	4'503
UR	3'986	0	3'986
SZ	4'126	0	4'126
OW	3'905	0	3'905
NW	3'701	0	3'701
GL	4'134	0	4'134
ZG	4'048	533	3'515
FR	4'748	0	4'748
SO	4'522	0	4'522
BS	6'145	0	6'145
BL	5'150	0	5'150
SH	4'702	0	4'702
AR	3'994	0	3'994
AI	3'701	0	3'701
SG	4'667	0	4'667
GR	4'269	0	4'269
AG	4'479	0	4'479
TG	4'312	0	4'312
TI	5'041	0	5'041
VD	5'323	0	5'323
VS	4'196	0	4'196
NE	4'841	0	4'841
GE	5'796	0	5'796
JU	4'894	0	4'894
Durchschnitt	4'617	21	4'596
Minimum	3'701	0	3'515
Maximum	6'145	533	6'145

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Rot markiert sind die tiefsten, dunkelgrau die höchsten Belastungen. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

⁷⁵ Zu beachten ist, dass das für Modellhaushalt 1 festgelegte Einkommen eher hoch ist. So liegen 68% der Personen dieses Haushaltstyps darunter (vgl. Tabelle 13). Der Grund, weshalb dieses Einkommen gewählt wurde, liegt darin, dass erstens eine Anspruchsberechtigung für EL ausgeschlossen werden soll und zweitens bei Anpassungen keine zeitlichen Vergleiche mehr möglich wären.

Vergleich zu 2010

Zwischen 2010 und 2014 lag die Zunahme der unverbilligten Prämien für Modellhaushalt 1 bei etwa 14%. Da Modellhaushalt 1 nur in *einem* Kanton eine Prämienverbilligung erhält, entwickelte sich die verbleibende Prämienbelastung in etwa parallel zur unverbilligten Prämie.⁷⁶

Tabelle 15 Rentnerin: Prämienbelastung

	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
Durchschnitt 2010	4'066	7	4'059
Durchschnitt 2014	4'617	21	4'596
Veränderung 10-14 in %	14%	214%	13%

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), B,S,S. (2012)⁷⁷ und eigene Berechnungen

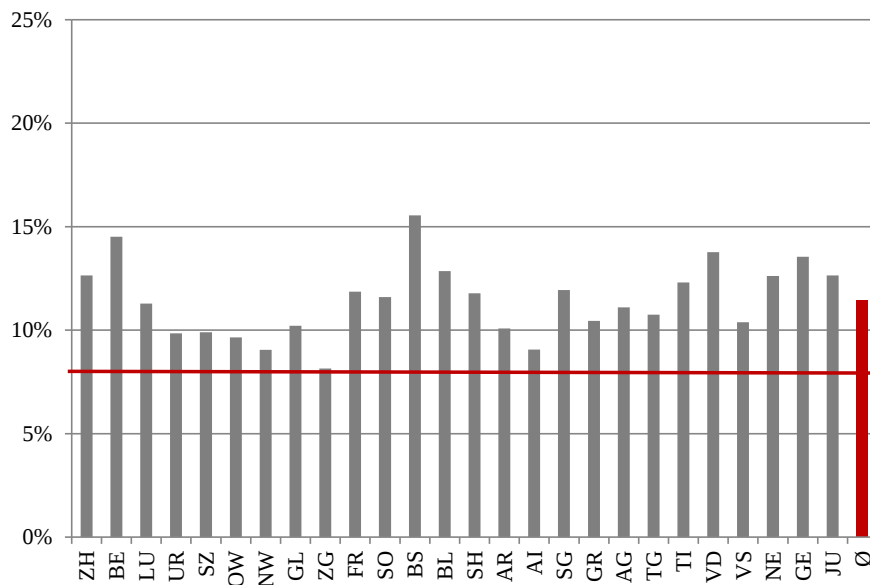
Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen

Gemessen am verfügbaren Einkommen schwankt die verbleibende Prämienbelastung zwischen rund 8% (Zug) und knapp 16% (Basel-Stadt). Im Mittel über alle Kantone beträgt sie etwa 11%. Das Sozialziel einer Prämienbelastung von höchstens 8% wird in keinem Kanton erreicht.

⁷⁶ Die Rundung lässt den Unterschied grösser erscheinen als er tatsächlich ist. Die Zunahme der unverbilligten Prämie beträgt nämlich 13.5%, diejenige der verbleibenden Prämie 13.2%.

⁷⁷ Anmerkung: Für den zeitlichen Vergleich im vorliegenden Bericht wurde die Berechnung der IPV im Kanton Schwyz für das Jahr 2010 geringfügig korrigiert. Zu beachten ist zudem, dass die Werte zur Prämienverbilligung aus dem Monitoring 2010 im Kanton Uri von 2011 stammen (Grund: Die Richtprämien 2010 wurden zu tief geschätzt, wodurch die Prämienverbilligungen 2010 deutlich tiefer als in den anderen Jahren ausgefallen sind).

Abbildung 9 Rentnerin: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Prämien der teuersten Prämienregion. Ø = ungewichteter Durchschnitt. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Modellhaushalt 2: Paar mit zwei Kindern

In Modellhaushalt 2 betragen die jährlichen unverbilligten Prämien im Durchschnitt über alle Kantone 11'367 CHF. Die höchsten Prämien weist Basel-Stadt auf, die tiefsten Nidwalden. In allen Kantonen wird eine Prämienverbilligung ausbezahlt; die höchste in Basel-Stadt. Die verbleibende Prämie (= Prämie nach IPV) liegt im Durchschnitt bei 7'614 CHF pro Jahr, den höchsten Wert weist Bern, den tiefsten Zug auf.

Tabelle 16 Paar mit zwei Kindern: Prämienbelastung 2014

	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
ZH	12'958	3'768	9'190
BE	13'790	2'617	11'173
LU	11'055	3'143	7'912
UR	9'828	1'458	8'370
SZ	10'150	3'804	6'346
OW	9'610	5'239	4'371
NW	9'110	2'522	6'588
GL	10'140	2'578	7'562
ZG	9'965	5'837	4'128
FR	11'696	4'585	7'111
SO	11'122	2'584	8'538
BS	15'243	5'856	9'387
BL	12'778	3'819	8'959
SH	11'591	3'071	8'520
AR	9'861	4'859	5'002
AI	9'152	3'946	5'206
SG	11'571	2'507	9'064
GR	10'599	4'901	5'698
AG	11'009	3'792	7'217
TG	10'683	3'336	7'347
TI	12'421	5'777	6'644
VD	13'138	3'024	10'114
VS	10'305	4'320	5'985
NE	11'772	4'608	7'164
GE	14'156	3'360	10'796
JU	11'844	2'280	9'564
Durchschnitt	11'367	3'754	7'614
Minimum	9'110	1'458	4'128
Maximum	15'243	5'856	11'173

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Rot markiert sind die tiefsten, dunkelgrau die höchsten Belastungen. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Vergleich zu 2010

Zwischen 2010 und 2014 lag die Zunahme der unverbilligten Prämien für Modellhaushalt 2 bei etwa 13%. Da die IPV seit 2010 in etwa gleichem Ausmass wie die

Prämien stieg, entwickelten sich die unverbilligten und die verbleibenden Prämien parallel.⁷⁸

Tabelle 17 Paar mit zwei Kindern: Prämienbelastung

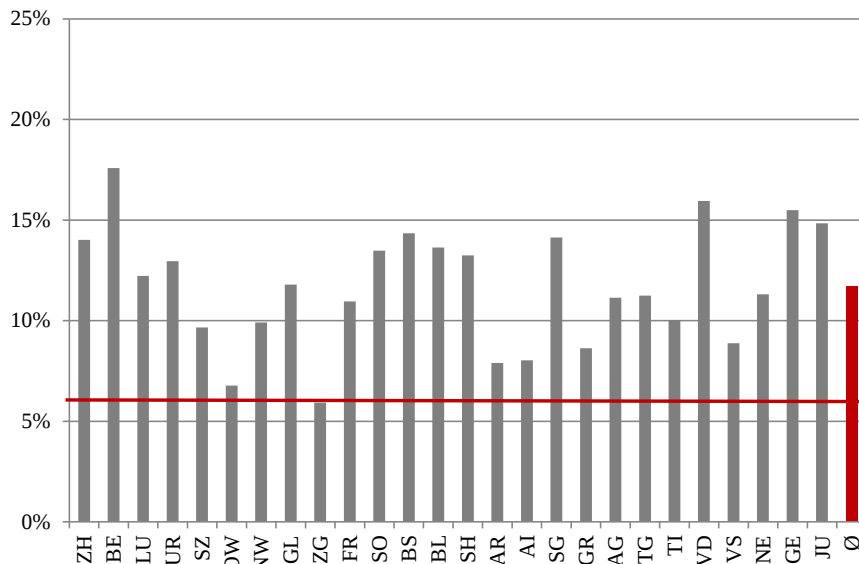
	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
Durchschnitt 2010	10'090	3'324	6'767
Durchschnitt 2014	11'367	3'754	7'614
Veränderung 10-14 in %	13%	13%	13%

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), B,S,S. (2012) und eigene Berechnungen

Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen

Gemessen am verfügbaren Einkommen schwankt die verbleibende Prämienbelastung zwischen 6% (Zug) und 18% (Bern). Im Mittel über alle Kantone beträgt sie etwa 12%. Das Sozialziel einer Prämienbelastung von höchstens 6% wird nur von einem Kanton erreicht.

Abbildung 10 Paar mit zwei Kindern: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

⁷⁸ Fiktives Zahlenbeispiel zur Erläuterung: Die unverbilligte Prämie erhöht sich von 100 auf 150 CHF (Zunahme um 50%), die IPV von 10 auf 15 CHF (Zunahme um 50%) → Die verbleibende Prämie steigt von 90 auf 135 CHF (Zunahme um ebenfalls 50%).

Modellhaushalt 3: Alleinerziehende mit zwei Kindern

In Modellhaushalt 3 betragen die jährlichen unverbilligten Prämien im Durchschnitt über alle Kantone 6'751 CHF. Die höchsten Prämien weist Basel-Stadt auf, die tiefsten Nidwalden. In allen Kantonen ausser dem Kanton St. Gallen wird eine Prämienverbilligung ausbezahlt; die höchste in Basel-Stadt. Die verbleibende Prämie (= Prämie nach IPV) liegt im Durchschnitt bei 4'724 CHF pro Jahr, den höchsten Wert weist St. Gallen, den tiefsten Appenzell Ausserrhodens auf.

Tabelle 18 Alleinerziehende mit zwei Kindern: Prämienbelastung 2014

	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
ZH	7'734	2'976	4'758
BE	8'168	1'813	6'355
LU	6'551	888	5'663
UR	5'842	1'000	4'842
SZ	6'024	1'058	4'966
OW	5'705	1'784	3'921
NW	5'409	864	4'545
GL	6'006	513	5'493
ZG	5'916	2'614	3'302
FR	6'948	2'820	4'128
SO	6'600	936	5'664
BS	9'098	4'152	4'946
BL	7'628	1'860	5'768
SH	6'888	148	6'740
AR	5'867	3'599	2'268
AI	5'452	1'585	3'867
SG	6'903	0	6'903
GR	6'330	2'169	4'161
AG	6'530	1'572	4'958
TG	6'371	2'916	3'455
TI	7'380	3'335	4'045
VD	7'815	3'564	4'251
VS	6'109	3'672	2'437
NE	6'931	1'824	5'107
GE	8'360	2'880	5'480
JU	6'950	2'160	4'790
Durchschnitt	6'751	2'027	4'724
Minimum	5'409	0	2'268
Maximum	9'098	4'152	6'903

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Rot markiert sind die tiefsten, dunkelgrau die höchsten Belastungen. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Vergleich zu 2010

Zwischen 2010 und 2014 lag die Zunahme der unverbilligten Prämien für Modellhaushalt 3 bei etwa 12%. Da die IPV seit 2010 in geringerem Ausmass als die Prämien stieg (9%), entwickelten sich die verbleibenden Prämien leicht überproportional (Zunahme um knapp 14%).

Tabelle 19 Alleinerziehende mit zwei Kindern: Prämienbelastung

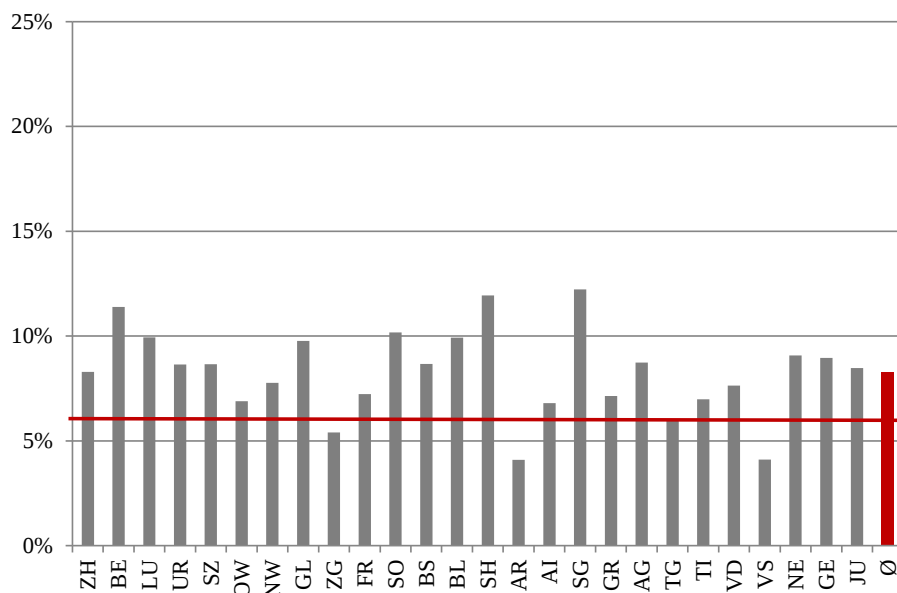
	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
Durchschnitt 2010	6'024	1'865	4'159
Durchschnitt 2014	6'751	2'027	4'724
Veränderung 10-14 in %	12%	9%	14%

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), B,S,S. (2012) und eigene Berechnungen

Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen

Gemessen am verfügbaren Einkommen schwankt die verbleibende Prämienbelastung zwischen 4% (Appenzell Ausserrhoden) und 12% (St. Gallen). Im Mittel über alle Kantone beträgt sie etwa 8%. Das Sozialziel einer Prämienbelastung von höchstens 6% wird von drei Kantonen erreicht (Appenzell Ausserrhoden, Wallis, Zug).

Abbildung 11 Alleinerziehende mit zwei Kindern: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Modellhaushalt 4: Paar mit vier Kindern

In Modellhaushalt 4 betragen die jährlichen unverbilligten Prämien im Durchschnitt über alle Kantone 13'501 CHF. Die höchsten Prämien weist Basel-Stadt auf, die tiefsten Nidwalden. In allen Kantonen wird eine Prämienverbilligung ausbezahlt; die höchste in Appenzell Ausserrhoden. Die verbleibende Prämie (= Prämie nach IPV) liegt im Durchschnitt bei 8'732 CHF pro Jahr, den höchsten Wert weist Basel-Stadt, den tiefsten Appenzell Ausserrhoden auf.

Tabelle 20 Paar mit vier Kindern: Prämienbelastung 2014

	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
ZH	15'468	6'624	8'844
BE	16'335	4'586	11'749
LU	13'102	5'327	7'775
UR	11'684	1'623	10'061
SZ	12'049	4'416	7'633
OW	11'411	6'569	4'842
NW	10'818	2'420	8'398
GL	12'012	2'911	9'101
ZG	11'833	7'500	4'333
FR	13'897	5'641	8'256
SO	13'200	3'689	9'511
BS	18'196	4'800	13'396
BL	15'256	6'197	9'059
SH	13'776	2'400	11'376
AR	11'734	7'953	3'781
AI	10'903	5'241	5'662
SG	13'806	3'950	9'856
GR	12'660	6'799	5'861
AG	13'059	5'424	7'635
TG	12'742	2'064	10'678
TI	14'760	6'518	8'242
VD	15'630	3'240	12'390
VS	12'218	5'280	6'938
NE	13'862	4'536	9'326
GE	16'720	3'600	13'120
JU	13'900	4'680	9'220
Durchschnitt	13'501	4'769	8'732
Minimum	10'818	1'623	3'781
Maximum	18'196	7'953	13'396

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Rot markiert sind die tiefsten, dunkelgrau die höchsten Belastungen. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Vergleich zu 2010

Zwischen 2010 und 2014 lag die Zunahme der unverbilligten Prämien für Modellhaushalt 4 bei etwa 12%. Da die IPV seit 2010 in geringerem Ausmass als die Prämien stieg (6%), entwickelten sich die verbleibenden Prämien überproportional (Zunahme um knapp 16%).

Tabelle 21 Paar mit vier Kindern: Prämienbelastung

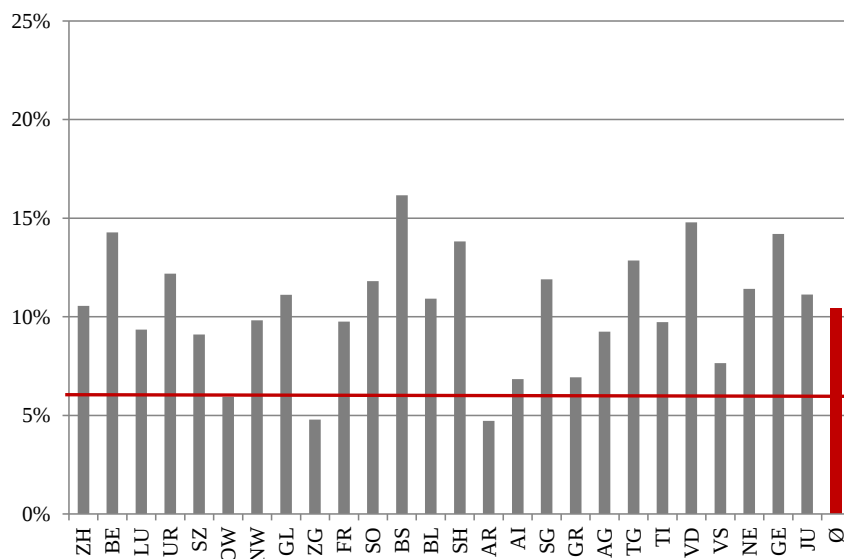
	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
Durchschnitt 2010	12'048	4'498	7'550
Durchschnitt 2014	13'501	4'769	8'732
Veränderung 10-14 in %	12%	6%	16%

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), B,S,S. (2012)⁷⁹ und eigene Berechnungen

Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen

Gemessen am verfügbaren Einkommen schwankt die verbleibende Prämienbelastung zwischen knapp 5% (Appenzell Ausserrhoden) und 16% (Basel-Stadt). Im Mittel über alle Kantone beträgt sie rund 10%. Das Sozialziel einer Prämienbelastung von höchstens 6% wird von drei Kantonen erreicht (Appenzell Ausserrhoden, Zug, Obwalden).

Abbildung 12 Paar mit vier Kindern: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

⁷⁹ Im Jahr 2010 alternierten das massgebende Einkommen im Kanton Zürich und somit auch die IPV (zwischen 2'496 und 6'312 CHF). Im Jahr 2014 ist dies nicht mehr der Fall; die IPV liegt bei 6'624 CHF. Um den zeitlichen Vergleich nicht zu verzerren, wurde daher für die vorliegende Auswertung auch für das Jahr 2010 die höhere IPV berücksichtigt.

Modellhaushalt 5: Paar mit Kind und junger Erwachsener

In Modellhaushalt 5 betragen die jährlichen unverbilligten Prämien im Durchschnitt über alle Kantone 14'567 CHF. Die höchsten Prämien weist Basel-Stadt auf, die tiefsten Nidwalden.⁸⁰ In allen Kantonen wird eine Prämienverbilligung ausbezahlt; die höchste im Tessin. Die verbleibende Prämie (= Prämie nach IPV) liegt im Durchschnitt bei 8'925 CHF pro Jahr, den höchsten Wert weist Genf, den tiefsten Zug auf.

Tabelle 22 Paar mit Kind und junger Erwachsener: Prämienbelastung 2014

	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
ZH	16'571	5'136	11'435
BE	17'771	4'577	13'194
LU	14'181	5'620	8'561
UR	12'493	3'290	9'203
SZ	12'969	6'338	6'631
OW	12'271	6'509	5'762
NW	11'612	4'980	6'632
GL	12'902	4'728	8'174
ZG	12'735	8'288	4'447
FR	15'042	4'637	10'405
SO	14'205	4'424	9'781
BS	19'447	7'596	11'851
BL	16'256	4'225	12'031
SH	14'830	5'280	9'550
AR	12'615	7'793	4'822
AI	11'679	6'030	5'649
SG	14'781	5'125	9'656
GR	13'540	8'078	5'462
AG	14'059	6'636	7'423
TG	13'600	5'322	8'278
TI	15'919	8'442	7'477
VD	16'964	5'400	11'564
VS	13'260	5'796	7'464
NE	15'368	4'488	10'880
GE	18'241	3'888	14'353
JU	15'436	4'080	11'356
Durchschnitt	14'567	5'643	8'925
Minimum	11'612	3'290	4'447
Maximum	19'447	8'442	14'353

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Rot markiert sind die tiefsten, dunkelgrau die höchsten Belastungen. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

⁸⁰ Anmerkung: In Kantonen, in denen junge Erwachsene einen eigenständigen Anspruch haben, wurden die Berechnungen für das Paar mit Kind und die junge Erwachsene separat vorgenommen und danach die beiden IPV addiert.

Vergleich zu 2010

Zwischen 2010 und 2014 lag die Zunahme der unverbilligten Prämien für Modellhaushalt 5 bei etwa 16%. Da die IPV seit 2010 in geringerem Ausmass als die Prämien stieg (14%), entwickelten sich die verbleibenden Prämien leicht überproportional (Zunahme um 17%).

Tabelle 23 Paar mit Kind und junger Erwachsener: Prämienbelastung

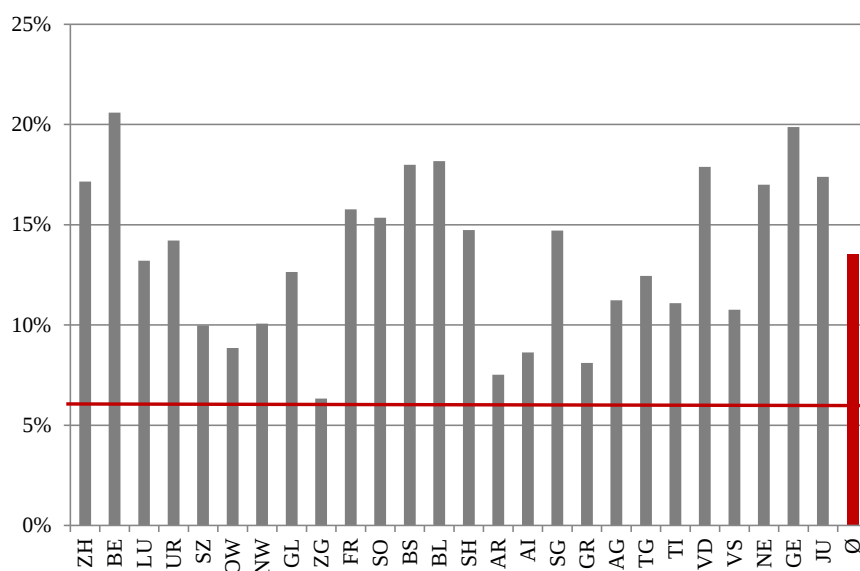
	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
Durchschnitt 2010	12'559	4'940	7'620
Durchschnitt 2014	14'567	5'643	8'925
Veränderung 10-14 in %	16%	14%	17%

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), B,S,S. (2012) und eigene Berechnungen

Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen

Gemessen am verfügbaren Einkommen schwankt die verbleibende Prämienbelastung zwischen rund 6% (Zug) und 21% (Bern). Im Mittel über alle Kantone beträgt sie etwa 14%. Das Sozialziel einer Prämienbelastung von höchstens 6% wird von keinem Kanton erreicht.

Abbildung 13 Paar mit Kind und junger Erwachsener: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Modellhaushalt 6: Junge erwerbstätige Person

In Modellhaushalt 6 betragen die jährlichen unverbilligten Prämien im Durchschnitt über alle Kantone 4'267 CHF. Die höchsten Prämien weist Basel-Stadt auf, die tiefsten Nidwalden. In 16 Kantonen wird eine Prämienverbilligung ausbezahlt; die höchste in Genf. Die verbleibende Prämie (= Prämie nach IPV) liegt im Durchschnitt bei 3'718 CHF pro Jahr, den höchsten Wert weist der Kanton Basel-Landschaft, den tiefsten Genf auf.

Tabelle 24 Junge erwerbstätige Person: Prämienbelastung 2014

	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
ZH	4'868	1'068	3'800
BE	5'253	744	4'509
LU	4'151	0	4'151
UR	3'592	0	3'592
SZ	3'768	365	3'403
OW	3'561	491	3'070
NW	3'355	0	3'355
GL	3'698	35	3'663
ZG	3'704	1'012	2'692
FR	4'446	1'652	2'794
SO	4'121	0	4'121
BS	5'680	1'332	4'348
BL	4'717	0	4'717
SH	4'332	0	4'332
AR	3'691	0	3'691
AI	3'402	549	2'853
SG	4'328	0	4'328
GR	3'971	1'277	2'694
AG	4'076	0	4'076
TG	3'946	0	3'946
TI	4'668	576	4'092
VD	5'072	780	4'292
VS	3'911	587	3'324
NE	4'641	708	3'933
GE	5'367	2'688	2'679
JU	4'621	420	4'201
Durchschnitt	4'267	549	3'718
Minimum	3'355	0	2'679
Maximum	5'680	2'688	4'717

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Rot markiert sind die tiefsten, dunkelgrau die höchsten Belastungen. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Vergleich zu 2010

Zwischen 2010 und 2014 lag die Zunahme der unverbilligten Prämien für Modellhaushalt 6 bei knapp 24%. Da die IPV seit 2010 in geringerem Ausmass als die Prämien stieg (15%), entwickelten sich die verbleibenden Prämien leicht überpro-

portional (Zunahme um rund 25%). Der Grund, weshalb die Differenz zwischen unverbilligter und verbleibender Prämie nicht grösser ist, liegt darin, dass die IPV einen relativ kleinen Anteil der Prämie ausmacht.

Tabelle 25 Junge erwerbstätige Person: Prämienbelastung

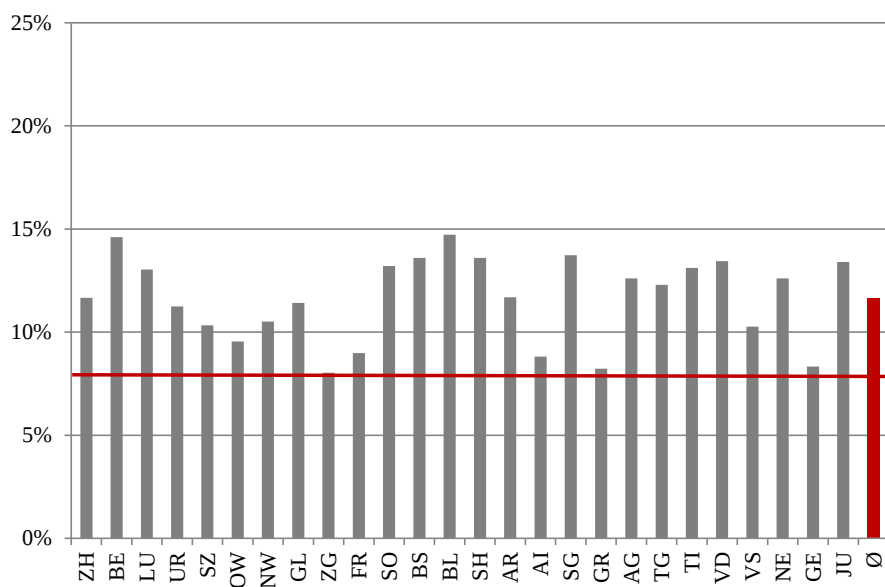
	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
Durchschnitt 2010	3'448	476	2'972
Durchschnitt 2014	4'267	549	3'718
Veränderung in %	24%	15%	25%

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), B,S,S. (2012) und eigene Berechnungen

Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen

Gemessen am verfügbaren Einkommen schwankt die verbleibende Prämienbelastung zwischen rund 8% (Zug) und knapp 15% (Basel-Landschaft). Im Mittel über alle Kantone beträgt sie etwa 12%. Das Sozialziel einer Prämienbelastung von höchstens 8% wird von keinem Kanton erreicht.

Abbildung 14 Junge erwerbstätige Person: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Modellhaushalt 7: Paar ohne Kinder

In Modellhaushalt 7 betragen die jährlichen unverbilligten Prämien im Durchschnitt über alle Kantone 9'233 CHF. Die höchsten Prämien weist Basel-Stadt auf, die tiefsten Nidwalden. In 20 Kantonen wird eine Prämienverbilligung ausbezahlt; die höchste in Zug. Die verbleibende Prämie (= Prämie nach IPV) liegt im Durchschnitt bei 7'780 CHF pro Jahr, den höchsten Wert weist Bern, den tiefsten Zug auf.

Tabelle 26 Paar ohne Kinder: Prämienbelastung 2014

	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
ZH	10'448	912	9'536
BE	11'245	0	11'245
LU	9'007	0	9'007
UR	7'973	883	7'090
SZ	8'252	2'924	5'328
OW	7'809	3'213	4'596
NW	7'402	2'161	5'241
GL	8'268	1'101	7'167
ZG	8'097	3'883	4'214
FR	9'496	1'991	7'505
SO	9'044	759	8'285
BS	12'290	3'192	9'098
BL	10'301	0	10'301
SH	9'405	2'180	7'225
AR	7'988	0	7'988
AI	7'402	2'555	4'847
SG	9'335	562	8'773
GR	8'539	3'164	5'375
AG	8'958	1'440	7'518
TG	8'624	0	8'624
TI	10'081	2'759	7'322
VD	10'646	648	9'998
VS	8'392	840	7'552
NE	9'682	1'656	8'026
GE	11'592	960	10'632
JU	9'788	0	9'788
Durchschnitt	9'233	1'453	7'780
Minimum	7'402	0	4'214
Maximum	12'290	3'883	11'245

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Rot markiert sind die tiefsten, dunkelgrau die höchsten Belastungen. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Vergleich zu 2010

Zwischen 2010 und 2014 lag die Zunahme der unverbilligten Prämien für Modellhaushalt 7 bei knapp 14%. Da die IPV seit 2010 in geringerem Ausmass als die Prämien stieg (1%), entwickelten sich die verbleibenden Prämien leicht überpro-

portional (Zunahme um rund 16%). Der Grund, weshalb die Differenz zwischen unverbilligter und verbleibender Prämie nicht grösser ist, liegt darin, dass die IPV einen relativ kleinen Anteil der Prämie ausmacht.

Tabelle 27 Paar ohne Kinder: Prämienbelastung

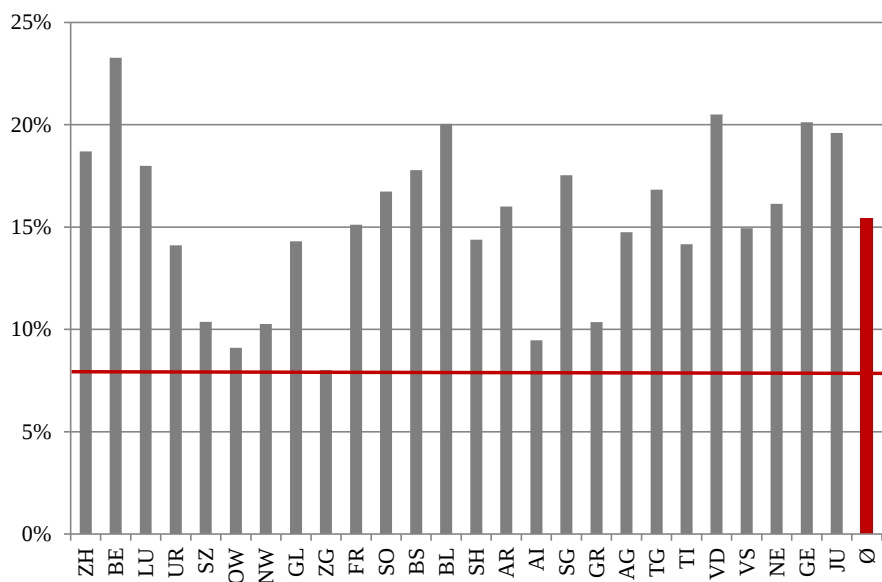
	Unverbilligte Prämie	IPV	Verbleibende Prämie
Durchschnitt 2010	8'132	1'440	6'692
Durchschnitt 2014	9'233	1'453	7'780
Veränderung in %	14%	1%	16%

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), B,S,S. (2012) und eigene Berechnungen

Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen

Gemessen am verfügbaren Einkommen schwankt die verbleibende Prämienbelastung zwischen rund 8% (Zug) und 23% (Bern). Im Mittel über alle Kantone beträgt sie rund 15%. Das Sozialziel einer Prämienbelastung von höchstens 8% wird von keinem Kanton erreicht.

Abbildung 15 Paar ohne Kinder: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, 2014



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

5. Auswirkung der Prämienverbilligung auf den Mittelstand

In der Öffentlichkeit wird regelmässig diskutiert, wie stark der Mittelstand finanziell belastet wird und wie sich diese Belastung im Laufe der Zeit verändert hat. Zunächst stellt sich jedoch die Frage, wie sich der sog. Mittelstand überhaupt definieren lässt. In der Literatur finden sich primär zwei Definitionen:⁸¹

- Definition 1: Zum Mittelstand zählen alle Personen mit einem Einkommen zwischen 70 und 150% des Medians.
- Definition 2: Zum Mittelstand zählen alle Personen mit einem Einkommen zwischen dem 3. und dem 7. Perzentil, d.h. die mittleren 60%.

Das Bundesamt für Statistik verwendet in seiner jüngsten Publikation zum Thema die erste Definition.⁸² Daraus ergeben sich für das Jahr 2012 beispielsweise folgende Grenzbeträge bezüglich Bruttoeinkommen (gerundete Werte).

Tabelle 28 Definition Mittelstand

Haushalt	Untere Einkommensgrenze (brutto)	Obere Einkommensgrenze (brutto)	Medianeinkommen (brutto)
Alleinstehende Person (entspricht Haushaltstyp M1)	46'000 CHF	99'000 CHF	66'000 CHF
Paar mit zwei Kindern (entspricht Haushaltstyp M2)	97'000 CHF	209'000 CHF	139'000 CHF
Alleinerziehende mit zwei Kindern (entspricht Haushaltstyp M3)	74'000 CHF	159'000 CHF	106'000 CHF
Paar ohne Kinder (entspricht Haushaltstyp M7)	70'000 CHF	149'000 CHF	99'000 CHF

Anmerkung: M1-M7 = Modellhaushalte 1-7. Quelle: BFS Haushaltsbudgeterhebung für das Jahr 2012, zitiert aus Schweizerischer Bundesrat (2015)

Die von uns für die vorliegende Studie definierten Bruttoeinkommen der Modellhaushalte (vgl. Tabelle 10) liegen alle unter der Grenze zum Mittelstand. Es stellt sich daher die Frage, ob der Mittelstand auch von der IPV profitiert resp. wie stark er von den Prämien belastet wird.

⁸¹ Vgl. z.B. BFS (2014), Avenir Suisse (2012) oder Schweizerischer Bundesrat (2015).

⁸² Vgl. BFS (2014).

Erhält der Mittelstand eine IPV?

Personen, welche gemäss Definition 1 (s.o.) zum Mittelstand zählen, erhalten teilweise noch Prämienverbilligungen. Allerdings gibt es grössere Unterschiede nach Haushaltstyp. Bei alleinstehenden Personen ist die IPV-Grenze im Durchschnitt (sowie in allen Kantonen ausser Zug) beispielsweise unter der Grenze zum Mittelstand. Bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern liegt die durchschnittliche IPV-Grenze hingegen 14% über der unteren Mittelstandsgrenze (vgl. Abbildung 16).⁸³

Zu beachten ist, dass nur die Grenze der ordentlichen IPV aufgeführt ist. Die Grenzen für Prämienübernahmen im Rahmen von Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe sind nicht dargestellt, können jedoch ggf. unter der IPV-Grenze liegen (dies ist insbesondere bei Prämienübernahmen im Rahmen der EL beim Haushaltstyp „Rentnerin“ der Fall).

Abbildung 16 Grenzen Mittelstand und IPV



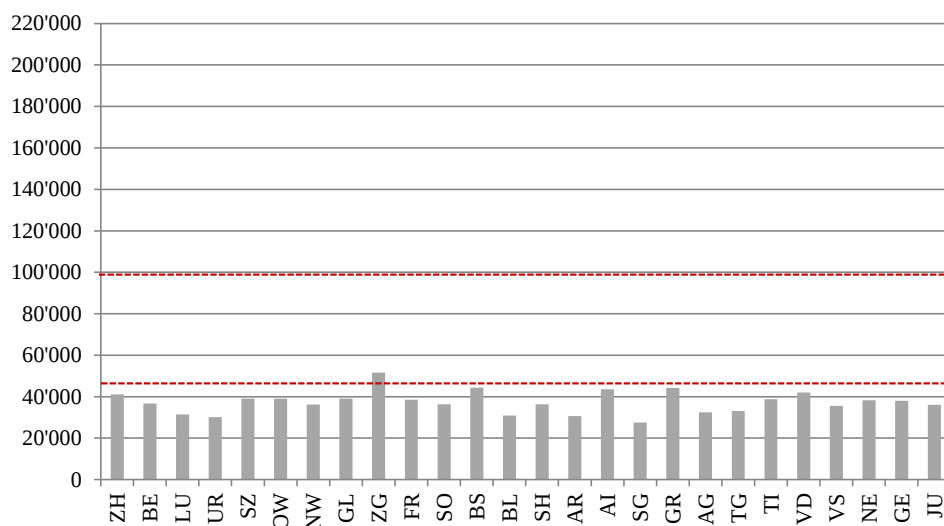
Anmerkungen: M1-M7 = Modellhaushalte 1-7. Grauer Kasten = Mittelstand, rote Markierung = durchschnittliche IPV-Grenze über alle Kantone (ungewichtet). Für die Berechnung der IPV-Grenzen gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BFS Haushaltsbudgeterhebung für das Jahr 2012 sowie eigene Berechnungen

Auch zwischen den Kantonen gibt es deutliche Unterschiede wie die nachfolgenden Abbildungen zeigen. Der Kanton Nidwalden gewährt beispielsweise bis weit

⁸³ Anmerkung: Es liegen nur Daten für vier Typen unserer Modellhaushalte vor.

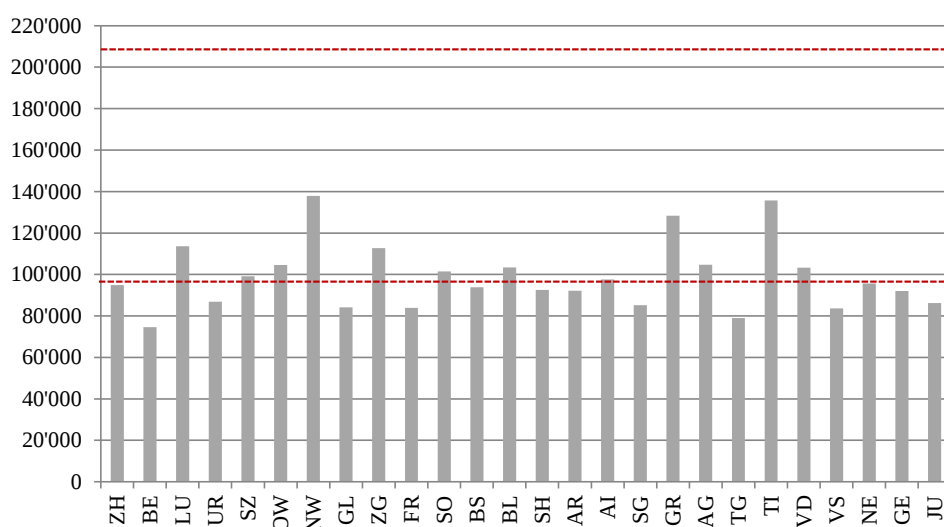
in die Mittelschicht hinein Prämienverbilligungen für Kinder. In anderen Kantonen liegt die IPV-Grenze deutlich darunter.

Abbildung 17 Mittelstand und IPV, Rentnerin



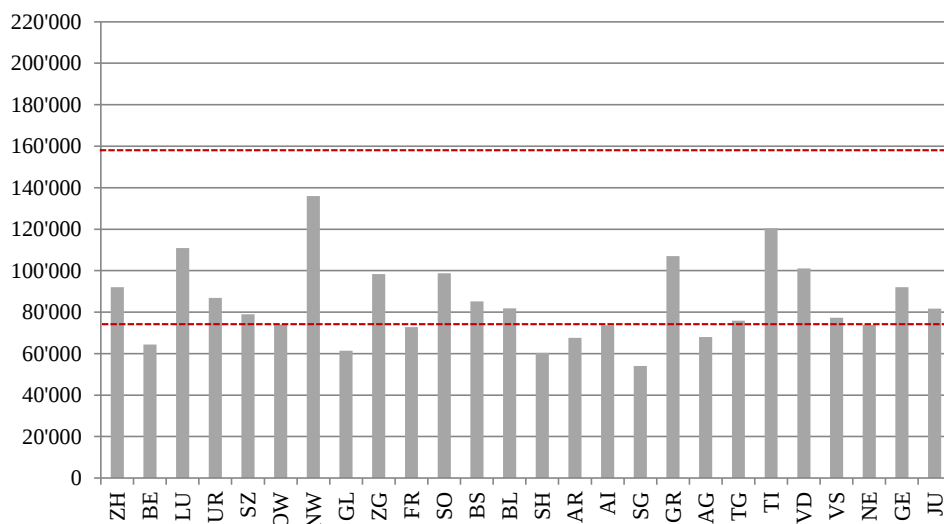
Anmerkung: Graue Säulen = Grenzen IPV. Gestrichelte rote Linien = Grenzen Mittelstand. Für die Berechnung der IPV-Grenzen gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BFS Haushaltsbudgeterhebung für das Jahr 2012 sowie eigene Berechnungen

Abbildung 18 Mittelstand und IPV, Paar mit zwei Kindern



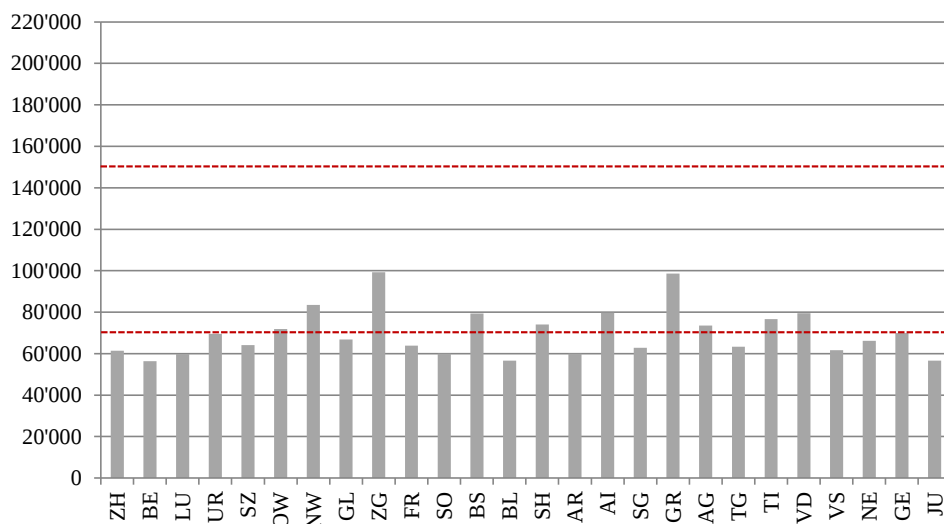
Anmerkung: Graue Säulen = Grenze IPV. Gestrichelte rote Linien = Grenzen Mittelstand. Für die Berechnung der IPV-Grenzen gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BFS Haushaltsbudgeterhebung für das Jahr 2012 sowie eigene Berechnungen

Abbildung 19 Mittelstand und IPV, Alleinerziehende mit zwei Kindern



Anmerkung: Graue Säulen = Grenze IPV. Gestrichelte rote Linien = Grenzen Mittelstand. Für die Berechnung der IPV-Grenzen gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BFS Haushaltsbudgeterhebung für das Jahr 2012 sowie eigene Berechnungen

Abbildung 20 Mittelstand und IPV, Paar ohne Kinder



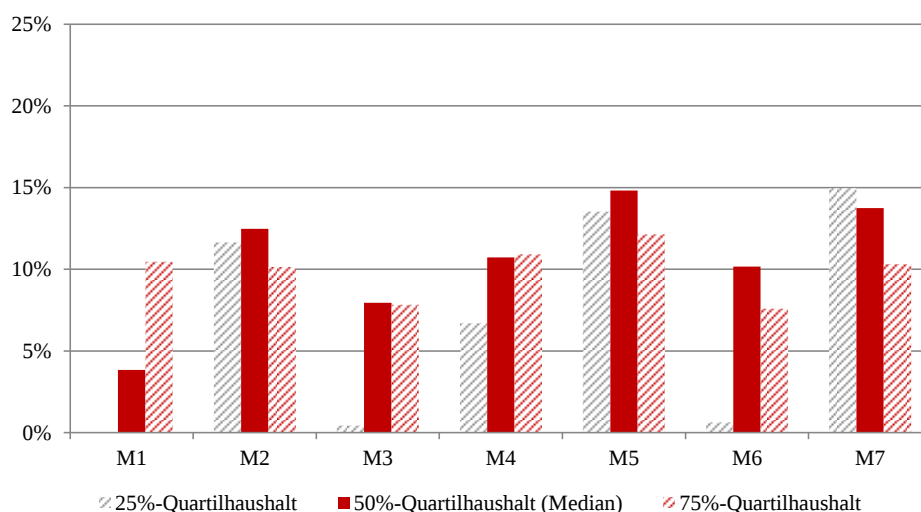
Anmerkung: Graue Säulen = Grenze IPV. Gestrichelte rote Linien = Grenzen Mittelstand. Für die Berechnung der IPV-Grenzen gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BFS Haushaltsbudgeterhebung für das Jahr 2012 sowie eigene Berechnungen

Welche Prämienlast trägt der Mittelstand?

Von der IPV profitieren primär einkommensschwache Haushalte, teilweise auch Personen der unteren Mittelschicht. Es stellt sich die Frage, welche Prämienlast Haushalte mit einem Medianeinkommen⁸⁴ (= die „Mitte der Mitte“) zu tragen haben. Liegt diese aufgrund des höheren Einkommens unter der Prämienlast von einkommensschwachen Personen oder kehrt die IPV die Verhältnisse um und Medianhaushalte müssen einen höheren Anteil ihres Einkommens für Prämien aufwenden?

Um die Analyse für die verschiedenen Haushaltstypen durchzuführen, vergleichen wir jeweils die Medianhaushalte mit den 25%- und 75%-Quartilshaushalten (= Haushalte mit einem Einkommen, bei welchem 25% resp. 75% aller Haushalte ein tieferes Einkommen aufweisen). Abbildung 21 führt die Ergebnisse dazu auf.

Abbildung 21 Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Quartilhaushalte, Mittelwert über alle Kantone



Anmerkungen: M1-M7 = Modellhaushalte 1-7. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

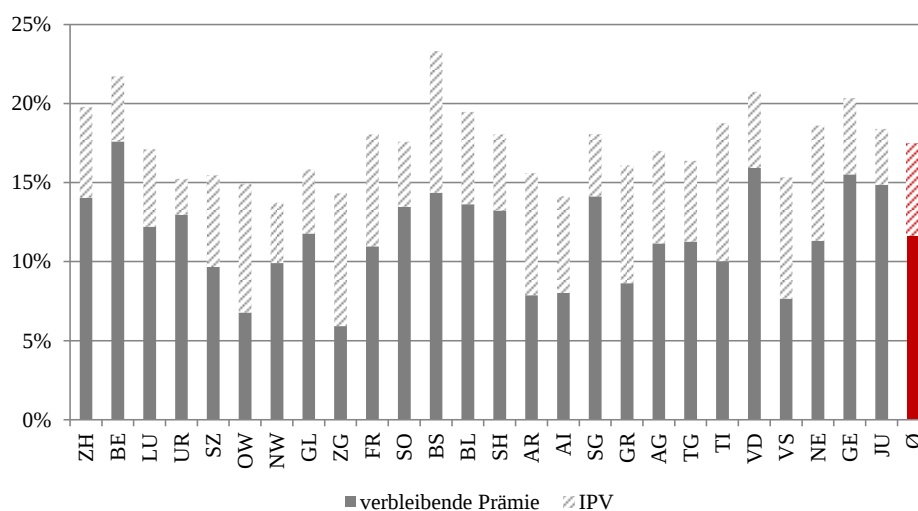
Die Belastung der Medianhaushalte ist bei den Haushalten mit Kindern (entspricht dem Haushaltstyp der Modellhaushalte 2, 3, 4 und 5) sowie beim jungen Erwerbstätigen (entspricht dem Haushaltstyp von Modellhaushalt 6) im Vergleich zu den

⁸⁴ Das Medianeinkommen bedeutet, dass die Hälfte der Bevölkerung ein tieferes Einkommen aufweist und die andere Hälfte ein höheres.

weiteren Quartilhaushalten am höchsten.⁸⁵ Bei Rentner/innen führen die Prämienübernahmen im Rahmen der EL, welche teilweise auch für Medianhaushalte gewährt werden, dazu, dass die verbleibende Prämienbelastung mit dem Einkommen steigt. Gerade umgekehrt ist es bei Paaren ohne Kinder, bei denen die verbleibende Prämienbelastung mit dem Einkommen abnimmt. Dies erklärt sich teilweise dadurch, dass die IPV für diese Personengruppen im Vergleich zu den anderen Haushaltstypen weniger grosszügig ausgestaltet ist. So liegt die Prämienbelastung als Anteil am verfügbaren Einkommen beim Medianhaushalt des Haushaltstyps „Paar ohne Kinder“ nämlich bei knapp 14%. Bei Paaren mit zwei Kindern demgegenüber „nur“ bei 12.5% und bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern bei 8%.

Am Haushaltstyp „Paar mit zwei Kindern“ (entspricht dem Haushaltstyp von Modellhaushalt 2) zeigen die nachfolgenden Abbildungen die kantonalen Unterschiede der Prämienbelastung der Quartilhaushalte exemplarisch auf. Lesebeispiel: Für den 25%-Quartilhaushalt betragen die Prämien im Kanton Zürich ohne Verbilligung knapp 20% seines verfügbaren Einkommens. Ein Teil davon wird über die IPV übernommen. Für den Haushalt verbleiben etwa 14% seines verfügbaren Einkommens als Prämienlast.

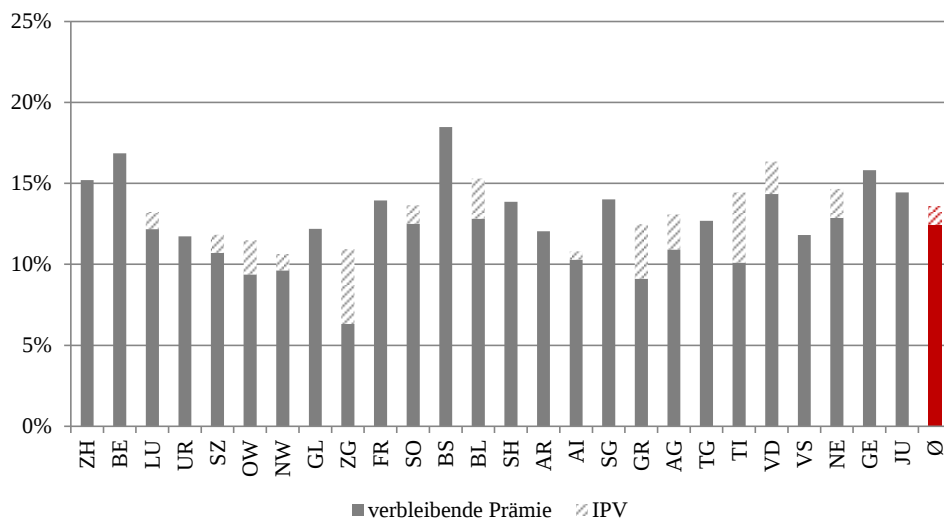
Abbildung 22 IPV und verbleibende Prämie in % des verfügbaren Einkommens, Paar mit zwei Kindern, 25%-Quartilhaushalt



Anmerkung: Prämien der teuersten Prämienregion. Ø = ungewichteter Durchschnitt. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

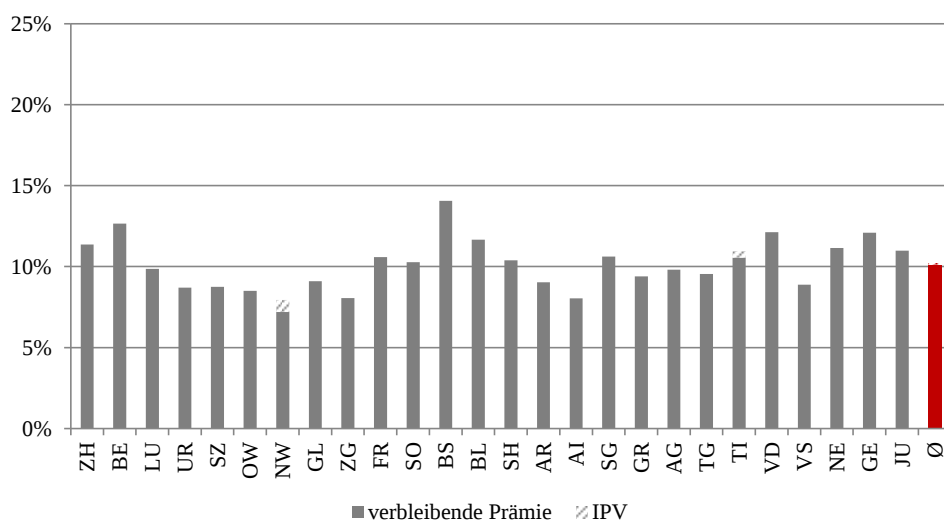
⁸⁵ Ausnahme: Beim Paar mit vier Kindern (entspricht dem Haushaltstyp von Modellhaushalt 4) ist die Prämienbelastung für den Medianhaushalt und den 75%-Quartilhaushalt etwa gleich hoch.

Abbildung 23 IPV und verbleibende Prämie in % des verfügbaren Einkommens, Paar mit zwei Kindern, 50%-Quartilshaushalt



Anmerkung: Prämien der teuersten Prämienregion. Ø = ungewichteter Durchschnitt. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Abbildung 24 IPV und verbleibende Prämie in % des verfügbaren Einkommens, Paar mit zwei Kindern, 75%-Quartilshaushalt



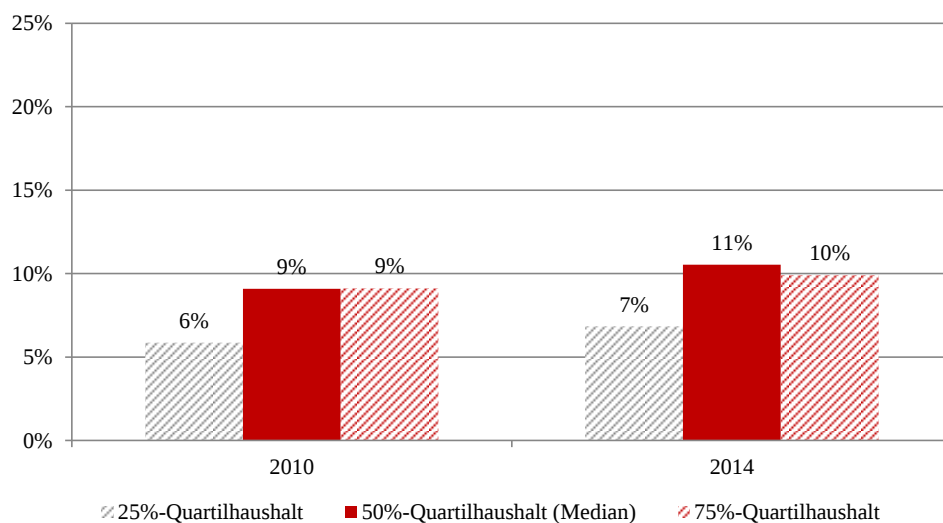
Anmerkung: Prämien der teuersten Prämienregion. Ø = ungewichteter Durchschnitt. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Wird der Mittelstand stärker belastet als früher?

Im Vergleich zum Monitoring im Jahr 2010 zeigt sich, dass die Medianhaushalte im Jahr 2014 stärker belastet werden. Im Mittelwert über alle Haushaltstypen und Kantone lag die Prämienbelastung 2010 bei 9% des verfügbaren Einkommens, 2014 beträgt dieser Wert 11%.

Auch die 25%- und die 75%-Quartilhaushalte müssen einen höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens an die Prämien bezahlen; die Zunahme ist jedoch geringer als diejenige der Medianhaushalte.

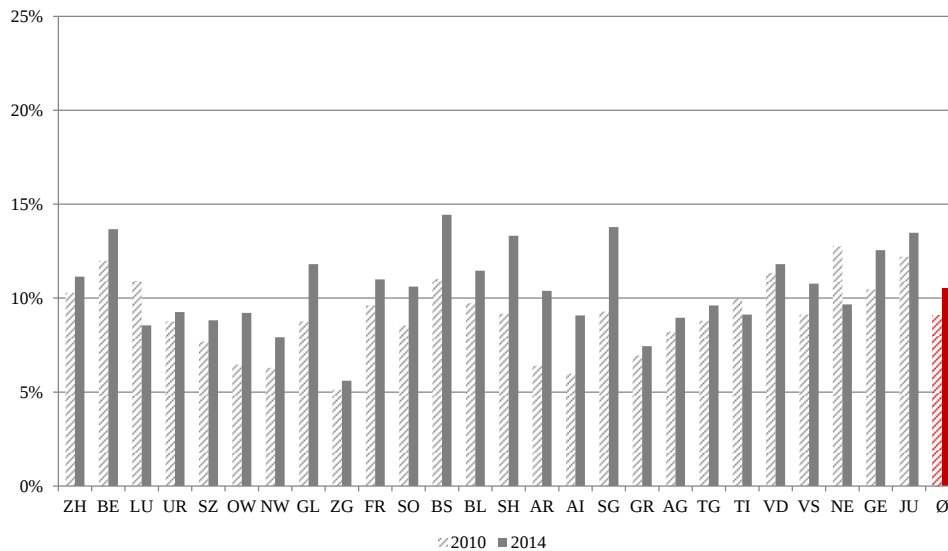
Abbildung 25 Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Haushaltstypen und Kantone, 2010 und 2014



Anmerkung: Prämien der teuersten Prämienregion. Mittelwert = ungewichtet. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung und eigene Berechnungen

Nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Prämienbelastung der Medianhaushalte nach Kantonen differenziert (Mittelwert über alle Haushaltstypen).

Abbildung 26 Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Haushaltstypen, 50%-Quartilhaushalt



Anmerkung: Prämien der teuersten Prämienregion. Ø = ungewichteter Durchschnitt. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

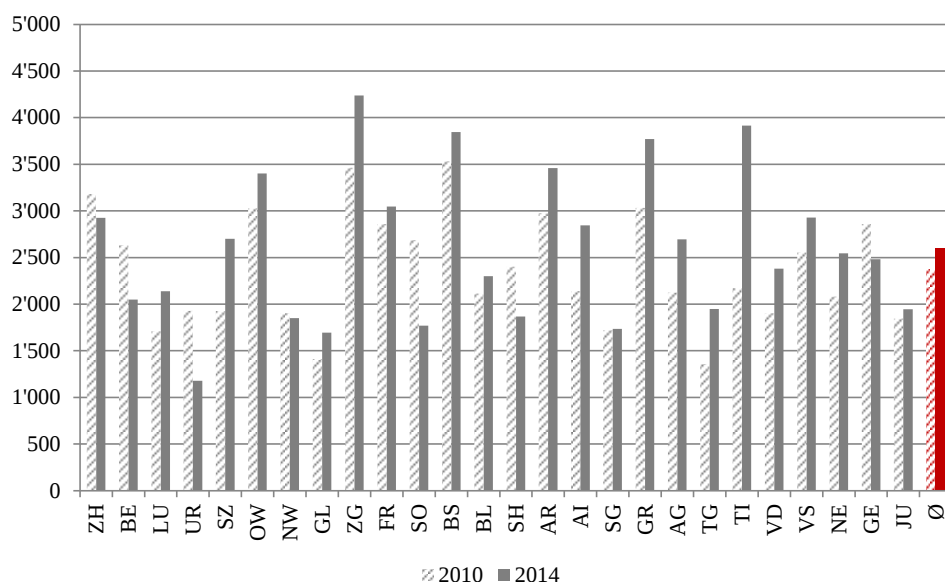
6. Synthese

Im Jahr 2014 bezogen rund 2.2 Mio. Personen eine Prämienverbilligung. Dies entspricht 27% aller versicherten Personen. Im Vergleich zu 2010 stiegen die Ausgaben für die Prämienverbilligung weniger stark als die Prämien. Auch die Bezügerquote nahm ab. Dies bedeutet, dass Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen 2014 eine höhere Prämienlast zu tragen haben als noch vor vier Jahren. Dieses Ergebnis bestätigt sich auch für die Modellhaushalte wie die nachfolgende Synthese zeigt.

6.1. Höhe der Prämienverbilligung

Im Mittelwert über alle Modellhaushalte wurde 2014 in Zug die höchste Prämienverbilligung in CHF ausgerichtet, gefolgt von Tessin und Basel-Stadt. Die geringste IPV für die betrachteten Modellhaushalte gewährte Uri. Im Vergleich zu 2010 nahm die durchschnittliche IPV in 19 Kantonen zu und in sieben Kantonen ab. Die Unterschiede zwischen den Kantonen stiegen dabei an: Während 2010 die maximale IPV noch 2.6-mal so hoch war wie die minimale IPV, betrug dieser Wert 2014 das 3.6-fache.

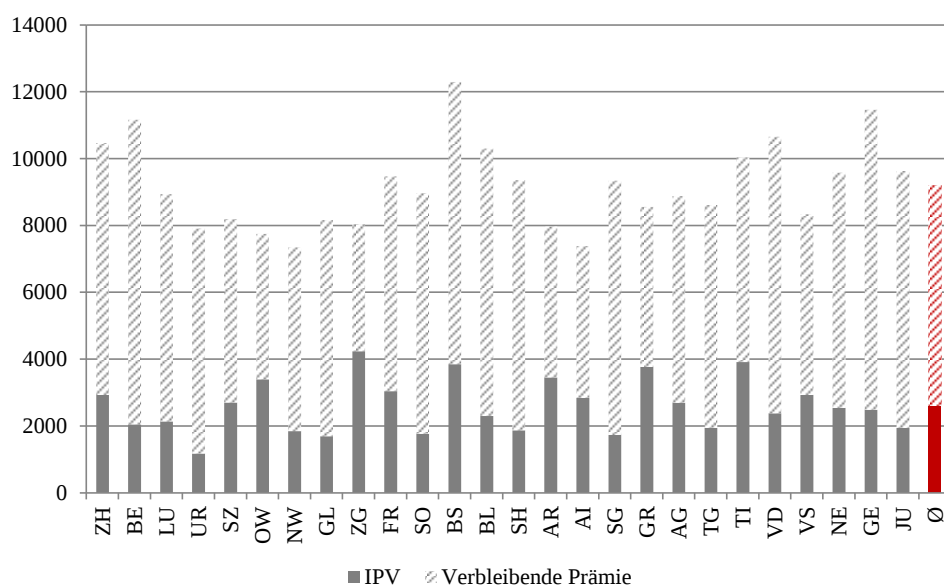
Abbildung 27 IPV, Mittelwert über alle Modellhaushalte



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt (Ø). Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Während in Zug die grosszügig ausgestaltete IPV bewirkt, dass die verbleibende Prämie relativ tief ist, führen die hohen Prämien in Basel-Stadt dazu, dass die IPV-Bezüger/innen immer noch eine hohe verbleibende Prämie zu tragen haben (vgl. Abbildung 28). Lesebeispiel: Im Mittelwert über alle Modellhaushalte betragen die Prämien im Kanton Zürich ohne Verbilligung etwa 10'500 CHF. Über die IPV werden durchschnittlich ca. 3'000 CHF verbilligt. Die verbleibende Prämie liegt somit im Mittelwert bei ca. 7'500 CHF.

Abbildung 28 IPV und verbleibende Prämie, Mittelwert über alle Modellhaushalte



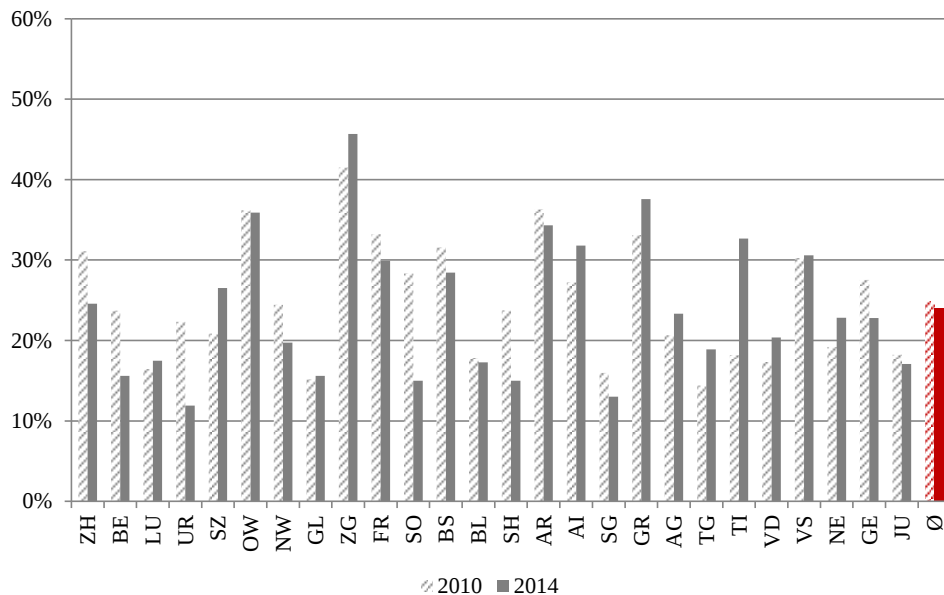
Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt (Ø). Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Um die Kantone – trotz Unterschiede in den Prämien – besser miteinander vergleichen zu können, betrachten wir nachfolgend denjenigen Anteil der IPV, welcher vom Kanton übernommen wird (= IPV / unverbilligte Prämie). Weisen zwei Kantone denselben Wert auf, ist die Lastenteilung zwischen Kanton und IPV-Bezüger/innen dieselbe. Zwar ist in Kantonen mit hohen Prämien die Belastung für die IPV-Bezüger/innen höher, für den Kanton jedoch auch.

Der Anteil der IPV an der unverbilligten Prämie beträgt im Durchschnitt über alle Modellhaushalte und Kantone 24%. Die kantonalen Unterschiede sind dabei gross: Der Kanton Uri weist mit einem Verbilligungsanteil von 12% den geringsten Wert auf, während Zug mit 46% den grössten Anteil übernimmt. Im Vergleich zu 2010

nahm der Wert bei rund der Hälfte der Kantone zu und bei der anderen Hälfte ab. Insgesamt blieb der Anteil in etwa konstant (vgl. Abbildung 29).

Abbildung 29 IPV / unverbilligte Prämie, Mittelwert über alle Modellhaushalte



Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt (Ø) über die Anteile aller Modellhaushalte. Prämien der teuersten Prämienregion. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

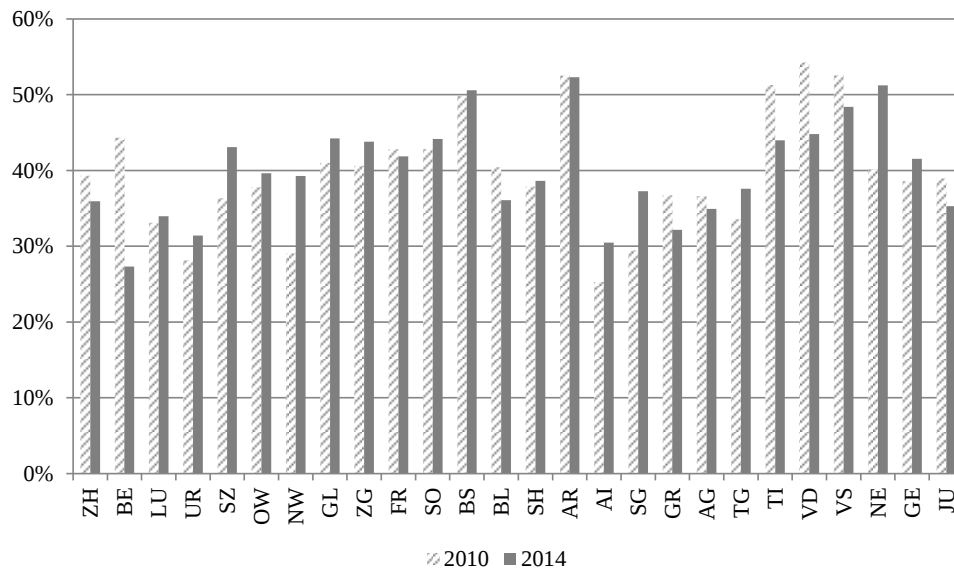
Zu beachten ist, dass die Entwicklung jeweils nur über die sieben betrachteten Modellhaushalte angegeben wird. Daraus können möglicherweise Abweichungen zur Gesamtentwicklung resultieren. Als Indikator für die Gesamtentwicklung ist daher in Abbildung 30 folgender Wert angegeben: Durchschnittlicher Prämienverbilligungsbetrag pro Bezüger/in / Durchschnittsprämie von Erwachsenen (alle Prämienregionen).⁸⁶

Anmerkung: Die Werte in Abbildung 30 sind tendenziell höher als in Abbildung 29. Dies liegt daran, dass Abbildung 30 auch Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe beinhaltet, bei welchen die gesamte Prämie übernommen wird. In Abbildung 29 sind hingegen nur die Modellhaushalte aufgeführt, welche alle über der Grenze der

⁸⁶ Der durchschnittliche Prämienverbilligungsbetrag pro Bezüger/in enthält auch Prämienübernahmen (EL und Sozialhilfe), deren Anteil kantonal unterschiedlich ist. Die Durchschnittsprämie entspricht der Standardprämie (analog zu den Annahmen bei den Modellhaushalten). Da es sich um die Prämie für Erwachsene handelt, berücksichtigt sie die geringeren Prämien für Kinder und junge Erwachsene nicht. Der Indikator eignet sich daher nur für einen groben Vergleich.

Anspruchsberechtigung für EL und Sozialhilfe liegen und somit nur einen Teil ihrer Prämie verbilligt erhalten.

Abbildung 30 Prämienverbilligung / unverbilligte Prämie, alle Haushalte



Anmerkungen: PV = Prämienverbilligung (inkl. Prämienübernahmen). Im Jahr 2014 ohne Zahlungen der Kantone für ausstehende Forderungen aus der OKP. Im Kanton Bern erscheint seit 2012 nur noch ein Teil der Prämienverbilligung an Bezüger/innen von EL und Sozialhilfe in der Statistik; die Zahlen von Bern sind daher nur bedingt mit früheren Jahren vergleichbar. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2010 und 2014

Geht man in der zeitlichen Entwicklung noch etwas weiter zurück – zum Monitoring 2007 – zeigt sich bei 17 Kantonen eine Zunahme und bei neun Kantonen eine Abnahme des Verbilligungsanteils. Zu beachten ist, dass der Vergleich mit 2007 nur über die Modellhaushalte 1-5 erfolgen kann, da die Modellhaushalte 6 und 7 erst seit dem Monitoring 2010 analysiert werden. Die Werte sind daher nicht direkt mit Abbildung 29 vergleichbar.

Tabelle 29 IPV / unverbilligte Prämie, Mittelwert Modellhaushalte 1-5

	2007	2010	2014	Veränderung (PP) 07-14
ZH	30%	33%	28%	-2 %P
BE	24%	24%	19%	-5 %P
LU	16%	22%	24%	9 %P
UR	25%	26%	14%	-11 %P
SZ	24%	24%	28%	4 %P
OW	44%	41%	39%	-5 %P
NW	21%	27%	22%	0 %P
GL	12%	18%	19%	7 %P
ZG	44%	46%	49%	5 %P
FR	26%	32%	30%	5 %P
SO	21%	31%	19%	-2 %P
BS	33%	30%	30%	-3 %P
BL	21%	25%	24%	4 %P
SH	21%	25%	16%	-5 %P
AR	40%	47%	48%	8 %P
AI	42%	31%	34%	-8 %P
SG	16%	20%	17%	1 %P
GR	30%	36%	39%	8 %P
AG	22%	27%	29%	7 %P
TG	17%	20%	26%	10 %P
TI	21%	25%	38%	17 %P
VD	14%	22%	24%	10 %P
VS	34%	38%	38%	3 %P
NE	12%	23%	25%	13 %P
GE	29%	27%	20%	-9 %P
JU	19%	23%	22%	4 %P
Durchschnitt	25%	29%	28%	3 %P
Minimum	12%	18%	14%	2 %P
Maximum	44%	47%	49%	5 %P

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Rot markiert sind die höchsten, dunkelgrau die tiefsten Anteile. PP = Prozentpunkte. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

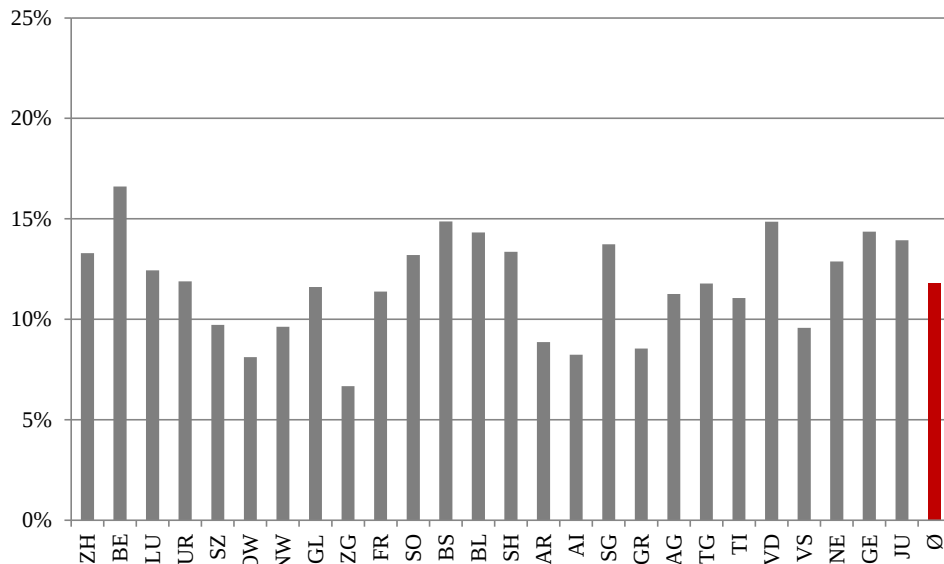
6.2. Sozialpolitische Wirkung

Welche Prämienlast verbleibt für die Bezüger?

Über alle Modellhaushalte und Kantone betrachtet lag die verbleibende Prämienbelastung als Anteil des verfügbaren Einkommens im Jahr 2014 bei 12%. Die tiefste Prämienbelastung weist der Kanton Zug auf (7%), danach folgen Obwalden, Appenzell Innerrhoden, Graubünden und Appenzell Ausserrhoden. In Zug, Obwalden, Graubünden und Appenzell Ausserrhoden ist dies – neben den vergleichsweise tiefen Prämien – durch die Ausgestaltung des Prämienverbilligungssystems bedingt. Die höchste Prämienbelastung in Prozent des verfügbaren Einkommens resultiert im Kanton Bern mit 17%. Danach folgen Basel-Stadt und Waadt. In Basel-Stadt ist das Prämienverbilligungssystem dabei grosszügig ausge-

staltet. Allerdings verhindern die hohen Prämien, dass die Prämienbelastung tiefer zu liegen kommt. Auch Waadt und Bern haben hohe Prämien, verbilligen im Gegensatz zu Basel-Stadt jedoch einen tieferen Anteil.

Abbildung 31 Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Modellhaushalte, 2014

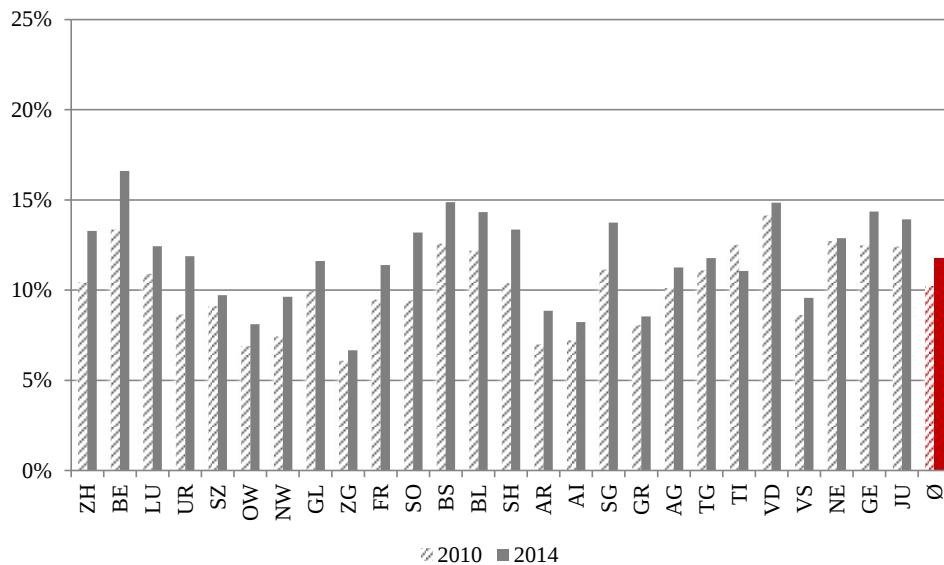


Anmerkungen: Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt (Ø). Verfügbares Einkommen = Nettolohn – Steuern. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Bereits 2010 war die verbleibende Prämienbelastung im Mittelwert über alle Modellhaushalte in den Kantonen Waadt, Bern und Basel-Stadt am höchsten und in Zug, Obwalden, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden am tiefsten. Bei einigen Kantonen gab es jedoch substantielle Änderungen. Am auffallendsten ist der Kanton Tessin, bei welchem die verbleibende Prämienbelastung für die Modellhaushalte – als einzigem Kanton – seit 2010 abgenommen hat.⁸⁷ Auch die Kantone Zug und Neuenburg weisen eine unterdurchschnittliche Entwicklung der verbleibenden Prämienbelastung auf. Über alle Kantone betrachtet nahm die verbleibende Prämienbelastung als Anteil des verfügbaren Einkommens seit 2010 zu (von 10% auf 12%).

⁸⁷ Allerdings ist zu beachten, dass die Anzahl Bezüger/innen im Kanton Tessin von 2014 auf 2015 um rund 20% gesunken ist, d.h. das oben aufgeführte Ergebnis bestätigt sich für die jüngste Vergangenheit nicht. Vgl. z.B. Schweiz am Sonntag vom 27. Dezember 2014, *Zehntausenden wird Prämienverbilligung gestrichen*.

Abbildung 32 Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert über alle Modellhaushalte



Anmerkungen: Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt (Ø). Verfügbares Einkommen = Nettolohn – Steuern. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Betrachtet man die Entwicklung seit 2007, zeigt sich ebenfalls eine Zunahme der Prämienbelastung in fast allen Kantonen. Die Werte sind dabei nicht direkt mit Abbildung 32 vergleichbar, da der Vergleich mit 2007 nur über die Modellhaushalte 1-5 erfolgen kann (die Modellhaushalte 6 und 7 werden erst seit dem Monitoring 2010 analysiert).

Tabelle 30 Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Mittelwert Modellhaushalte 1-5

	2007	2010	2014	Veränderung (PP) 07-14
ZH	10%	10%	13%	3 %P
BE	11%	13%	16%	4 %P
LU	10%	10%	11%	2 %P
UR	7%	8%	12%	5 %P
SZ	7%	9%	9%	2 %P
OW	5%	6%	8%	3 %P
NW	7%	7%	9%	3 %P
GL	9%	10%	11%	2 %P
ZG	5%	6%	6%	1 %P
FR	9%	10%	11%	2 %P
SO	9%	9%	12%	4 %P
BS	11%	13%	15%	4 %P
BL	10%	11%	13%	3 %P
SH	10%	10%	13%	4 %P
AR	5%	6%	7%	2 %P
AI	4%	7%	8%	3 %P
SG	10%	11%	13%	3 %P
GR	7%	8%	8%	1 %P
AG	8%	9%	10%	2 %P
TG	10%	10%	11%	1 %P
TI	12%	11%	10%	-1 %P
VD	14%	13%	14%	0 %P
VS	7%	8%	8%	1 %P
NE	14%	12%	12%	-1 %P
GE	12%	12%	14%	3 %P
JU	11%	12%	13%	1 %P
Durchschnitt	9%	10%	11%	2 %P
Minimum	4%	6%	6%	2 %P
Maximum	14%	13%	16%	2 %P

Anmerkungen: IPV = Individuelle Prämienverbilligung. Durchschnitt = ungewichtet. Rot markiert sind die höchsten, dunkelgrau die tiefsten Anteile. PP = Prozentpunkte. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Wie ist die verbleibende Prämienlast einzuordnen?

Vergleicht man die verbleibende Prämienbelastung der IPV-Modellhaushalte mit der Prämienbelastung *aller* Versicherten, zeigt sich, dass die Modellhaushalte auch nach der Prämienverbilligung noch stärker als der Durchschnitt belastet werden.⁸⁸

⁸⁸ Zu beachten ist, dass die Werte nur als grober Vergleich dienen, da die Definitionen zwischen Modellhaushalten und Haushaltstypen aller Versicherten nicht vollständig übereinstimmen.

Tabelle 31 Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens

	Alle Versicherte (OKP/Zusatz)	Alle Versicherte (OKP)	Modellhaushalte
Eiipersonenhausalt ab 65 (M1)	10%	8%	11%
Paare mit Kindern (M2, M4, M5)	7%	5%	12%
Alleinerziehende mit Kindern (M3)	7%	6%	8%
Eiipersonenhausalte unter 65 (M6)	5%	4%	12%
Paare unter 65 ohne Kinder (M7)	6%	4%	15%
Insgesamt	7%	6%	12%

Anmerkung: M1-M7 = Modellhaushalte 1-7. Quelle: Bundesamt für Statistik, Haushaltsbudgeterhebung für die Jahre 2009-2011, Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen.

Wird das Sozialziel erreicht?

Im Durchschnitt über alle Modellhaushalte ist die Prämienbelastung im Kanton Zug mit 7% am tiefsten. Alle anderen Kantone liegen über 8% und somit über dem vom Bundesrat formulierten Sozialziel.

Differenziert nach den einzelnen Modellhaushalten wird die vom Bundesrat angestrebte maximale Prämienbelastung von 6% des verfügbaren Einkommens (Haushalte mit Kindern) resp. 8% des verfügbaren Einkommens (Haushalte ohne Kinder) nur in wenigen Kantonen erreicht (vgl. Kapitel 4.2.):⁸⁹

- Modellhaushalt 1: In keinem Kanton liegt die Prämienbelastung bei maximal 8% des verfügbaren Einkommens.
- Modellhaushalt 2: In einem Kanton (Zug) liegt die Prämienbelastung bei maximal 6% des verfügbaren Einkommens.
- Modellhaushalt 3: In drei Kantonen (Zug, Wallis, Appenzell Ausserrhoden) liegt die Prämienbelastung bei maximal 6% des verfügbaren Einkommens.
- Modellhaushalt 4: In drei Kantonen (Zug, Appenzell Ausserrhoden, Obwalden) liegt die Prämienbelastung bei maximal 6% des verfügbaren Einkommens.
- Modellhaushalt 5: In keinem Kanton liegt die Prämienbelastung bei maximal 6% des verfügbaren Einkommens.

⁸⁹ Gemäss unserer Analyse sowie Balthasar et al. (2008) entsprechen 8% des steuerbaren Einkommens bei Familien mit Kindern ca. 6% des verfügbaren Einkommens. Bei Personen ohne Kinder liegt das steuerbare Einkommen hingegen sehr nahe am verfügbaren Einkommen (aufgrund fehlender Kinderabzüge, Kinderzulagen, etc.). Wir differenzieren daher die Zielgrösse des Bundes nach Haushalten mit und ohne Kinder. Vgl. diesbezüglich auch Kapitel 1.2.

- Modellhaushalt 6: In keinem Kanton liegt die Prämienbelastung bei maximal 8% des verfügbaren Einkommens.
- Modellhaushalt 7: In keinem Kanton liegt die Prämienbelastung bei maximal 8% des verfügbaren Einkommens.

Reduziert die IPV die interkantonalen Unterschiede?

Schliesslich betrachten wir die Wirksamkeit der Prämienverbilligung in Bezug auf die Reduktion von kantonalen Unterschieden: Führen die Prämienverbilligungen dazu, dass sich die verbleibenden Prämien weniger stark zwischen den Kantonen unterscheiden als die unverbilligten Prämien?

Wie Tabelle 32 zeigt, ist dies nicht der Fall. Die Varianz – unabhängig davon ob sie als Standardabweichung oder als Spannweite gemessen wird – ist bei den verbleibenden Prämien mit wenigen Ausnahmen sogar höher als bei den unverbilligten Prämien. Beispiel: Während im Total über alle Modellhaushalte die höchste Prämie knapp das 1.7-fache der tiefsten beträgt (Spannweite 167%), liegt dieser Faktor bei den verbleibenden Prämien bei 2.4 (Spannweite 240%).

Tabelle 32 Varianz der Prämien zwischen den Kantonen, 2014

	Standardabweichung		Spannweite (Maximum/ Minimum)	
	unverbilligte Prämie	verbleibende Prämie	unverbilligte Prämie	verbleibende Prämie
Modellhaushalt 1	633	659	166%	175%
Modellhaushalt 2	1'559	1'867	167%	271%
Modellhaushalt 3	927	1'135	168%	304%
Modellhaushalt 4	1'854	2'500	168%	354%
Modellhaushalt 5	2'030	2'635	167%	323%
Modellhaushalt 6	620	610	169%	176%
Modellhaushalt 7	1'266	1'912	166%	267%
Total	1'269	1'438	167%	240%

Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

6.3. Fazit

Im Jahr 2014 bezogen rund 2.2 Mio. Personen eine Prämienverbilligung. Dies entspricht 27% aller versicherten Personen. Der Trend, dass die Bezügerquote abnimmt, setzt sich dabei fort – im Jahr 2010 bezogen noch 30% aller Versicherten eine Prämienverbilligung. Die Ausgaben lagen 2014 bei rund vier Mia. CHF, wovon die Kantone 44% finanzierten.

Die Ausgestaltung der Prämienverbilligung wird von den Kantonen unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen gemäss KVG festgelegt. In der Folge resultieren beträchtliche kantonale Unterschiede, sowohl bezüglich der Systeme als auch in Bezug auf deren Wirkung. Die Bezügerquoten variierten 2014 beispielsweise je nach Kanton zwischen 20% und 38% und die Ausgaben pro Einwohner/in lagen zwischen 317 und 866 CHF.

Die kantonalen Unterschiede bestätigen sich auch für die sieben Modellhaushalte, welche in der vorliegenden Studie analysiert werden. Die verbleibende Prämienbelastung liegt im Durchschnitt über alle Modellhaushalte je nach Kanton zwischen 7% und 17% des verfügbaren Einkommens. Damit sind die Modellhaushalte deutlich stärker belastet als die Gesamtbevölkerung und auch stärker als noch vor vier Jahren. Im Monitoring 2010 lagen diese Werte nämlich bei 6% bis 14%.

Die stärkere Belastung von Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen bestätigt sich auch durch die Tatsache, dass die Ausgaben für die Prämienverbilligung in den letzten Jahren weniger stark stiegen als die Prämien.

Die Analyse zeigt nicht nur die substanziellen Unterschiede zwischen den Kantonen auf, sondern auch jene nach Haushaltstyp. Der Medianhaushalt des Typs „Paar mit Kind und junger Erwachsener“ weist beispielsweise über alle Kantone betrachtet eine durchschnittliche Prämienbelastung von 15% des verfügbaren Einkommens auf. Demgegenüber liegt dieser Wert für den Medianhaushalt von Alleinerziehenden mit zwei Kindern bei „nur“ 8%.⁹⁰

⁹⁰ Zu beachten ist hierbei, dass das Medianeinkommen von Alleinerziehenden mit zwei Kindern deutlich unter demjenigen von Paaren mit einem Kind und einer jungen Erwachsenen liegt.

Literaturverzeichnis

Avenir Suisse (2012): Der strapazierte Mittelstand. Zwischen Ambition, Anspruch und Ernüchterung

Balthasar, A. (1998): Die sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung in den Kantonen. Evaluationsergebnisse und Monitoringkonzept. Beiträge zur sozialen Sicherheit, BSV Forschungsbericht Nr. 21/98, Bern.

Balthasar, A., Bieri, O., Stüdle, R. (2001): Die sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung in den Kantonen. Evaluationsergebnisse und Monitoringkonzept. Beiträge zur sozialen Sicherheit, BSV Forschungsbericht Nr. 2/01, Bern.

Balthasar, A., Bieri, O., Stüdle, R. (2003): Die sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung in den Kantonen. Evaluationsergebnisse und Monitoringkonzept. Beiträge zur sozialen Sicherheit, BSV Forschungsbericht Nr. 20/03, Bern.

Balthasar, A., Bieri, O., Müller, F. (2005): Monitoring 2004. Die sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung in den Kantonen. Bundesamt für Gesundheit, Bern.

Balthasar, A., Bieri, O., Gysin, B. (2008): Monitoring 2007. Die sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung in den Kantonen. Bundesamt für Gesundheit, Bern.

B,S,S. (2012): Monitoring 2010 - Wirksamkeit der Prämienverbilligung, Experten-/Forschungsberichte zur Kranken- und Unfallversicherung, April 2012.

Bundesamt für Statistik (2014): Mittlere Einkommensgruppen in der Schweiz. Welche Bedeutung haben die obligatorischen Ausgaben? Neuchâtel, Juni 2014.

Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994 (Stand am 1. Januar 2015)

GDK (2014): Krankenversicherung: Prämienverbilligung – Synoptische Übersicht 2014

Schweizerischer Bundesrat (2015): Bericht in Erfüllung des Postulats 10.4023 von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 16.12.2010: Erodiert die Mittelschicht?

Schweizerischer Bundesrat (1991): Botschaft über die Revision der Krankenversicherung vom 6. November 1991, Bern.

Anhang I: Kantonale Prämienverbilligungssysteme

Tabelle 33 Massgebendes Einkommen für die Berechnung der IPV

Kt.	Ausgangspunkt	Bereinigungen				
		2./ 3. Säule	Liegenschafts- unterhalt	Unterhalts- beiträge	Sozial- / Kinderabzüge	Weiteres
ZH	steuerbares Einkommen					
BE	Reineinkommen	+	+		-	x
LU	Nettoeinkommen	+			-	
UR	Nettoeinkünfte		-			x
SZ	Bundessteuerpflichtiges Reineinkommen		+			
OW	Total der Einkünfte			-	-	x
NW	Reineinkommen					
GL	Bruttoeinkommen		+	-	-	x
ZG	Reineinkommen	+			-	
FR	Jahresnettoeinkommen		-			x
SO	satzbestimmendes Einkommen	+	+			x
BS	Summe Einkünfte (harmonisiertes Einkommen)					
BL	steuerbare Einkünfte (= Nettoeinkünfte)		-	-	-	x
SH	Reineinkommen	+			-	x
AR	steuerpflichtiges Einkommen				-	
AI	steuerpflichtiges Gesamteinkommen	+	+			
SG	Reineinkommen	+	+		-	x
GR	steuerbares Einkommen	+				x
AG	steuerbares Einkommen					
TG	einfache Steuer (steuerbares Einkommen)					
TI	Gesamteinkommen			-		x
VD	Nettoeinkommen				-	
VS	Nettoeinkommen vor persönlichen Abzügen	+		-		x
NE	steuerliches Bruttoeinkommen			-		x
GE	Einkommen gemäss LRDU					
JU	steuerrelevantes Einkommen				-	

(+) Aufrechnungen, (-) Abzüge, Beispiele für „Weiteres“: Aufrechnung Zweitverdienerabzug, Steuerfreibeträge auf Renten, Zuwendungen resp. Abzug von Berufskosten. Quelle: GDK (2014)

Tabelle 34 Rolle des Vermögens bei der Berechnung der IPV

Kanton	Anrechnung des Vermögens an das Einkommen
ZH	nur als Vermögensgrenzen berücksichtigt
BE	5% vom Reinvermögen
LU	10% vom Reinvermögen
UR	15% vom steuerbaren Vermögen
SZ	10% vom Reinvermögen
OW	10% vom steuerbaren Vermögen
NW	15% vom Reinvermögen
GL	10% vom steuerbaren Vermögen
ZG	10% vom Reinvermögen
FR	5% vom steuerbaren Vermögen
SO	20% vom satzbestimmenden Vermögen
BS	10% vom steuerbaren Vermögen über dem Freibetrag
BL	20% vom steuerbaren Vermögen
SH	15% vom steuerpflichtigen Vermögen
AR	10% vom steuerpflichtigen Vermögen
AI	10% vom steuerpflichtigen Gesamtvermögen
SG	20% vom steuerbaren Vermögen
GR	10% vom Reinvermögen
AG	20% vom steuerbaren Vermögen
TG	nur Anspruch, wenn steuerbares Vermögen = 0
TI	1/15 vom Nettovermögen
VD	1/15 vom Vermögen über einer bestimmten Grenze
VS	5% vom revalorisierten Nettovermögen
NE	10% vom Nettovermögen nach Pauschalabzug
GE	1/15 vom Vermögen
JU	3% vom steuerrelevanten Vermögen

Anmerkungen: Reinvermögen = Vermögen minus Schulden. Steuerbares Vermögen = Reinvermögen minus steuerfreie Beträge (Freibeträge). Quelle: GDK (2014), Erhebung bei den Kantonen

Tabelle 35 Aktualität des IPV-Systems

Kanton	IPV 2014: Steuerdaten aus...
ZH	2011
BE	2012 resp. 2013 (aktuellste Steuerdaten)
LU	2012
UR	2012
SZ	2011 (Übergangsphase)
OW	aktuellste Steuerdaten
NW	2012
GL	2012
ZG	2012
FR	2012
SO	2012
BS	2012 resp. 2013 (aktuellste Steuerdaten)
BL	2012
SH	2012
AR	2012
AI	2012
SG	2012
GR	2013
AG	2011
TG	2013
TI	2011
VD	aktuellste Steuerdaten
VS	2012
NE	2013
GE	2012
JU	2012

Quelle: GDK (2014) und Websites der Kantone

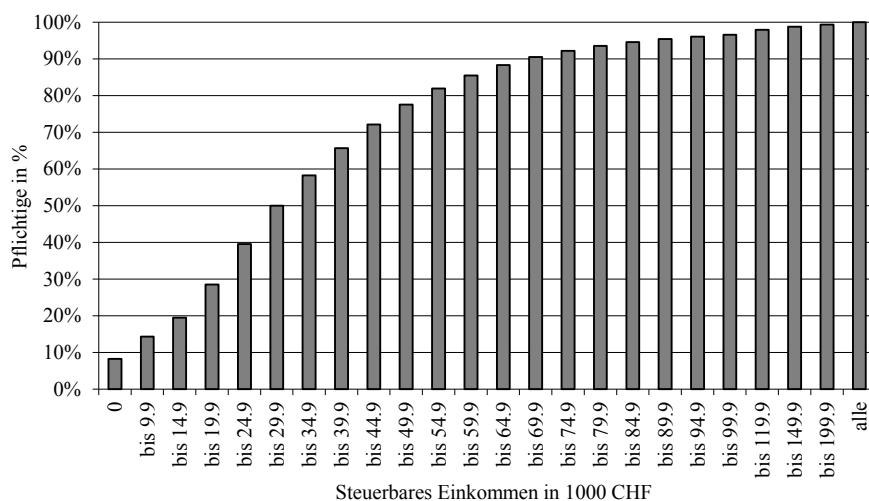
Tabelle 36 Anspruch von jungen Erwachsenen

Kt.	Anspruch	Kriterien für gemeinsamen Anspruch
ZH	selbständig	-
BE	gemeinsam	falls ledig und korrigiertes Reineinkommen unter 14'000 CHF
LU	gemeinsam	falls in Ausbildung und Wohnsitz bei unterhaltspflichtigen Eltern
UR	selbständig	-
SZ	gemeinsam	falls in Ausbildung
OW	selbständig	-
NW	selbständig	-
GL	gemeinsam	falls Erstausbildung und Unterhalt zur Hauptsache durch die Eltern bestritten wird
ZG	gemeinsam	falls Erst- oder Zweitausbildung und Abzug in Steuererklärung
FR	gemeinsam	Lehrlinge und Studierende
SO	gemeinsam	falls in Ausbildung und Steuerabzug bei den Eltern
BS	gemeinsam	falls Erstausbildung
BL	gemeinsam	falls Ausbildungszulage der Eltern, ledig und ohne Unterhaltspflichten
SH	selbständig (ab 21)	-
AR	gemeinsam	falls in Ausbildung (Lernende, nicht-erwerbstätige Studierende) und Unterhaltspflicht
AI	gemeinsam	falls Wohnsitz bei den Eltern, ledig, keine Kinder und Einkommen unter 12'000 CHF
SG	gemeinsam	falls in Ausbildung und Ausbildungszulage der Eltern
GR	gemeinsam	falls Kinder- oder Unterstützungsabzug der Eltern für die Ausbildung
AG	gemeinsam	falls in Ausbildung und Eltern kommen hauptsächlich für Unterhalt auf
TG	gemeinsam	falls in Ausbildung und Eltern kommen hauptsächlich für Unterhalt auf
TI	gemeinsam	falls in Erstausbildung, ledig und keine Kinder, bis 30 Jahre
VD	gemeinsam	falls in Ausbildung und "économiquement dépendant" von den Eltern (Berücksichtigung eines Teils des Einkommens der Eltern)
VS	selbständig (ab 20)	-
NE	gemeinsam	falls in Ausbildung und Unterhaltspflicht der Eltern
GE	gemeinsam	falls Wohnsitz bei den Eltern oder (harmonisiertes) Einkommen unter 15'000 CHF
JU	gemeinsam	falls Unterhalt durch Eltern bestritten wird

Quelle: GDK (2014) und Websites der Kantone

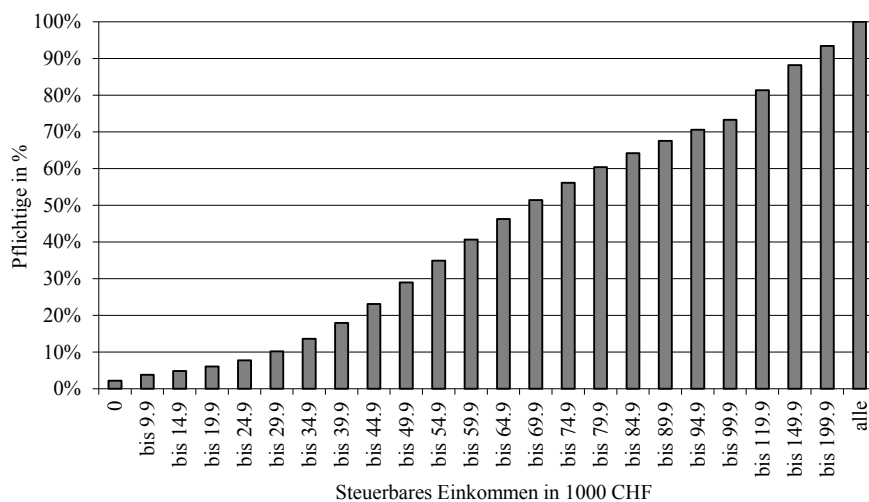
Anhang II: Einkommensverteilung

Abbildung 33 Einkommensverteilung alleinstehende Rentner/innen



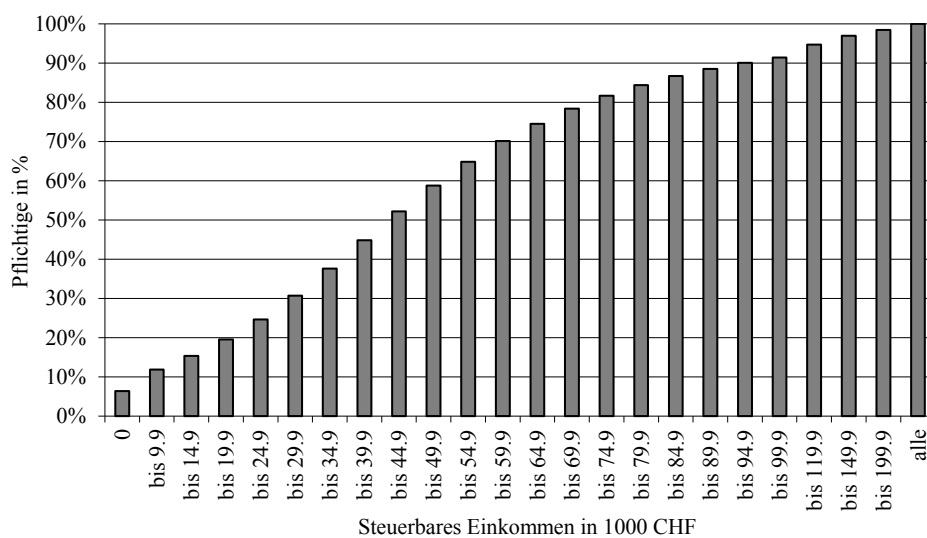
Anmerkung: Bei steuerbaren Einkommen unter 10'000 CHF und über 100'000 CHF wurden breitere Klassen gewählt. Quelle: Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Steuerjahr 2011

Abbildung 34 Einkommensverteilung Paare mit zwei Kindern



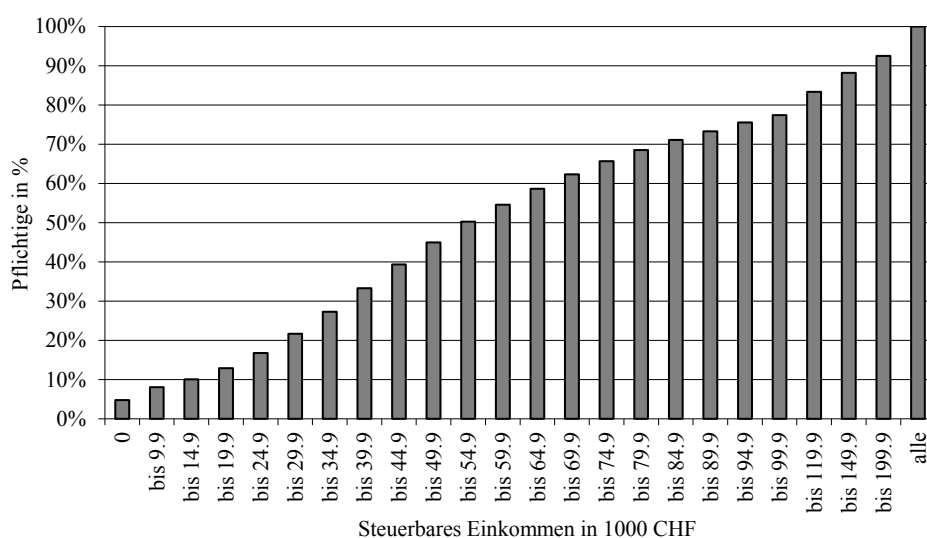
Anmerkungen: Bei steuerbaren Einkommen unter 10'000 CHF und über 100'000 CHF wurden breitere Klassen gewählt. Die Auswertungen können als grobe Schätzung auch für Modellhaushalt 5 (Paar mit einem Kind und einer jungen Erwachsenen) verwendet werden. Die Familie weist das gleiche Bruttoeinkommen (70'000 CHF) auf, unterscheidet sich in Bezug auf das steuerbare Einkommen aufgrund anderer Familienzulagen allerdings etwas von Modellhaushalt 2. Quelle: Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Steuerjahr 2011

Abbildung 35 Einkommensverteilung Alleinerziehende mit zwei Kindern



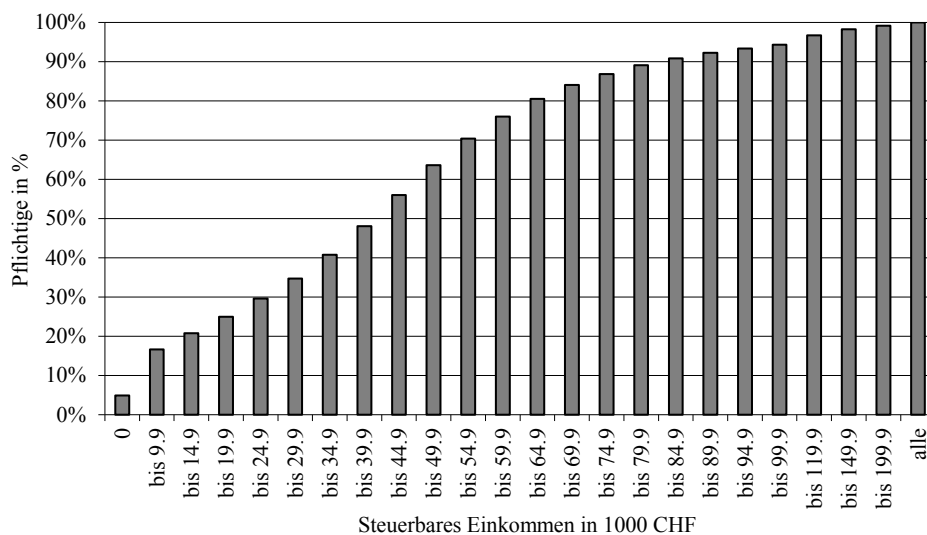
Anmerkung: Bei steuerbaren Einkommen unter 10'000 CHF und über 100'000 CHF wurden breitere Klassen gewählt. Quelle: Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Steuerjahr 2011

Abbildung 36 Einkommensverteilung Paare mit vier Kindern



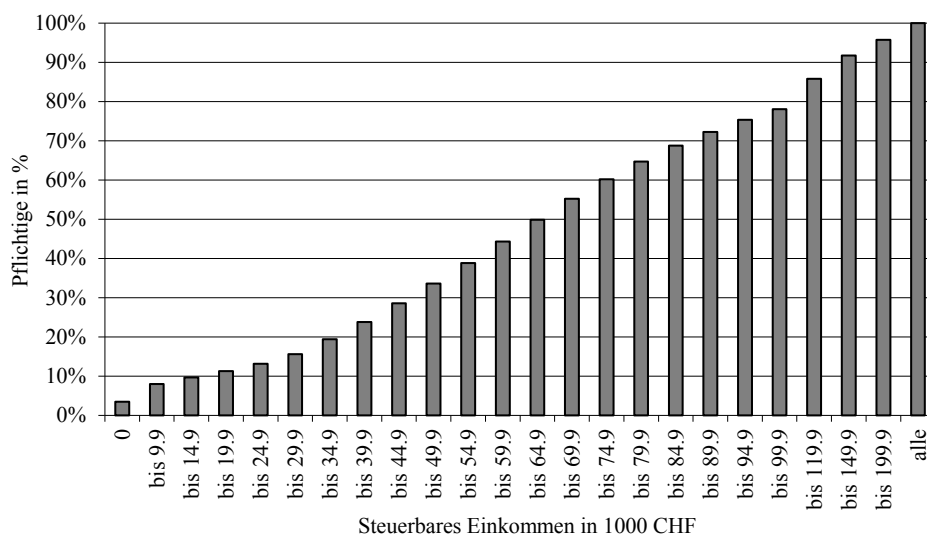
Anmerkung: Bei steuerbaren Einkommen unter 10'000 CHF und über 100'000 CHF wurden breitere Klassen gewählt. Quelle: Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Steuerjahr 2011

Abbildung 37 Einkommensverteilung alleinstehende Erwerbstätige



Anmerkung: Bei steuerbaren Einkommen unter 10'000 CHF und über 100'000 CHF wurden breitere Klassen gewählt. Quelle: Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Steuerjahr 2011

Abbildung 38 Einkommensverteilung Paare ohne Kinder

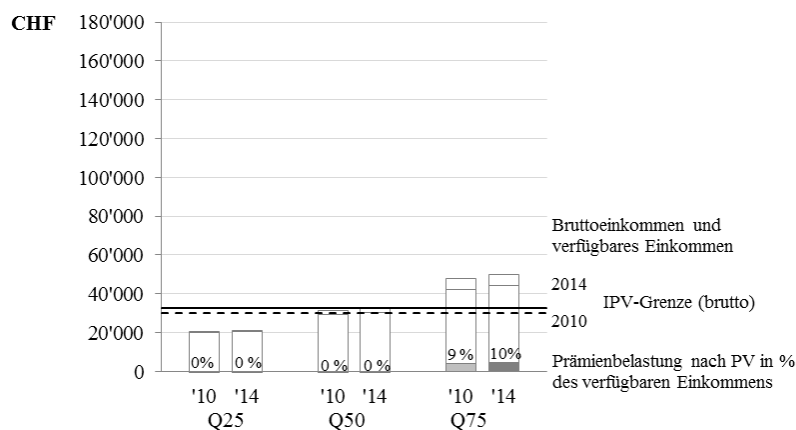


Anmerkung: Bei steuerbaren Einkommen unter 10'000 CHF und über 100'000 CHF wurden breitere Klassen gewählt. Quelle: Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Steuerjahr 2011

Anhang III: Quartilhaushalte

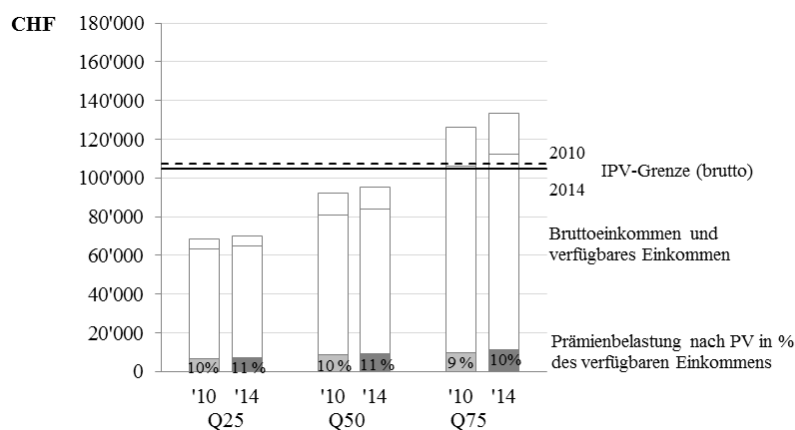
Nachfolgend aufgeführt ist die grafische Darstellung der Quartilhaushalte am Beispiel des Kantons Aargau.

Abbildung 39 Quartilhaushalte Typ „Rentnerin“, Kanton Aargau



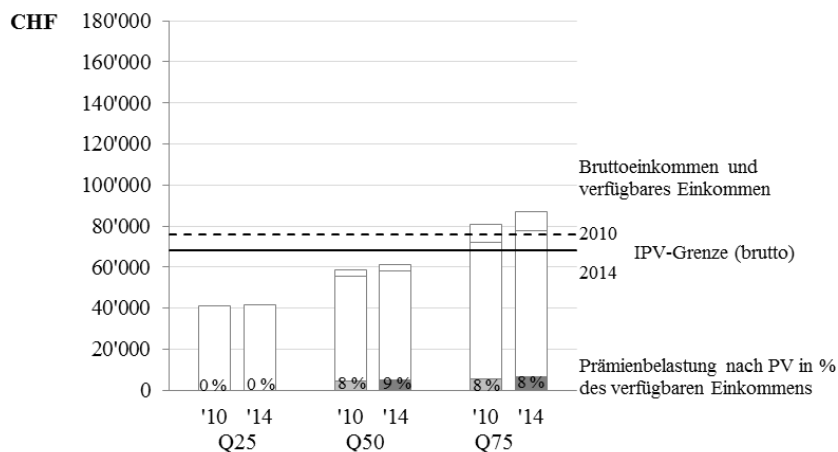
Anmerkung: Es gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung und eigene Berechnungen

Abbildung 40 Quartilhaushalte Typ „Paar mit zwei Kindern“, Kanton Aargau



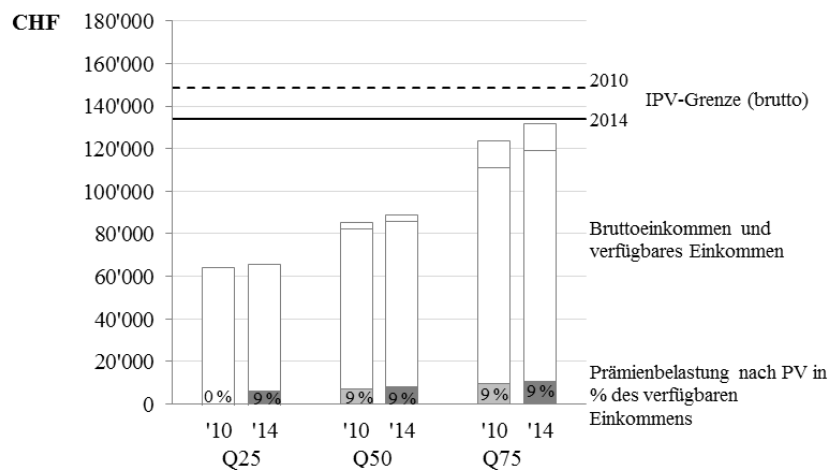
Anmerkung: Es gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung und eigene Berechnungen

Abbildung 41 Quartilhaushalte Typ „Alleinerziehende mit zwei Kindern“, Kanton Aargau



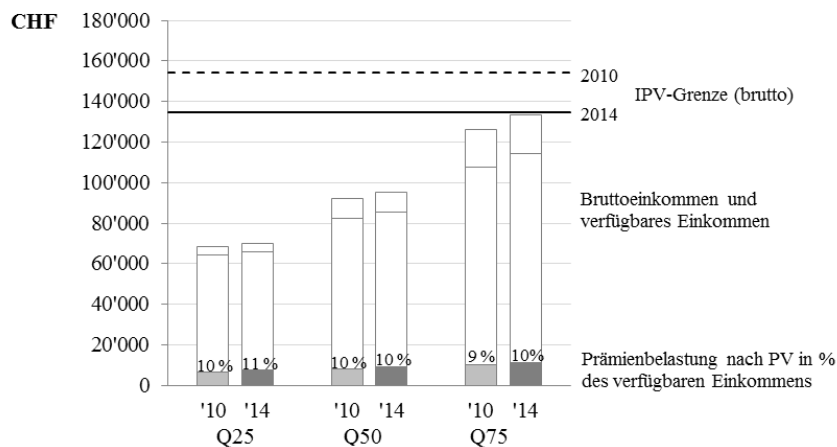
Anmerkung: Es gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), der Eidgenössischen Steuerverwaltung und eigene Berechnungen

Abbildung 42 Quartilhaushalte Typ „Paar mit vier Kindern“, Kanton Aargau



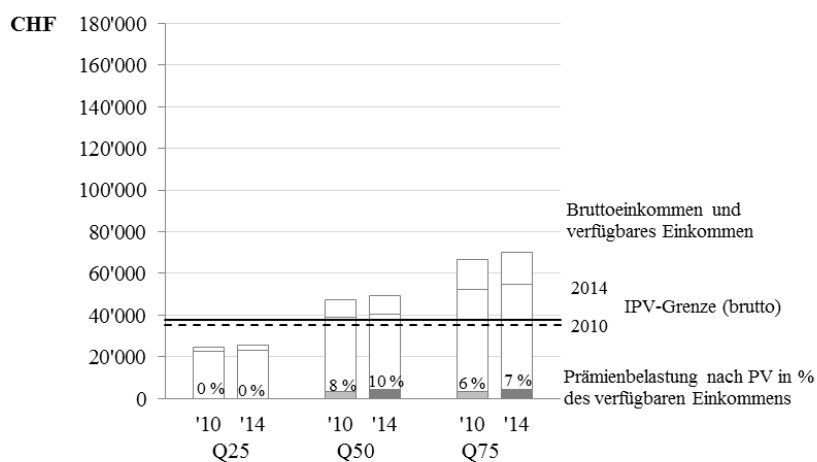
Anmerkung: Es gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung und eigene Berechnungen

Abbildung 43 Quartilhaushalte Typ „Paar mit Kind und junger Erwachsener“, Kanton Aargau



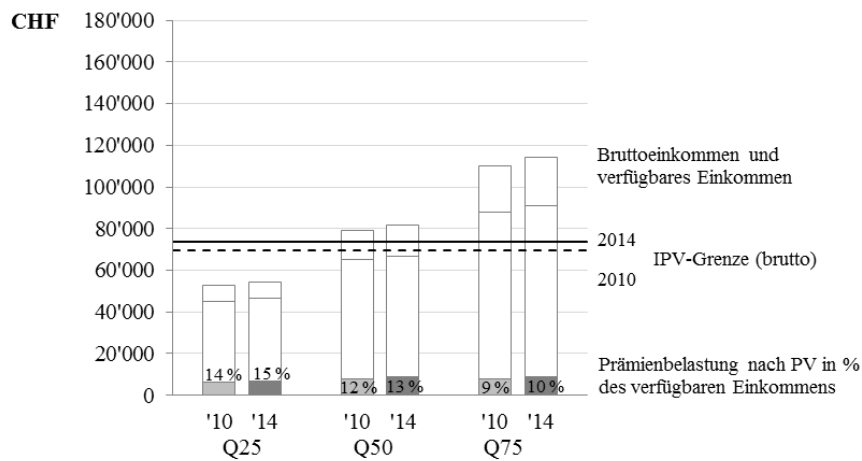
Anmerkung: Es gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung und eigene Berechnungen

Abbildung 44 Quartilhaushalte Typ „Junge erwerbstätige Person“, Kanton Aargau



Anmerkung: Es gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung und eigene Berechnungen

Abbildung 45 Quartilhaushalte Typ „Paar ohne Kinder“, Kanton Aargau



Anmerkung: Es gelten die Annahmen, welche für die Modellhaushalte getroffen wurden (z.B. kein Vermögen, vgl. Tabelle 10). Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014), Auswertungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung und eigene Berechnungen

Anhang IV: Daten zu den Modellhaushalten

Tabelle 37 Unverbilligte Prämien der Modellhaushalte M1-M7

	M1	M2	M3	M4	M5	M6	M7	Mittelwert
ZH	5'224	12'958	7'734	15'468	16'571	4'868	10'448	10'467
BE	5'623	13'790	8'168	16'335	17'771	5'253	11'245	11'169
LU	4'503	11'055	6'551	13'102	14'181	4'151	9'007	8'936
UR	3'986	9'828	5'842	11'684	12'493	3'592	7'973	7'914
SZ	4'126	10'150	6'024	12'049	12'969	3'768	8'252	8'191
OW	3'905	9'610	5'705	11'411	12'271	3'561	7'809	7'753
NW	3'701	9'110	5'409	10'818	11'612	3'355	7'402	7'344
GL	4'134	10'140	6'006	12'012	12'902	3'698	8'268	8'166
ZG	4'048	9'965	5'916	11'833	12'735	3'704	8'097	8'043
FR	4'748	11'696	6'948	13'897	15'042	4'446	9'496	9'468
SO	4'522	11'122	6'600	13'200	14'205	4'121	9'044	8'973
BS	6'145	15'243	9'098	18'196	19'447	5'680	12'290	12'300
BL	5'150	12'778	7'628	15'256	16'256	4'717	10'301	10'298
SH	4'702	11'591	6'888	13'776	14'830	4'332	9'405	9'361
AR	3'994	9'861	5'867	11'734	12'615	3'691	7'988	7'964
AI	3'701	9'152	5'452	10'903	11'679	3'402	7'402	7'384
SG	4'667	11'571	6'903	13'806	14'781	4'328	9'335	9'342
GR	4'269	10'599	6'330	12'660	13'540	3'971	8'539	8'558
AG	4'479	11'009	6'530	13'059	14'059	4'076	8'958	8'881
TG	4'312	10'683	6'371	12'742	13'600	3'946	8'624	8'611
TI	5'041	12'421	7'380	14'760	15'919	4'668	10'081	10'039
VD	5'323	13'138	7'815	15'630	16'964	5'072	10'646	10'655
VS	4'196	10'305	6'109	12'218	13'260	3'911	8'392	8'342
NE	4'841	11'772	6'931	13'862	15'368	4'641	9'682	9'585
GE	5'796	14'156	8'360	16'720	18'241	5'367	11'592	11'462
JU	4'894	11'844	6'950	13'900	15'436	4'621	9'788	9'633
Mittelwert	4'617	11'367	6'751	13'501	14'567	4'267	9'233	9'186

Anmerkungen: Teuerste Prämienregion. Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt. Die Werte sind in CHF und pro Jahr angegeben. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014)

Tabelle 38 IPV der Modellhaushalte M1-M7

	M1	M2	M3	M4	M5	M6	M7	Mittelwert
ZH	0	3'768	2'976	6'624	5'136	1'068	912	2'926
BE	0	2'617	1'813	4'586	4'577	744	0	2'048
LU	0	3'143	888	5'327	5'620	0	0	2'140
UR	0	1'458	1'000	1'623	3'290	0	883	1'179
SZ	0	3'804	1'058	4'416	6'338	365	2'924	2'701
OW	0	5'239	1'784	6'569	6'509	491	3'213	3'401
NW	0	2'522	864	2'420	4'980	0	2'161	1'850
GL	0	2'578	513	2'911	4'728	35	1'101	1'695
ZG	533	5'837	2'614	7'500	8'288	1'012	3'883	4'238
FR	0	4'585	2'820	5'641	4'637	1'652	1'991	3'047
SO	0	2'584	936	3'689	4'424	0	759	1'770
BS	0	5'856	4'152	4'800	7'596	1'332	3'192	3'847
BL	0	3'819	1'860	6'197	4'225	0	0	2'300
SH	0	3'071	148	2'400	5'280	0	2'180	1'868
AR	0	4'859	3'599	7'953	7'793	0	0	3'458
AI	0	3'946	1'585	5'241	6'030	549	2'555	2'844
SG	0	2'507	0	3'950	5'125	0	562	1'735
GR	0	4'901	2'169	6'799	8'078	1'277	3'164	3'770
AG	0	3'792	1'572	5'424	6'636	0	1'440	2'695
TG	0	3'336	2'916	2'064	5'322	0	0	1'948
TI	0	5'777	3'335	6'518	8'442	576	2'759	3'915
VD	0	3'024	3'564	3'240	5'400	780	648	2'379
VS	0	4'320	3'672	5'280	5'796	587	840	2'928
NE	0	4'608	1'824	4'536	4'488	708	1'656	2'546
GE	0	3'360	2'880	3'600	3'888	2'688	960	2'482
JU	0	2'280	2'160	4'680	4'080	420	0	1'946
Mittelwert	21	3'754	2'027	4'769	5'643	549	1'453	2'602

Anmerkungen: Teuerste Prämienregion. Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt. Die Werte sind in CHF und pro Jahr angegeben. Quelle: Erhebung bei den Kantonen und eigene Berechnungen

Tabelle 39 Verbleibende Prämien der Modellhaushalte M1-M7

	M1	M2	M3	M4	M5	M6	M7	Mittelwert
ZH	5'224	9'190	4'758	8'844	11'435	3'800	9'536	7'541
BE	5'623	11'173	6'355	11'749	13'194	4'509	11'245	9'121
LU	4'503	7'912	5'663	7'775	8'561	4'151	9'007	6'796
UR	3'986	8'370	4'842	10'061	9'203	3'592	7'090	6'735
SZ	4'126	6'346	4'966	7'633	6'631	3'403	5'328	5'490
OW	3'905	4'371	3'921	4'842	5'762	3'070	4'596	4'352
NW	3'701	6'588	4'545	8'398	6'632	3'355	5'241	5'494
GL	4'134	7'562	5'493	9'101	8'174	3'663	7'167	6'471
ZG	3'515	4'128	3'302	4'333	4'447	2'692	4'214	3'804
FR	4'748	7'111	4'128	8'256	10'405	2'794	7'505	6'421
SO	4'522	8'538	5'664	9'511	9'781	4'121	8'285	7'203
BS	6'145	9'387	4'946	13'396	11'851	4'348	9'098	8'453
BL	5'150	8'959	5'768	9'059	12'031	4'717	10'301	7'998
SH	4'702	8'520	6'740	11'376	9'550	4'332	7'225	7'492
AR	3'994	5'002	2'268	3'781	4'822	3'691	7'988	4'507
AI	3'701	5'206	3'867	5'662	5'649	2'853	4'847	4'541
SG	4'667	9'064	6'903	9'856	9'656	4'328	8'773	7'607
GR	4'269	5'698	4'161	5'861	5'462	2'694	5'375	4'789
AG	4'479	7'217	4'958	7'635	7'423	4'076	7'518	6'187
TG	4'312	7'347	3'455	10'678	8'278	3'946	8'624	6'663
TI	5'041	6'644	4'045	8'242	7'477	4'092	7'322	6'123
VD	5'323	10'114	4'251	12'390	11'564	4'292	9'998	8'276
VS	4'196	5'985	2'437	6'938	7'464	3'324	7'552	5'414
NE	4'841	7'164	5'107	9'326	10'880	3'933	8'026	7'040
GE	5'796	10'796	5'480	13'120	14'353	2'679	10'632	8'979
JU	4'894	9'564	4'790	9'220	11'356	4'201	9'788	7'688
Mittelwert	4'596	7'614	4'724	8'732	8'925	3'718	7'780	6'584

Anmerkungen: Teuerste Prämienregion. Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt. Die Werte sind in CHF und pro Jahr angegeben. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Tabelle 40 *Nettolohn der Modellhaushalte M1-M7*

	M1	M2	M3	M4	M5	M6	M7	Mittelwert
ZH	45'000	67'566	58'776	85'591	68'766	34'635	53'976	59'187
BE	45'000	68'286	59'496	87'031	69'006	34'635	53'976	59'633
LU	45'000	67'566	58'776	85'591	68'286	34'635	53'976	59'119
UR	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
SZ	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
OW	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
NW	45'000	68'526	59'736	87'511	68'886	34'635	53'976	59'753
GL	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
ZG	45'000	69'966	61'176	90'391	70'566	34'635	53'976	60'816
FR	45'000	68'646	59'856	88'231	69'366	34'635	53'976	59'959
SO	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
BS	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
BL	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
SH	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
AR	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
AI	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
SG	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
GR	45'000	68'046	59'256	86'551	68'646	34'635	53'976	59'444
AG	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
TG	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
TI	45'000	67'566	58'776	85'591	68'166	34'635	53'976	59'101
VD	45'000	68'286	59'496	90'391	69'966	34'635	53'976	60'250
VS	45'000	69'366	60'576	91'591	71'166	34'635	53'976	60'901
NE	45'000	67'566	58'776	86'791	68'526	34'635	53'976	59'324
GE	45'000	69'966	61'176	92'791	72'366	34'635	53'976	61'416
JU	45'000	68'766	59'976	87'991	69'366	34'635	53'976	59'959
Mittelwert	45'000	68'018	59'228	86'874	68'817	34'635	53'976	59'507

Anmerkungen: Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt. Die Werte sind in CHF und pro Jahr angegeben. Quelle: BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen

Tabelle 41 Steuern der Modellhaushalte M1-M7

	M1	M2	M3	M4	M5	M6	M7	Mittelwert
ZH	3'678	2'001	1'398	1'818	2'093	2'043	2'973	2'286
BE	6'257	4'754	3'694	4'773	4'936	3'775	5'657	4'835
LU	5'082	2'851	1'785	2'468	3'467	2'800	3'892	3'192
UR	4'528	2'989	2'734	3'004	3'426	2'679	3'736	3'299
SZ	3'299	1'875	1'451	1'744	1'705	1'686	2'587	2'050
OW	4'539	3'071	1'943	4'009	3'112	2'491	3'491	3'237
NW	4'088	2'079	1'189	2'050	3'043	2'716	2'909	2'582
GL	4'506	3'420	2'531	3'685	3'505	2'553	3'877	3'440
ZG	1'861	310	67	0	323	1'098	1'448	730
FR	4'977	3'781	2'774	3'604	3'395	3'538	4'312	3'769
SO	5'993	4'225	3'107	4'998	4'462	3'432	4'476	4'385
BS	5'483	2'139	1'706	2'715	2'283	2'674	2'794	2'828
BL	4'944	1'869	646	2'667	1'983	2'582	2'566	2'465
SH	5'081	3'262	2'339	3'288	3'348	2'783	3'720	3'403
AR	5'408	4'268	3'377	5'521	4'088	3'047	4'056	4'252
AI	4'171	2'693	1'912	2'818	2'718	2'253	2'806	2'767
SG	5'910	3'416	2'320	2'800	2'492	3'113	3'934	3'426
GR	4'143	2'081	981	2'033	1'248	1'883	2'046	2'059
AG	4'644	2'762	1'996	3'044	2'090	2'311	2'990	2'834
TG	4'901	2'271	1'488	2'533	1'633	2'515	2'714	2'579
TI	4'037	1'291	836	876	767	3'431	2'263	1'929
VD	6'339	4'904	3'830	6'572	5'304	2'702	5'200	4'979
VS	4'574	2'011	1'278	951	1'847	2'236	3'454	2'336
NE	6'625	4'259	2'477	5'075	4'508	3'417	4'214	4'368
GE	2'218	308	25	357	145	2'502	1'117	953
JU	6'304	4'307	3'496	5'171	4'083	3'287	4'036	4'383
Mittelwert	4'753	2'815	1'976	3'022	2'769	2'675	3'356	3'053

Anmerkungen: Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt. Steuern = Gesamtsteuerbelastung (Bund, Kanton, Gemeinde und Kirche). Die Werte sind in CHF und pro Jahr angegeben. Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Steuersoftware Dr. Tax

Tabelle 42 Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens, Modellhaushalte M1-M7

	M1	M2	M3	M4	M5	M6	M7	Mittelwert
ZH	13%	14%	8%	11%	17%	12%	19%	13%
BE	15%	18%	11%	14%	21%	15%	23%	17%
LU	11%	12%	10%	9%	13%	13%	18%	12%
UR	10%	13%	9%	12%	14%	11%	14%	12%
SZ	10%	10%	9%	9%	10%	10%	10%	10%
OW	10%	7%	7%	6%	9%	10%	9%	8%
NW	9%	10%	8%	10%	10%	11%	10%	10%
GL	10%	12%	10%	11%	13%	11%	14%	12%
ZG	8%	6%	5%	5%	6%	8%	8%	7%
FR	12%	11%	7%	10%	16%	9%	15%	11%
SO	12%	13%	10%	12%	15%	13%	17%	13%
BS	16%	14%	9%	16%	18%	14%	18%	15%
BL	13%	14%	10%	11%	18%	15%	20%	14%
SH	12%	13%	12%	14%	15%	14%	14%	13%
AR	10%	8%	4%	5%	8%	12%	16%	9%
AI	9%	8%	7%	7%	9%	9%	9%	8%
SG	12%	14%	12%	12%	15%	14%	18%	14%
GR	10%	9%	7%	7%	8%	8%	10%	9%
AG	11%	11%	9%	9%	11%	13%	15%	11%
TG	11%	11%	6%	13%	12%	12%	17%	12%
TI	12%	10%	7%	10%	11%	13%	14%	11%
VD	14%	16%	8%	15%	18%	13%	20%	15%
VS	10%	9%	4%	8%	11%	10%	15%	10%
NE	13%	11%	9%	11%	17%	13%	16%	13%
GE	14%	15%	9%	14%	20%	8%	20%	14%
JU	13%	15%	8%	11%	17%	13%	20%	14%
Mittelwert	11%	12%	8%	10%	14%	12%	15%	12%

Anmerkungen: Teuerste Prämienregion. Mittelwert = ungewichteter Durchschnitt. Die Werte sind in CHF und pro Jahr angegeben. Verfügbares Einkommen = Nettolohn – Steuern. Quelle: Erhebung bei den Kantonen, BAG Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2012 (Prämien 2014) und eigene Berechnungen auf Basis der gesetzlichen Grundlagen und der Steuersoftware Dr. Tax